

Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung

Gedanken am Karfreitag und Ostern 2007
und die Verarbeitung danach
mit Anmerkungen
zu Äußerungen von
Bischof Wolfgang Huber,
Ministerpräsidenten Günther Oettinger,
dem
Zentralrat der Juden in Deutschland

u.a.

von
Tristan Abromeit

April - Juni 2007

(korrigierte Fassung vom Sept. 2007)

Text 52.1

Am Dienstag, den 3. April war ich mit meiner jüngsten Tochter in der Nachbarstadt im Buchladen, um für eine der Enkeltöchter ein Geburtstagsgeschenk zu kaufen. Da diese Tochter nur zwei Jahre älter ist als ihre Nichte, ist sie natürlich sachverständiger bei der Wahl des richtigen Buches als ich selber. Ich konnte mich also ohne Verpflichtungen im großen Bücherangebot umsehen. Ich blieb bei der Regalabteilung *Schiffahrt* stehen. Mein Blick erfaßte das Buch „Die >Gustloff<- Katastrophe – Bericht eines Überlebenden“ von Heinz Schön. Da ich mich schon seit längerem genauer über diese Geschichte informieren wollte, hatte ich die Neigung, mir das Buch zu kaufen. Die Kosten mehrerer Titel im Einkaufskorb und mein Stapel ungelesener Bücher mahnten aber zur Zurückhaltung, so daß ich den Erwerb des Buches unterließ.

Am nächsten Morgen holte mich das Thema aber wieder ein. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) brachte auf der Seite *Medien* einen großen Bericht unter dem Titel „Der Untergang“. Es wird berichtet, daß das ZDF mit einem gewaltigen Aufwand den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ verfilmt. Darauf hin habe ich mir das Buch in betreffender Buchhandlung telefonisch reservieren lassen und später abgeholt. In der Ausgabe der HAZ vom 4. 4. 07 ist in einem gesonderten Kasten zu lesen:

DIE „GUSTLOFF“¹

Der Untergang des 1938 gebauten früheren „Kraft durch Freude“-Passagierschiffes „**MS Wilhelm Gustloff**“ ist die größte Schiffskatastrophe der Geschichte. Am 30.

Januar 1945 wurde der zum Lazarettschiff umgebaute Dampfer, ursprünglich ausgelegt für 1463 Passagiere und 417 Besatzungsmitglieder, um 21.08 Uhr mit 8800 Flüchtlingen und 1500 Wehrmachtssoldaten an Bord von drei russischen Torpedos getroffen und versank innerhalb von 60 Minuten in der Ostsee, 23 Seemeilen vor der Küste. 9000 Menschen starben. Mehr als 5000 von ihnen waren Frauen und Kinder. Der verantwortliche Kommandeur des Sowjet-U-Bootes „S 13“, Alexander Iwanowitsch Marinesko, wurde in Russland zum Kriegshelden und wird noch heute von vielen verehrt. Im Jahr 1990, 27 Jahre nach seinem Tod, erhielt er postum den Orden „Held der Sowjetunion“. Ein Film über ihn trägt den Titel „Der Erste nach Gott“, qri

Ein alter Ausriß aus der HAZ vom 30. Januar 1995 kam mir wieder in die Hände. Ich las erneut den Artikel von Ekkehard Böhm „Vorhang auf zum letzten Akt – Vor 50 Jahren begann die deutsche Front im Osten zusammenzubrechen“. Dort heißt es, daß mehr als fünftausend Menschen an Bord der Wilhelm Gustloff waren und nur 904 Menschen gerettet wurden.

¹ Mein eigener Text ist 1 ½-zeilig, linksbündig mit Times New Roman geschrieben. Die Zitate sind 1-zeilig, zentriert in Book Antiqua wiedergegeben. Ausnahmen in Anführungsstriche.

„'die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten', hieß es im März 1960 im Artikel einer deutschen Zeitung über das Ende der 'Wilhelm Gustloff'. Aber das war sie nicht ²: Am 16. April verloren nach der Versenkung der 'Goya' – auch in der Ostsee – sogar rund siebentausend Menschen ihr Leben. Doch wer weiß das heute noch?“

Ich dachte, ich wüßte es noch, weil ich die *Goya* mit einem der Schiffe gedanklich assoziierte, mit denen KZ-Häftlinge nach ihrer „Auslagerung“ umgekommen sind.

In Wikipedia ist u.a. zu lesen:

Die **Goya** war ein deutsches [Frachtschiff](#) (Länge: 131 Meter; Breite: 17 Meter, 5230 BRT) der [Hamburg-Amerika Linie](#), die den modernen Frachter an die Kriegsmarine vercharterte. Nachdem die Goya zuerst als Zielschiff verwendet worden war, wurde sie bei Kriegsende bei der Evakuierung der deutschen Ostprovinzen eingesetzt. Nachdem sie bei 4 Fahrten bereits 19.785 Personen evakuiert hatte, wurde sie bei ihrer 5. Fahrt am 16. April 1945 durch ein [sowjetisches](#) U-Boot versenkt. Dabei kamen etwa 7.000 Menschen ums Leben. Die Goya wurde 1940 auf der Akers-[Werft](#) in [Oslo](#) gebaut und fiel bei der Besetzung [Norwegens](#) noch vor Fertigstellung in deutsche Hände. Ihre Höchstgeschwindigkeit betrug 18 [Knoten](#). Ihr Untergang gilt als eine der größten [Katastrophen der Seefahrt](#). Zu Beginn des Jahres 1945 kamen bei dem Untergang der [Wilhelm Gustloff](#), der [Cap Arcona](#), der Goya, der [Steuben](#) und einiger kleinerer Einheiten in der Ostsee mehr als 20.000 Menschen ums Leben. ...

² Die widersprüchlichen Zahlenangaben rühren daher, daß mit der Erforschung der Umstände des Unterganges, die Zahlen nach oben berichtigt werden mußten. Bei Heinz Schön heißt es:

„Von den 1252 von neun Kriegs- und Handelsschiffen geretteten Personen starben unmittelbar nach ihrer Rettung 13, so daß die »Gustloff«-Katastrophe 9343 Todesopfer forderte.

Da noch nie, seitdem Schiffe die Meere befahren, so viele Menschen bei einem Schiffsunglück ums Leben kamen, muß die Tragödie der »Wilhelm Gustloff« als größte Schiffskatastrophe der Geschichte betrachtet werden.

Auch die Bemühungen um Klärung der Frage, warum die Passagierliste der »Gustloff« nur 4974 Namen von Flüchtlingen aufwies, führten zum Erfolg. So gelang es, eine ehemalige Marinehelferin aufzuspüren, die an der Registrierung der Flüchtlinge unmittelbar beteiligt war. Da diese nach dem Krieg in die USA ausgewandert und erst vor wenigen Jahren nach Europa zurückgekehrt war, ergab sich erst vor kurzer Zeit eine Verbindungsaufnahme. Auch ihre nachfolgende, im Auszug wiedergegebene Erklärung wurde mittels einer Video-Aufzeichnung festgehalten. Eva-Rotschild-Dorn erklärte u.a.:

»Vom Tage des Einschiffungsbeginns an bis zum 30. Januar 1945 vormittags war ich am Empfang auf der »Gustloff« eingesetzt, auf dem Deck, auf dem die Flüchtlinge das Schiff betraten.

Bis zum 29. Januar 1945 nachmittags wurden alle an Bord kommenden Flüchtlinge registriert und ihre Namen in Kladden notiert. Wir arbeiteten zu je drei bis vier Helferinnen und Marinesoldaten schichtweise. Am Nachmittag des 29. Januar 1945 waren unsere Kladden voll, weitere leere Kladden waren nicht mehr vorhanden. Die später an Bord kommenden Flüchtlinge wurden deshalb von uns nicht mehr registriert, also namentlich erfaßt, sondern von den Soldaten am Eingang nur noch gezählt. Ich schätze, daß noch über 2000 Personen an Bord gekommen sind.«³

Dann schildert Schön weitere Umstände, die zu einer Unvollständigkeit der Passagierliste geführt haben. (S. 11)

Die Sowjetunion hat die Versenkung lange bestritten. Konowalow erhielt für die Versenkung der Goya die höchste Auszeichnung der Sowjetunion, den Titel [Held der Sowjetunion](#). L-3 steht heute als Denkmal in [Sankt Petersburg](#).

Die Katastrophe mit der Cap Arcona beginnt mit der Räumung des KZ Neuengamme. Der Vorgang ist auch bei Wikipedia dokumentiert. Zum Untergang der Schiffe heißt es:

Deportation auf KZ-Schiffe

Die Häftlinge des Stammlagers sollten mit Schiffen in Lager nach [Skandinavien](#) gebracht werden. Der Hamburger [Gauleiter, Karl Kaufmann](#), beschlagnahmte dafür drei Schiffe, unter anderem den Luxusliner [Cap Arcona](#). Mehr als 10.000 Häftlinge wurden auf die Cap Arcona verladen. Aufgrund von technischen Problemen ankerten die Schiffe fast vier Wochen in der [Lübecker Bucht](#). Dabei starben die ersten Häftlinge durch die katastrophalen Lebensbedingungen.

Am 3. Mai 1945 wurden die Schiffe durch einen britischen Luftangriff versenkt oder schwer beschädigt. Die Häftlinge, die in der Ostsee trieben, erfroren oder wurden, falls sie den Strand erreichten, von Dorfbewohnern erschlagen. Lediglich 450 Häftlinge überlebten.

In der 1988 vom VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg herausgegebenen und von Hildegard Kadach und Dieter Schlichting verfaßten Biographien „Drei Leben gegen die Diktatur – die Pinneberger Nazigegner Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt“ wird das Ende der *Thielbek* und der *Cap Arcona* beschrieben. Wilhelm Schmitt, vielsprachiger Schneidermeister, von zu Hause aus in sozialer, dann seit dem ersten Weltkrieg in politischer Bedrängnis, erst KPD- und Ratsmitglied, danach in der SPD engagiert, ist auch auf der Cap Arcona umgekommen. Er war der Vater von Klaus Schmitt³, der 1989 den Sammelband „Silvio Gesell 'Marx' der Anarchisten? Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenrecht“ herausbrachte.

Dieses Massensterben im und auf dem Wasser war für jeden einzelnen der Betroffenen, die vorher schon als KZ-Häftlinge, als Flüchtlinge oder auch „nur“ als Soldaten ihren Leidensweg gegangen waren ein individuelles Golgatha. Und jeder hatte Grund zu rufen: „Mein Gott, warum hast Du mich verlassen!“ Aber so wie die Kreuzigung Jesu – real betrachtet - für die Menschheit keine wirkliche Erlösung war, so wenig haben die anders gekreuzigten Opfer auf den Schiffen in der Ostsee am Ende des zweiten Weltkrieges dazu beigetragen, die Menschen davon abzuhalten, sich danach weiter an anderen Orten gegenseitig umzubringen.

3 Klaus Schmitt versucht auf andere Weise als ich für eine freie und soziale Gesellschaft zu wirken.

Ich habe Phantasie genug und auch genug darüber gelesen, um mir das elende Sterben in Konzentrationslagern oder in den Lagern Sibiriens vorstellen zu können. Es ist aber noch anders, wenn man unmittelbare Erfahrungen zur Einschätzung historischer Vorgänge heranziehen kann. Als Matrose in der Seeschiffahrt habe ich genügend Hintergrundwissen, um mir die Vorgänge auf den Schiffen ausmalen zu können. Mein Patenonkel ist am Strand von Rhodos gestorben, nach dem sein Schiff versenkt wurde. Ein anderer Onkel hatte das Glück auf Heimaturlaub zu sein, als sein Schiff im Ägäischen Meer sank. Das Schiff eines weiteren Onkels wurde im Hafen von Bremen bei einem Bombenangriff zum Sieb. Er selbst wurde von einem einstürzenden Schuppen erschlagen und verstümmelt, so daß wir entgegen aller Tradition, den Leichnam nicht betrachten durften. Ein vierter Onkel berichtete davon, wie schutzlos sie auf den Binnengewässern bei Fahrten von und nach Berlin den Tieffliegerangriffen ausgesetzt waren. Ich selber habe als Junge auf einem Schiff in Oldenburg einen Bombenangriff miterlebt und habe dabei vor Angst in die Hosen gemacht. Und dann sind da ja auch noch die Erzählungen der ostpreußischen Verwandten väterlicherseits (Die Gefallenen und Läderten nicht zu vergessen.) und die Aufzeichnung der Kusine Charlotte, die sie als Vierzehnjährige auf der Flucht gemacht hat; die Großmutter und der Bruder waren unterwegs schon verloren gegangen:

... Einen kleinen Raum im obersten Stock bekamen wir. Es sollte ja nur für kurze Zeit sein. 5 Tage waren wir in Gotenhaven. Am 23. Februar 1945 bekamen wir den Bescheid, daß wir mit dem großen Schiff Potsdamm weiter nach dem Reich fahren sollten. Das war ein gewaltig großes Schiff. 10000 Mann Besatzung. Wenn man am ersten Deck stand konnten man durch eine große Öffnung 5 Ringeltreppen nach unten sehen. Das war sehr interessant. Über den Kajüten waren auch noch vier Etagen. Das ganze Schiff bin ich gar nicht durchwandert. Denn es war ja zu groß. Im Frieden ist es sehr schön mit solch einem Schiff zu fahren. Aber auf solch einer Flucht kann das alles ja kein Vergnügen sein. Zu viel Elend war das alles. Verwundete Soldaten die ebend von der Front kamen, wurden mit dem selben Schiff weiter transportiert. Sie lagen verkommen, achtlos, und voll quälender Schmerzen in Verladeräumen und Korridoren. Die schon gar nicht mehr konnten, bekamen dann ne kleine Kajüte, wo es auch hätte besser sein können. Einige Säuglinge starben, und wurden wie die Matrosen auf dem Meeresgrund gebettet. Bis kurz vor Insel Rügen fuhr unser Schiff. Dann hat man uns vor der Küste in ein anderes Schiff verladen, weil das Schiff zu tief ins Wasser ging. Eine Nacht standen wir noch auf dem Wasser. Auf Insel Rügen Saßnitz wurden wir ausgeladen und mit einem Transportzug wurden wir weiter gebracht. ...

Laut dem Bericht „Der Untergang“ von Imre Grimm in der bereits zitierten HAZ-Ausgabe heißt es zu der Verfilmung der Gustloff-Geschichte:

Es ist ein Antikriegsfilm, kein Liebesdrama. Eine fiktive Geschichte,
aber keine Fiktion.

Einen der Kapitäne, Hellmut Kehding, spielt Wiesinger. „Das ist schon sehr starker Tobak“, sagt der 40-jährige Hannoveraner. „Es gibt Rollen, die spielen sich von alleine. Das ist hier anders.“ „Meine Großmutter hat sich mit meiner Mutter im Arm aus einem unter Beschuss stehenden Zug in den Wald gerettet“, erzählt Valerie Niehaus. „Wir alle haben diese Geschichten in unseren Seelen. Und wir dürfen und müssen uns damit beschäftigen.“ Ein „seelischer Stunt“ sei dieser Film. „Hier geht es um Herz und Mut.“

Vorher heißt es bei Imre Grimm:

Es ist die größte Schiffskatastrophe der Marinegeschichte, die hier im nasskalten Hafen von Stralsund verfilmt wird. 9000 Menschen, sechsmal mehr als beim Untergang der „Titanic“, kamen am 30. Januar 1945 ums Leben, als russische Torpedos das Flüchtlingsschiff „Wilhelm Gustloff“ in der Ostsee versenkten. Jahrzehntlang war das Drama nicht nur „politisch brisant“, wie ZDF-Redakteur Klaus Bassiner sagt. Es war politisch vermint. Deutsche als Opfer - da schwang immer etwas Revanchistisches mit, ein Beiklang von Aufrechnung. Nie ging es um die reinen Fakten. Und so wurde viel geschwiegen. Jedes Kind kennt die „Titanik“. Aber die „Gustloff“? Erst Walter Kempowski und Günter Grass mit seiner Novelle „Im Krebsgang“, die sich seit 2002 millionenfach verkaufte, durchbrachen das Schweigen. Die Zeit war reif.

„Wir alle haben diese Geschichten in unseren Seelen.“ Wie man sieht, bin ich da keine Ausnahme. „Die Zeit war reif.“ Jeder der wach durch sein Leben geht, kann feststellen, daß jede Zeit ihre Themen hat. Wenn aber jetzt die Zeit reif ist, für die Thematisierung der Deutschen nicht in der Täterrolle, sondern in der Opferrolle, dann hat das auch damit zu tun, daß die politische und materielle Ausbeutung der Täterrolle sich (fast) erschöpft hat. Zur Qualifikation eines deutschen bedeutender Politikers und Staatsmannes gehörte bislang (oder auch noch) die Anerkennung der alleinigen, unendlich großen und einmaligen Schuld der Deutschen an dem Elend des vorigen Jahrhunderts. Um die Ausbeutung in Form von „Wiedergutmachung“ der Deutschen betreiben zu können, die in der Mehrzahl gar nicht Täter oder Verursacher der anderen Opfer waren, mußte das eigene Leid klein geredet oder verschwiegen werden. Oder wenn das Leid der Deutschen, die weder Juden noch Zigeuner, noch eine andere von den Nazis verfolgte Minderheit waren, erwähnt wurde, dann mit dem sinngemäßen Nachsatz: „Aber es ist ihre eigene Schuld, weil sie Hitler zugelassen haben.“ Wer solche Eindrücke offen ausspricht, wird gleich in die antisemitische Ecke gestellt. Aber diese Methode dient nur dazu, weiterhin zu vertuschen, daß Hitler und die Folgen ein Werk der ökonomisch blinden Demokraten, der versagenden Sozialwissenschaften und der heuchlerischen Siegermächte des Ers-

ten Weltkrieges war und nur am Rande die Folge eines Antisemitismus, der in der ganzen westlichen Welt anzutreffen war. Als Demokraten können wir die damals (vom Alter her gesehen) mündigen Bürger natürlich nicht von der Mitverantwortung ausschließen. Wir müssen die Haftung des Einzelnen für die Politik eines Volkes aber an der Größe seine Mitgestaltungsmöglichkeit messen. Das Versagen der Generationen vor uns sollten wir dabei in ein Verhältnis zum eigenen politischen Versagen von heute setzen. Und dieses Versagen ist nicht geringer.

Ich übernehme aus einer Meldung der EKD:

"Nur durch die Wahrheit wird aus Erinnerung Orientierung!"

Ratsvorsitzender Bischof Wolfgang Huber in Yad Vashem

11.04. 2007 – 11:17 Uhr

Hannover (ots) - Am ersten Tag seiner Reise ins Heilige Land hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Gedenkstätte Yad Vashem besucht. Nachfolgend der Wortlaut des Grußwortes, das der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, bei dieser Gelegenheit sprach:

"Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland unternimmt eine Begegnungsreise durch das Heilige Land. Das geschieht in dieser Form zum ersten Mal. Wir werden viele Menschen treffen, alte Kontakte auffrischen, neue Begegnungen erleben, wir werden von Schwierigkeiten der christlichen Kirchen hören, aber auch Klärungen und Fortschritte der Verständigung feiern können. Aber der Morgen des ersten Tages unserer Reise führt uns - nach der freundlichen Begrüßung gestern Abend durch den deutschen Botschafter, den Propst und die deutsche evangelische Gemeinde - zuerst hierher, nach Yad Vashem, an den Ort der Erinnerung und der Mahnung.

Diese Gedenkstätte ist für mich persönlich bei jedem Besuch in Jerusalem ein wichtiges Ziel. Heute ist Yad Vashem für den gesamten Rat der EKD und alle, die mit uns gekommen sind, gleichsam unser Tor nach Israel, und das aus Gründen, die für uns unumgänglich sind. Wir wollen die Stätten des Heils hier in Jerusalem und im Heiligen Land nicht betreten, ohne zuvor die Stätte der Erinnerung an das Unheil der Shoah aufzusuchen und unsere Herzen für diese Erinnerung zu öffnen. Als Delegation aus Deutschland wollen wir unseren Weg durch Israel hier beginnen, in Achtung und Respekt vor den Opfern von Willkür, Grausamkeit und tödender Gewalt, verübt durch das nationalsozialistische Deutschland. In Demut und Beschämung beugen

wir uns vor dem unendlichen Leid, das von Deutschen, auch von Christen in Deutschland ausgegangen ist, und das in dieser Gedenkstätte Gesicht und Namen, Anschauung und Konkretion erhält. Hier in Yad Vashem bekennen wir uns dazu, dass uns das Einmalige und Unvergleichliche dieses Geschehens bewusst ist. Miteinander wollen wir unseren Glauben und unsere Kraft dafür einsetzen, dass sich etwas Derartiges nie wiederholt. Miteinander treten wir auch klar und entschieden denjenigen entgegen, die den Völkermord am europäischen Judentum leugnen wollen oder sich der politischen Verantwortung verweigern, die daraus folgt.

Wir wollen am Beginn unseres Besuchs in Israel anknüpfen an die berühmten Sätze, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in seinem Stuttgarter Schuldbekennnis formuliert hat, als er sich dazu bekannte, dass auch durch uns "unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden" ist und dass wir in den finsternen Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft "nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben". Erst Jahre später wurde das "Schuldbekennnis der Kirche" bekannt, das Dietrich Bonhoeffer bereits im Jahr 1940 formuliert hatte und in dem es heißt: "Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Hass, Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten Brüder Jesu Christi". "Brüder Jesu Christi" hatte Bonhoeffer später in seinem Manuskript ausdrücklich hinzugesetzt. Er wollte damit den Bezug auf die Juden deutlich machen und die kirchliche Schuld an der Shoah zur Sprache bringen. Heute machen wir das zu unserem eigenen Bekenntnis.

Denn erst diese Wahrhaftigkeit lässt aus der Erinnerung Orientierung für die Gegenwart erwachsen. Es sind doch nicht abstrakte Zahlen von Juden, die im Dritten Reich um ihr Leben gebracht wurden, sondern es sind Väter und Mütter, Kinder und Geschwister, es sind Schneider und Ärzte, Hausfrauen und Musiker, die in den Tod getrieben wurden. Man muss die einzelnen Gesichter, die persönlichen Biographien erinnern, um den Abgrund zu spüren, an den uns diese Gedenkstätte führt. Erst die Wahrheit und die Würde eines jeden einzelnen Lebens macht die Erinnerung konkret, erst die Wucht eines nachvollzogenen individuellen Schicksals kann zur Orientierung werden für die Verantwortung und die Aufgabe, die wir auch in die nächste und übernächste Generation zu tragen haben, wenn die Zeitzeugen und Überlebenden nicht mehr unter uns sind. ...

"Nur durch die Wahrheit wird aus Erinnerung Orientierung!", sagt Bischof Huber. Der Wahrheit über unsere Vergangenheit im vorigen Jahrhundert haben wir uns bisher aber nur bedingt genähert. Bischof Huber sagte auch: „Ich komme aus der Stadt, von der das Unheil ausging.“ Gemeint ist Berlin unter der Naziherrschaft. Jeder Redakteur einer deutschen Zeitung würde diese Formulierung vermutlich unbedenklich übernehmen. Ist die Aussage aber mehr als vordergründig richtig? Ich würde formulieren: Der Bischof kommt aus der Stadt, wo die Geschwüre der westlichen Welt, bestehend aus einem überzogenen Nationalismus, rassistischem Dünkel, demokratischer Unreife und ökonomischer Unvernunft zum Ausbruch kamen. Man könnte ja entgegen aller Wahrnehmung noch die einmalige und alleinige Schuld der Deutschen akzeptieren, wenn die Welt dadurch besser geworden wäre. Das ist aber nicht der Fall, wie wir jeden Tag von den Medien vermittelt bekommen. Und die EKD-Delegation mag sich ja wohl fühlen in ihrem Schuldbekenntnis für die Unterlassungen und Untaten in der Evangelischen Kirche in der Vergangenheit, nur übersieht diese Führungsriege der Evangelisch-Lutherischen Kirche, die eine besondere Kompetenz in der Ethik beansprucht, daß sie heute durch die Stützung einer lebensfeindlichen und für viele Menschen tödlichen Ökonomie genauso schuldig geworden ist und weiter schuldig wird, wie ihre Glaubensbrüder zur Zeit des Nationalsozialismus.⁴ Auch habe ich nichts von einem Schuldbekenntnis der EKD gegenüber den Palästinensern gehört. Ohne die Vertreibung der Juden durch die Deutschen in der Nazi-Zeit und der Politik der Wiedergutmachung (auch aufgrund der Vernichtung von Juden) nach der Nazi-Zeit wären die Palästinenser in der erlebten und gegenwärtigen Form nicht in Bedrängnis gekommen.

Wenn wir den Juden bei uns und in aller Welt helfen wollen, den judenfeindlichen Antisemitismus zu überwinden und dabei gleichzeitig den bedrückenden Philosemitismus zu vermeiden, dann müssen wir uns mehr auf die Seite der jüdischen Kritiker und Versöhner mit Palästinensern schlagen und nicht aufgrund von Schuldkomplexen jene fördern, die das Bild des Juden bei uns, in Israel und aller Welt negativ prägen. Wenn eine Volk-ohne-Raum-Politik der Nazis verderblich war, dann ist eine solche Politik auch unter israelischer Flagge nicht akzeptabel. Wenn die nationalistische Überhöhung der Deutschen ein Übel war, dann ist auch die nationalistische Überhöhung der Juden ein Übel, usw.. (Das alles besagt noch nicht, daß die Palästinenser nur die unschuldigen Opfer sind.)

4 Nachtrag: Zwischenzeitlich liegt mir das Heft 03/2007 der „Humanwirtschaft“ vor: In einem Beitrag von Roland Geitmann mit dem Titel „Lebendig und kräftig und schärfer“ – Erwartungen an den Evangelischen Kirchentag 2007 heißt es u.a.: „Freilich erleben auch und gerade die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, dass Kirchenvertreter das, was sie speziell zu einer gerechten Geld- und Bodenordnung an Jahrhunderte lang gepflegten Weisheitsschätzen beizusteuern hätten, so nachhaltig verdrängt haben, dass sie auf diesem Ohr taub sind.“ (S. 18)

Bei Norman G. Finkelstein heißt es in seinem Buch „Die Holocaust-Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“ (5. Auflage 2001):

> Dieses Bezugnehmen auf den Holocaust <, merkt der angesehene israelische Autor Boas Evron an, ist eigentlich > eine offizielle propagandistische Indoktrination, die unaufhörlich Schlagworte sowie eine falsche Weltsicht hervorbringt und tatsächlich keineswegs darauf abzielt, die Vergangenheit zu verstehen, sondern darauf, die Gegenwart zu manipulieren. < Der Holocaust an sich ist keinem speziellen politischen Programm dienlich. Mit ihm kann sowohl eine Ablehnung als auch eine Unterstützung der Politik Israels motiviert werden. Durch eine ideologische Betrachtungsweise verzerrt, ließ sich – in Evrons Worten - > die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis < jedoch > als mächtiges Werkzeug in den Händen der israelitischen Führung und der Juden in anderen Ländern < einsetzen. Aus der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde DER HOLOCAUST. (S.49)

Wir Deutschen dürfen und müssen uns der Massenvernichtung von Juden noch lange schämen. Es war sicher auch sinnvoll für eine Zeit die Darstellung der Sieger über die geschichtlichen Abläufe zu übernehmen. Aber zur Überwindung des Antisemitismus, der Fremdenfeindlichkeit und Respektierung von Minderheiten jeder Art müssen wir zu einer eigenständigen Geschichtsbetrachtung,⁵ zur grenzüberschreitenden⁶ Aggressionsforschung und zu einer der Objektivität verpflichteten Ökonomieforschung kommen. Auch muß unsere Politik ehrlicher werden. Die Politik der Mitte muß er- und anerkennen, daß die Entwicklung am politisch rechten Rand der Gesellschaft wesentlich durch ihr demokratisches und ökonomisches Versagen verursacht wurde und weiter wird. Mit Verboten von Symbolen und Sprüchen ist kein Feldzug gegen den Antisemitismus zu gewinnen. Wenn wir sehen, daß Israelis und Palästinenser sich um einen lebensfähigen gemeinsamen föderativen Staat bemühen, dann sollten wir das anders als in der Vergangenheit freudig unterstützen.⁷ Und an die Adresse der jüdischen Deutschen und Juden in Deutschland⁸: Es ist ein demokratisches Grundrecht, daß jeder einzelne Bürger oder Gruppen von Bürgern unabhängig von Mehrheiten für oder gegen alles sein und auch persönliche Interessen vertreten dürfen. Wenn aber der Zentralrat der Juden auftritt als sei er die höchste richterliche Instanz der BRD, dann halte ich das für ein Förde-

5 Eigenständige Geschichtsbetrachtung heißt natürlich nicht, daß diese sich gegen Geschichtsbetrachtungen aus andern Staaten abschottet, sondern sich daneben stellt, um Widersprüche deutlich zu machen.

6 Grenzüberschreitend in Bezug auf Wissenschaftsdisziplin wie auch auf Staatsgrenzen bezogen.

7 Siehe dazu die Ausführungen der „Gesellschaft fuer Nach-Ost Konfoederation“ von Ibrahim Sim'an und Josef W. Abileah im Anhang zu meinem Offenen Brief an MP Gerhard Glogowski vom Okt. 1999, Text 18.2.2 unter www.tristan-abromeit.de

8 So wenig wie es den Deutschen, Holländer oder Franzosen gibt, so wenig gibt es auch den Juden. Es gibt sicher tausend Differenzierungen und nicht jeder heutige Jude in Deutschland wird sich als Deutscher fühlen.

rungsprogramm des Antisemitismus. Aktuell:

Zentralrat der Juden legt Streit mit Oettinger bei
Do Apr 19, 2007 3:21 MESZ

Frankfurt (Reuters) - Nach einem Treffen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger hat der Zentralrat der Juden in Deutschland den Streit über die Filbinger-Trauerrede zu den Akten gelegt.

"Meine Kollegen und ich sind überein gekommen: da der Ministerpräsident sich von dieser Rede distanziert, sind wir damit einverstanden", sagte die Präsidentin des jüdischen Dachverbandes, Charlotte Knobloch, am Donnerstag nach der einstündigen Unterredung in Frankfurt. Die Rücktrittsforderung des Zentralrats sei damit gegenstandslos.

"Es war eine sehr intensive Offenheit - und sie ist auch nötig gewesen", berichtete Knobloch. Zentralrats-Vizepräsident Salomon Korn fügte hinzu: "Es wurden nicht nur Freundlichkeiten ausgetauscht." Oettinger bekräftigte nach eigenen Angaben in der Runde die Rücknahme seiner umstrittenen Aussage, sein verstorbener Amtsvorgänger und NS-Richter Hans Filbinger sei Gegner der Nazis gewesen. "Ich habe mich vom Inhalt meiner Rede in den entscheidenden Passagen distanziert am Montag und heute erneut", sagte der CDU-Politiker.

Filbinger war als Marine-Richter an Todesurteilen gegen Soldaten beteiligt gewesen. Er hatte 1978 wegen seines Umgangs mit seiner Vergangenheit als Ministerpräsident zurücktreten müssen. Da sich Oettinger zunächst nur entschuldigte, aber inhaltlich nicht korrigieren wollte, bestand der jüdische Dachverband auf dessen Rücktritt. Erst als der Ministerpräsident seine Aussage - auch auf Druck von Bundeskanzlerin Angela Merkel - zurücknahm und öffentlich bedauerte, verstummte die Kritik.

Beide Seiten seien sich in dem Gespräch einig gewesen, dass die Auseinandersetzung mit der Nazi-Diktatur weitergehen müsse, erklärte der Zentralrat. Die Politik trage hierbei eine besondere Verantwortung. Deutschland könne seine Zukunft nur gestalten, wenn es sich seiner Vergangenheit stelle, betonte Knobloch. ...

Focus ONLINE

Wenn der Ministerpräsident Oettinger sein Amt niederlegen soll, dann ist das je nach Verfassungslage eine Sache des Wählers oder des Landesparlaments und nicht eine Sache des Zentralrates der Juden. Es schadet den Juden insgesamt, wenn der Zentralrat der Juden wie ein Statthalter Israels oder einer Internationalen Judenorganisationen auftritt. Zur Meinungsfreiheit gehört auch, daß man eine falsche Meinung haben darf. Ohne mich auch nur mit einer Aussage des Ministerpräsidenten Oettinger zu identifizieren. Die Reaktionen auf seine Äußerungen waren nach meinem Eindruck keine Belehrung sondern Meinungsterror und ein politisches Kuschen der Gut-Deutschen und als Reaktion darauf ein stilles Murren der Nicht-so-

gut-Deutschen. Oettinger mag politischen Schaden angerichtet haben, die Kanzlerin Angela Merkel aber den größeren. Unsere bescheidene und mit dem Makel der Erschleichung behafteten Verfassung sieht nicht vor, daß die Bundeskanzlerin oder der Zentralrat der Juden einem Ministerpräsidenten die richtige Sicht zeitgeschichtlicher Vorgänge diktieren kann.⁹ Wenn Oettinger klug gewesen wäre, hätte er die Biographie Filbingers in einem Verhältnis zu vergleichbaren Biographien von Mitgliedern anderer Nationen gestellt. Und wenn er wirklichen Mut gehabt hätte (oder noch hat), dann hätte er die Diskussion darüber eröffnet mit welchem Recht ein Staat seine Bürger überhaupt in die Uniform zwingen darf. Der Mensch darf sich verteidigen – egal welche Hautfarbe oder Staatszugehörigkeit er hat -. Er darf sich auch mit anderen Menschen zur Verteidigung verbünden, wenn dies eine effektive Verteidigung erforderlich macht. Sobald der Mensch in einer Gesellschaft oder einem Staat lebt, ist es auch einsichtig, daß es bezüglich der Verteidigungsformen und -mittel Einschränkungen geben muß. Nicht einsichtig ist, daß die Gesellschaft oder der Staat die Bürgerin oder den Bürger zur Verteidigung zwingen darf. Und noch weniger einsichtig ist, daß der Staat Menschen einsperrt oder gar tötet, wenn diese zu dem Schluß gekommen sind, daß eine Verteidigung sinnlos geworden ist. Todesurteile im Schatten der Kapitulation sind besonders unsinnig, nur soll man doch heute nicht so tun, daß für alle, die im Geschehen verwickelt waren, es eindeutig gewesen wäre, was im Sinne der vorher eingetrichterten Vorgaben richtig und in Anbetracht der aktuellen Situation rechtens war. Ich habe den Krieg nur als Schuljunge erlebt. Aber ich habe deutsche Soldaten gesehen, die auf dem Rückzug sich sammelten und kurze Zeit später wieder mit einer weißen Binde um den Arm oder Kopf in entgegengesetzter Richtung marschierten. Wo war hier die rechtmäßige Grenze zwischen Verteidigung und Verweigerung? Filbinger hat als Militärrichter keine gute Figur gemacht. Aber auf die Anklagebank gehört der Staat, der ja auch im demokratischen Kleide ein Leviathan bleibt.

Bei geschichtlichen Betrachtungen wird es immer Differenzen geben. Auch für meine Darlegungen kann ich keine ausschließliche Zustimmung erwarten, soll ich deshalb schweigen und den Feinden des freien Wortes Raum geben?

Zur Bekämpfung des religiösen Antisemitismus – den ich persönlich für weniger bedeutsam, weil vorgeschoben halte als den ökonomisch begründeten – ist es sicher gut, daß der Papst Benedikt XVI. in seinem Buch „Jesus von Nazareth“ deutlich macht, daß Jesus zum Glau-

⁹ Und hier macht sich die Verquickung von Partei- und Verfassungsamt wieder unangenehm bemerkbar. Irgendwelche Vorhaltungen kann die Kanzlerin einfach entkräften, indem sie behauptet, sie habe als Parteivorsitzende mit CDU-Mitglied Oettinger gesprochen.

bens- und Lebenserbe Israels gehört.¹⁰ Es gehört ja zu den Merkwürdigkeiten der christlichen Kirchen, daß ihre Mitglieder verdrängen konnten, daß ihr Stifter ein Jude war. Ich kann mich an einen Vortrag eines südafrikanischen Theologen (in den fünfziger Jahren in Bremen) erinnern, der von der heilsamen Wirkung der Bewußtmachung dieser einfachen Tatsache unter den Gläubigen seiner Gemeinde sprach.

Die Toleranz gegenüber Minderheiten mit anderen religiösen oder sonstigen Merkmalen hängt aber – soweit ich mir ein Bild davon machen konnte – von der Sicherheit der Befriedigung eigener Grundbedürfnisse ab. Wenn der Vorratskeller voll und das Bett warm und nicht bedroht ist, dann erübrigt es sich, nach Sündenböcken – die einem angeblich das kleine Glück rauben - Ausschau zu halten.

Nicht nur bei Nahum Goldmann habe ich gelesen, daß die Weimarer Republik der Gipfel jüdischer Existenz war. Neulich las ich über ein vielfach inniges Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen. So daß in Bezug auf die Ermordung von Juden vom Bruder- bzw. Schwestermord gesprochen werden muß. Auch der Nationalsozialist und Mörder Himmler bescheinigt ungewollt den Deutschen ein gutes Verhältnis zu ihren jüdischen Mitbürgern. Er sagte 4. Oktober 1943 u.a. in seiner Posener Rede:

„Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar steht ja im Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden machen wir.“ Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.¹¹

Der in der ganzen westlichen Welt vorhandene Antisemitismus hat in der Vor-Hitlerzeit nicht den Gipfel jüdischer Existenz in Deutschland verhindert. Und der Antisemitismus als untaugliche Erklärung für die ökonomische Bedrängnis konnte nicht die individuelle Erfahrung nichtjüdischer Deutscher mit jüdischen Deutschen auslöschen. Das heißt aber auch, daß eine massive Aufklärung über die wirklichen Ursachen der damaligen sozialökonomischen Drangsal und seiner Überwindung den sekundär wirkenden Antisemitismus für die braunen Rattenfänger zu einem untauglichen Instrument gemacht hätte. Mit anderen Worten: Hätte der Reichstag seine ökonomischen Hausaufgaben gemacht, hätte das Irrlicht Hitler die Deutschen gar nicht ins verderben führen können. Ein Schuldbekenntnis der damals verantwortlichen Demokraten hat es aber nicht gegeben und ein Bedauern über das Fehlen eines solchen

¹⁰ „Verachtet mir die Pharisäer nicht!“, Alexander Kissler in Süddeutsche Zeitung , 14./15. April 2007.

¹¹ Helmut Genschel in: Genschel, Köhler, Bethmann, Heuss, Die Juden und wir, 1957, S. 43

Schuldbekennnisses gibt es auch nicht unter den heute verantwortlichen Demokraten. Es ist ja auch bequemer an der eigenen Unschuld zu basteln, indem man auf die (manchmal tatsächlich) bösen Extremisten verweist.

Bevor ich noch Zitate als Rückblende bringe, noch ein paar Hinweise, die mir wichtig sind:

a) Bei aller Anerkennung der Grausamkeiten, die von Deutschen unter der NS-Herrschaft ausgegangen sind, ist es wohl Stand des Wissens, daß diese Grausamkeiten nicht genetisch in Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft verankert sind, dazu sind die Deutschen schon biologisch zu sehr ein Mischvolk. Außerdem weiß man inzwischen, daß unter ähnlichen Umständen alle Menschen zu solchen Fehlhandlungen fähig sind und daß der Umfang der Grausamkeiten mehr vom organisatorischen Entwicklungsstand einer Gesellschaft abhängt, als von der genetischen Grundausstattung der Menschen. Dabei unterscheidet sich sicher das Potential an Grausamkeiten bei Menschen, die in einer offenen, liberalen Gesellschaft - mit eingeübter Selbstverantwortung - ihre Sozialisation erfahren haben, von jenen, die in einer geschlossenen, autoritären Gesellschaft mit Unterwerfung unter dominant kollektiven Regeln herangewachsen sind.

b) Dadurch, daß Menschen die Opferrolle erlitten haben, werden sie nicht automatisch zu guten, klugen und weitsichtigen Zeitgenossen. Jeder Mensch, der leidet oder gelitten hat, verdient Rücksichtnahme ohne Bewertung von Stand, Rasse, Geschlecht oder Staatszugehörigkeit. Das bedeutet aber nicht, daß diese Menschen außerhalb jeglicher Kritik stehen. Gerade wenn das erfahrene Leid auf ein Fehlverhalten anderer Menschen zurückzuführen ist, sollte man von einem gereiften Opfer erwarten können, nicht in die Täterrolle abzugleiten. Auch erscheint mir eine Klassenbildung der Opfer als inhuman. Wer bei uns nicht den Mut aufbringt, jüdische Deutsche, Israelis oder Juden in aller Welt zu kritisieren, wenn es im Einzelfall oder kollektiv etwas zu kritisieren gibt, fördert den Antisemitismus mehr als die politischen Dummköpfe am rechten Rand mit ihren Haßparolen, weil durch solch eine Zurückhaltung den Juden Sonderrechte zugeordnet werden, die das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen verletzen und letztlich auf diesem Wege unangemessene Reaktionen fördern.

c) Es wurde immer gesagt und wird heute auch noch wiederholt, daß es keine Kollektivschuld gibt. In Wirklichkeit wurden die (West-)Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auf

emotionaler Ebenen kollektiv als die Schuldigen behandelt. Auch die Kinder aus der NS-Zeit wurden davon nicht ausgenommen. Häufig war es so, daß nicht-jüdische Opfer des NS-Regimes noch als Täter klassifiziert wurden. Und wenn wir die materiellen Wiedergutmachungen an jüdische Opfer betrachten, so wurden doch nicht nur die Täter unter den Deutschen für die Leistungen herangezogen, sondern kollektiv alle deutschen Steuerzahler. Wenn die Aufbringung und Verteilung der Geldmittel genau untersucht würden, dann würde sich vermutlich herausstellen, daß die Aufbringung von (vorwiegend) deutschen Arbeitnehmern geleistet wurden, die in keiner Beziehung zur Täterschaft standen oder stehen und daß die Nutznießer in der Mehrheit Juden und jüdische Institutionen waren, die nicht mehr unmittelbar Opfer des deutschen Staates waren. Die Enkel und Urenkel der Nazi-Generation sind genauso Opfer des Geschehens wie die Enkel und Urenkel der Juden, die die Massenvernichtung überlebt haben. Die Ungleichbehandlung ist eine Saat, die Übles wachsen läßt.

d) Nur aus der Perspektive, die Deutschen manipulierbar zu machen und zu halten, ist es bei aller eindeutigen humanen und politischen Fehlleistungen des deutschen Staates und seiner Bürger richtig, das Fehlverhalten anderer Staaten gegenüber den Juden nicht zu benennen oder klein zu reden. Es erzeugt nur Abwehrreflexe, wenn alles Böse des vorigen Jahrhunderts den Deutschen zugeordnet wird.

e) Israel und Palästina (einschließlich Jordanien und dem Libanon) könnten wirklich das gelobte Land werden, wo beispielhaft Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen friedlich zusammenleben. Ich denke auch, daß die Menschen späterer Zeiten nur den Kopf schütteln werden über das heutige gegenseitige Ausgrenzen und Töten. Es ist klar, daß Parteien, die sich gegenseitig an die Gurgel springen wollen, nicht in Ruhe über eine gemeinsame gute Zukunft reden können. Es würde doch Sinn machen, wenn Menschen aus den europäischen Ländern die leidenden Menschen aus dem Nahen Osten zum gemeinsamen Nachdenken über die Zukunft in Nah-Ost einladen würden. Eine Bremse für ein solches Vorhaben im größeren Maßstab sehe ich darin, daß die Europäer ganz automatisch auch über die eigenen Probleme nachdenken und dabei feststellen müßten, daß ihr eigenes Haus, ihr eigenes Denken und Wollen auch ganz schön in Unordnung ist.

f) Wenn Nationalsozialisten bildlich oder wörtlich beschrieben werden, dann wirken sie häufig monsterhaft. Die Wirklichkeit ist, daß totalitäre Staatsgebilde von Menschen mit normaler

Grundausrüstung an Intelligenz und Normen getragen werden. So wie die Gelegenheit Diebe macht, so machen gesellschaftliche Verhältnisse Diktatoren und Untertanen. Die Deutschen waren in der Vor- und Hitlerzeit genauso sympathisch und unsympathisch wie heute. Wobei es sicher Unterschiede in anerzogenen positiven und negativen Eigenschaften gibt. Es scheint mir aber ein völlig falsches Bild von den Menschen in Deutschland Anfang der 30er Jahre zu sein, wenn man annimmt, sie hätten die Nationalsozialisten in den Sattel gehoben, weil sie Lust auf Mord und Krieg gehabt hätten.

g) Der Haß der Linken auf die Rechten auf der Rechten auf die Linken und und gemeinsam auf die Mitte und zur Zeit verstärkt der Mitte auf die Rechten ist in allen Richtungen unfruchtbar und von gleicher negativer Qualität. Kein politischer Standort ist per se gut oder böse. Es kommt noch immer auf die Inhalte, das Verhalten und das Verfahren der Akteure, ihres Klientel und der offenen und stillen Sympathisanten an. Vorurteile können auch hier Schaden anrichten.

h) Es hat -zig zivilrechtliche Prozesse gegeben. Wo Erben von Juden und jüdische Organisationen in der Zeit des Nationalsozialismus enteignetes Eigentum zurück oder einen Schadensausgleich gefordert und bekommen haben. Die letzte Meldung zu dem Thema, die mir in Erinnerung ist, ist ein außergerichtlicher Vergleich um ein Grundstück, daß heute der Karstadt AG gehört. Ich halte die Schadensregulierungen nach dem zweiten Weltkrieg und nach der Vereinigung nicht für weise. Aber geschichtliche Abläufe – auch solche der Auseinandersetzungen um Eigentum – muß man einfach hinnehmen, weil sie nachträglich selten ohne neues Unrecht zu korrigieren sind. Ich halte es auch nicht für gut, wenn deutsche Staatsbürger nun mit den gleichen Methoden - wie die Juden – versuchen, verlorenes Eigentum in verloren gegangenen Gebieten Deutschlands zurückzuerhalten. Was ich nicht für richtig aber gefährlich halte, ist, daß Vereinigungen von Deutschen, die versuchen, früheres Eigentum auf dem Rechtsweg zurückzuerlangen in die Ecke der Bösen gestellt werden, nur weil sie damit die ideologische Grundlage des Regierungsgeschäftes stören. Hier wird doch mal wieder signalisiert: „Ihr Deutschen nichtjüdischer Abstammung, seit Menschen minderen Rechtes aufgrund eurer kollektiven Schuld!“ Ein solches Verhalten der Politik fördert genauso den Antisemitismus wie die Sonderkonditionen für jüdische Einwanderer in die BRD. Genauso sehe ich die „U-Boot-Geschenke“ als ein Förderprogramm für Antisemitismus. (Ich gehe darauf in einem Anhang gesondert ein.)

Wieder zurück zur Vergangenheitsbewältigung und zur Ökonomie als Quelle des Übels: Die Schrift „Die Juden und wir“ , 1957 herausgegeben vom Arbeitskreis für angewandte Anthropologie, Göttingen habe ich ja schon erwähnt. Aus dem Beitrag „Judenverfolgung und Judenvernichtung im 'Dritten Reich' von Helmut Genschel bringe ich das nachfolgende Kapitel. Danach einen Ausschnitt aus dem Beitrag von Prof. Dr. Hans Köhler aus seinem Beitrag „Über die historischen Wurzeln des Antisemitismus:

Der Antisemitismus als Grundlage für die Judenverfolgungen Der „herkömmliche“ Antisemitismus vor Hitler

Will man den großen Einfluß der antijüdischen Propaganda im „Dritten Reich“ verstehen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß der Antisemitismus keine Erfindung der Nationalsozialisten ist, sondern daß er in großen Teilen Europas eine lange Tradition besitzt.¹²

Seit dem 6. Jahrhundert unterlagen die Juden gewissen Rechtsbeschränkungen von Seiten der Kirche. Während des ganzen Mittelalters und darüber hinaus durften sie kein „ehrliches“ Handwerk ausüben und stiegen daher — notgedrungen oder aus eigenem Antrieb — mehr und mehr ins Handels- und später ins Geldgeschäft ein. Da die Kirche den Christen verboten hatte, Geld gegen Zinsen zu verleihen, waren Fürsten, Bürger und Bauern darauf angewiesen, im Bedarfsfalle von Juden zu borgen. So gelangten viele Juden nicht nur in die Rolle des mißliebigen Konkurrenten für christliche Kaufleute, sondern auch in die des Kreditgebers und Wucherers für verschuldete Bauern. Kleinbürger und Bauern waren denn auch im allgemeinen Träger der antisemitischen Pogrome, die mittelalterlichem Denken entsprechend — religiös begründet und von Vertretern der Kirche angeführt wurden. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei angemerkt, daß die christliche Lehre sowohl pro- wie auch antisemitisch ausgelegt werden kann: Sie kann das jüdische Volk entweder für das ursprünglich auserwählte erklären, das den Messias hervorgebracht hat; sie kann es auch als „Christuskreuziger“ brandmarken. Die Juden sind ebenso das Volk Christi wie das des Judas. Beide Auslegungsversuche sind gemacht worden. Wesentlich aber ist, daß in der geschichtlichen Wirklichkeit häufiger die zweite Anschauung - des Christusverfolgers und -kreuzigers — zur Wirkung kam.)

Zu Pogromen kam es in Zeiten besonderer Not (Hunger, Seuchen) oder religiösen Eifers (Kreuzzüge) in vielen europäischen Ländern, wobei Zehntausende von Juden ums Leben kamen. Wirksamer als die berechtigten Vorwürfe, die sich freilich immer nur gegen einen Teil der Juden richten konnten (Zinswucher, unlauterer Handel), waren für solche Massenaktionen die Anschuldigungen, die auf Aberglauben beruhten: Brunnenvergiftung (als angebliche Ursache für den Ausbruch von Seuchen), Hostienschändung (wenn z. B. Hostien

¹² Hier ohne Fußnoten oder Endnoten

verdarben). Ritualmord (angebliches Schächten von Christenkindern) usw. — Durch zunächst freiwillige, dann zwangsweise Zusammenfassung in Ghettos¹³ blieben die Juden bis zum 18. Jahrhundert von der Kultur ihrer „Wirtsvölker“ relativ abgeschlossen, was das gegenseitige Verständnis nicht gerade förderte.

Bis zur Reformation und weit darüber hinaus war der Antisemitismus eindeutig religiös gefärbt. Erst seit der Aufklärung wurde sein Einfluß von liberaleren Anschauungen zurückgedrängt; doch blieb er — gefühlsmäßig fundiert — in weiten Kreisen des Volkes bestehen (ein Jude war eben immer etwas weniger wert als ein „ehrlicher Christ“); ideologisch fundiert erhielt er sich bei vielen bewußten und strenggläubigen Anhängern der Kirchen — warum sonst hätte Lessing seinen „Nathan“ geschrieben?

Neben den „religiösen“ Antisemitismus trat im 19. Jahrhundert noch eine aggressivere Art, der „rassische“ Antisemitismus. Er wurde von „völkischen“ Gruppen verfochten, die aus an sich richtigen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen von Rasse und Abstammung einen Mythos des Blutes und des Germanentums konstruierten. Ihm lagen ähnliche soziale Gegensätze zugrunde wie dem religiösen Antisemitismus, und wie dieser wurde er hauptsächlich vom konservativen Mittelstand getragen, dessen Existenz von der immer weiter um sich greifenden Industrialisierung bedroht war. Aufklärung, Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus wurden dem Judentum gleichgesetzt und den „erhaltenden Kräften des Deutschtums“ gegenübergestellt. Fast alle Vorwürfe des Nationalsozialismus gegen die Juden tauchten hier bereits auf: Von den uralten Behauptungen des Ritualmordes bis zur Weltverschwörung und Zersetzung der Völker.

Beide — „christlicher“ und „völkischer“ Antisemitismus blieben Randerscheinungen des politischen Lebens, die von anderen Gegensätzen überschattet wurden. Gefährlich aber wurden sie, als wieder eine Krise eintrat, und das war im Anschluß an den ersten Weltkrieg der Fall. Wie man im Mittelalter die Juden für den Ausbruch der Pest verantwortlich gemacht hatte, so erzählte die „nationale“ Presse des „modernen“ Deutschland ihren Lesern, die Juden seien für den verlorenen Weltkrieg, für den Versailler Vertrag und besonders für die Inflation verantwortlich. Diese Argumente kamen dem Bedürfnis der Massen entgegen, für alle Fehlschläge nach einem Sündenbock außerhalb des eigenen Verantwortungsbereiches zu suchen, und sie schlugen besonders bei denjenigen Angehörigen der städtischen Mittelschichten ein, die ihre Ersparnisse in der Inflation verloren hatten und sich durch die Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bedroht fühlten. Ebenso zugänglich zeigten sich viele durch die Krise verschuldete Bauern, deren Kreditgeber oftmals Juden waren. Diese sozialen Gruppen fürchteten teilweise um ihre wirtschaftliche Existenz und waren voller Ressentiment gegen das Großkapital (Warenhäuser, Konzerne usw.), zu dem zwar bei

13 Anmerkung TA: „Wir wollen noch an die Ghetti der Juden erinnern, die vor den großen Judenverfolgungen des Mittelalters nichts anderes waren als solche geschlossene Kaufmannskolonien; ...“ heißt es bei Franz Oppenheimer in „Der Staat“ S. 77. Eine andere Stelle habe ich in Erinnerung, da wird darauf hingewiesen, daß das Ghetto die Möglichkeit war, die kulturelle Identität zu bewahren.

weitem nicht die Mehrheit, aber doch eine stattliche und sichtbare Anzahl von Juden gehörte.

Da in den entscheidenden Jahren von 1930 bis 1933 große Teile des Bauern- und Kleinbürgertums das wichtigste „Wählermaterial“ für die Nationalsozialisten bildeten, war es leicht, den Judenhaß weiter zu schüren. (S. 6. ff.)

Aus: Über die historischen Wurzeln des Antisemitismus von Prof. Köhler

... Wir müssen noch einen Schritt weitergehen: Verfolgt man die Geschichte des Antisemitismus durch die Jahrtausende seiner Entwicklung, dann stößt man auf die Beobachtung, daß er nur periodisch auftritt. Er ist wohl kontinuierlich in den Kollektivurteilen vorhanden, aber offene und weitreichende Verfolgungen treten doch nur in bestimmten Perioden auf. Was sind das für Zeiten? — Man darf wohl sagen, daß es meist ausgesprochene Notzeiten sind, vielleicht auch nur Krisenzeiten, die eine Notzeit vorbereiten. So kann man das in der allmählich dekadent werdenden Spätantike beobachten; man kann es in der wechselhaften Geschichte Spaniens im Hin und Her zwischen Christen und Mohammedanern erkennen; auch im Mittelalter sind es vorwiegend Spätzeiten, in den Judenverfolgungen auftreten; nicht anders ist es in den absolutistischen Ländern. Sollte man da nicht noch einmal an die Notzeit nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland denken? (S. 59)

Die arbeitsteilige Welt ist auf ein oder mehrere Geldsysteme angewiesen. Aber seit es Geld gibt, gibt es auch Probleme mit dem Geld (den Währungen), sei es in Form der Inflation, der Deflation mit den Vermögensübertragungen ohne Gegenleistungen oder des funktionalen Zusammenbruchs mit der Folge der Unterbeschäftigung, des Hungers. Aber auch der Zins als Antreiber und mörderischer Störenfried hat ein mehr als biblisches Alter. Wenn eine Gruppe von Menschen, die einem bestimmten Volk zugeordnet werden können, in einer Situation, wo die Ursachen der wirtschaftlichen Störungen nicht erkannt werden, freiwillig oder gezwungener Maßen in diesem Geldsektor der Ökonomie dominant tätig wird, ist es kein Wunder, wenn die Probleme personalisiert werden. Optisch gesehen waren also die Juden die Verursacher der ökonomischen Notlagen der Mehrheit. Wenn der Leidensdruck groß genug ist, fällt es gar nicht mehr auf, daß die Mehrheit der vermeintlichen Tätergruppe genauso unter den Verhältnissen leidet. Es gibt sicher andere Gründe als die nicht verstandenen ökonomischen Probleme, die den Antisemitismus befördert und am Leben erhalten haben. Aber die Fehldeutungen in der Ökonomie müssen die dominante Ursache sein, sonst würde der aktive Antisemitismus nicht immer in ökonomischen Krisenzeiten ausbrechen. Bei Naum Goldmann ist in „Mein Leben ...“ zu lesen:

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten. Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte. (S.20)

Wenn man bedenkt, daß der ganze humane Fortschritt der Menschheit auch davon abhängt, daß die Menschen sich als gleichberechtigt erleben und ansehen, dann ist es schon ein großer Störfaktor, wenn da ein Volk kommt und sagt „Wir sind aber gleicher als alle anderen!“ Aber diese „Auserwähltheit“ werden die Nichtjuden sicher nur belächeln, solange es ihnen selbst gut geht. Ein Anlaß zur Feindseligkeit wird die „Auserwähltheit“ dann, wenn der Magen im Umfeld der Auserwählten knurrt. Die Süddeutsche Zeitung berichtet in der Ausgabe vom 14. / 15. 4. 07 unter der Schlagzeile „Rassismus im Regenwald“ von Umweltprotesten in Uganda, die in Gewalt gegen Asiaten umgeschlagen sind. Die Inder sind wieder als aktive Händler und Unternehmer im Land und die Ugander verharren in Armut. „Wir sehen, dass die Inder sehr schnell reich werden“, sagt Stephen Musisi, ein junger Mann in Kampalas Innenstadt: 'Die Leute glauben, dass sie Betrüger und Diebe sind' Ugander würde genauso hart arbeiten, versicherte er, 'aber sie werden jeden Tag ärmer.' ” Es ist nicht dasselbe, aber das gleiche Muster wie es zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen bestand. Vermutlich ist es in Uganda auch so, daß es nur wenige Inder sind, die die Spielregeln des Kapitalismus besser beherrschen als die Ugander. Die Verallgemeinerungen, die dann aber vorgenommen werden, sind im Extremfall tödlich.

Wenn nach Sombart die Juden der Hauptfaktor zur Schaffung des modernen Kapitalismus sind, dann haben wir zum Schutz der Juden einen Grund mehr die Ökonomie genauer zu betrachten. Aber es ist Unsinn, so wie manche Linke zu argumentieren: Die Nazis waren (in ihrer Propaganda) gegen die Zinsknechtschaft: Folglich ist derjenige ein Nazi, der sich mit dem Zins befaßt. Umgekehrt ist es richtig: Wir müssen uns damit befassen, wie der Zins als deutlichster Ausdruck des Kapitalismus wirkt, um eine Sympathie für den Nationalsozialismus nicht aufkommen zu lassen. Wir müssen uns aber auch mit den Zins beschäftigen, weil die Geschichte der Juden eng mit diesem Thema verknüpft ist. Da aber der Kapitalismus letztendlich immer wieder Krieg und Umweltzerstörung und die Zentralverwaltungswirtschaft zusätzlich Knechtschaft bedeutet, haben wir gute Gründe, die effektive und freiheitsgewährende Marktwirtschaft zu erhalten oder erstmals zu installieren. Die Ideen von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nötigen uns, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien.

Ich war nun auf der Suche nach einem Beleg für die Aussage von Gerhard Ziemer in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, daß die Juden eben nicht die Ursache für die Ökonomiekrisen in der Weimarer Republik waren, daß sie sich aber wohl aufgrund ihrer Kenntnisse besser vor den Schäden schützen konnten als andere Deutsche. Ich habe die Stelle nicht gefunden, bringe dafür aber gleich noch Zitate, die die Blindheit der damaligen Politik und Wissenschaft belegen. Ich möchte aber vorher noch sagen, daß die Juden sich selber am besten dadurch vor Fehldeutungen ökonomischer Zusammenhänge schützen, indem sie ihre traditionell überdurchschnittlichen ökonomischen Kenntnisse dazu nutzen, alle Menschen von den Mängeln der Ökonomie zu befreien. Es kann ja sein, daß sie so ihren ungerechtfertigten Ruf, die Weltmanipulierer zu sein, loswerden und zu den geliebten Weltbefreiern von ökonomischer Drangsal werden. Geschenkt bekommt man so einen Ruf aber auch nicht, man darf dann nicht nur an sich und die Seinen denken, sondern muß die anderen Menschen in seinem Willen und Wirken mit einbeziehen.

Jetzt Auszüge aus: Inflation und Deflation zerstören die Demokratie von Gerhard Ziemer ^{14 15}.
Die Kommentierung erfolgt am Schluß dieser Auszüge.

14 Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

15 Weitere Auszüge im Text 26.2 unter www.tristan-abromeit.de

Die große deutsche Inflation war also nicht eine unvermeidbare Folge der Niederlage. Sie war ebenso wie das Ausmaß der großen Deflationskrise, die fünf Jahre später einsetzte, das Ergebnis einer überaus unglücklichen Konstellation in der für das Reich verantwortlichen Führung. Man konnte nicht erwarten, daß die Kenntnis der Ursachen der Geldwertveränderungen schon damals Allgemeingut der politischen Parteien war, aber auf einer der beiden Seiten, der Regierung oder der Reichsbank, hätte diese Kenntnis an entscheidender Stelle vorhanden sein müssen, um sich durchzusetzen. Ließe sich das Rad der deutschen Geschichte zurückdrehen und ließen sich an die Stelle der damaligen verantwortlichen Männer etwa die heutigen Minister und Politiker Schiller und Strauß oder die Bundesbankpräsidenten Blessing und Klasen mit ihrem Bundesbankdirektorium setzen, so ist es vollständig sicher, daß wir trotz des Versailler Vertrags die große Inflation von 1919 bis 1923 nicht bekommen hätten. (S. 91 f.)

Die SPD als politische Partei, aber auch die sogenannte heimatlose Linke, soweit sie nicht verkappte Kommunisten waren, hatten keine gedanklich geordnete Gesamteinstellung zu dem Auf und Ab der Wirtschaftskonjunkturen. Die Sozialisierung hatten die Mehrheitssozialisten gescheut in der nicht unberechtigten Sorge, daß dann zunächst ein großer Produktionsverfall mit einer entsprechenden Verarmung der Gesellschaft eintreten würde. Wie aber das Auf und Ab der kapitalistischen Konjunkturen und Krisen zu erklären sei, wußten sie nicht. Lag es doch an den ungerechten Eigentumsverhältnissen und in der Großindustrie am sogenannten Monopolkapitalismus oder der Tendenz dahin? (S. 154)

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten

was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war. (S. 174 f.)

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn¹⁶ schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin :

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, mora-

16 Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

lische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrück-sichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.«

Im Klappentext des Buches „Im Kampf um gutes Geld“ von Karl Blessing, 1966, steht:

Im Kampf um gutes Geld steht der Präsident der Deutschen Bundesbank an vorderster Stelle. Es ist die Aufgabe der Währungsbank, die Kaufkraft des Geldes vor schleichendem Verfall zu schützen. Diese Aufgabe ist heute besonders schwierig in einer Zeit, da der Geldwert anders als zu Lebzeiten unserer Großväter und Väter von neuen und schwer bekämpfbaren Einflüssen bedroht wird. Die Erhaltung der Stabilität ist zu einem wichtigen Politikum geworden, das jeden Staatsbürger angeht. Eine gesunde Währung ist die unentbehrliche Grundlage einer blühenden Wirtschaft und unseres materiellen Wohlergehens, aber auch unser aller Streben nach Solidität und Sauberkeit der Lebensführung ist ohne gutes Geld nicht denkbar.

Die Geldwertstabilität war zur Zeit des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing und des Ministers Karl Schiller aufgrund der Erfahrungen mit der Inflation und Deflation sicher das angestrebte Ziel. Wobei Schiller sicher den Spruch von Helmut Schmidt „Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit“ zuneigte und Blessing die Null-Prozent auf der Waage zwischen Deflation und Inflation nicht einhielt. Natürlich hatte die Währungspolitik seit Brüning und Luther dazu gelernt. Aber der richtige Durchblick in Sachen Währung herrschte bei den hervorragenden Personen der Zeitgeschichte, bei Schiller und Blessing doch wohl nicht. Die schwer bekämpfbaren Einflüsse bestanden nur in der Theorie. Praktisch wurde die jährliche meßbare Inflation durch den Devisenankaufszwang der Bundesbank bei einer Unterbewertung der DM bei fixierten Wechselkursen verursacht. Für die Erklärung der tatsächlichen jährlichen Inflationsrate wurde in der Theorie und Praxis aber - je nach Interessenslage - die Lohn-Preis-Spirale oder die Preis-Lohn-Spirale bemüht. 1976 bekam Milton Friedman den Nobel-Preis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wissenschaft, also für etwas, was in der Freiwirtschaftsschule durchgängig – also auch in der Inflation und Deflation der Zwischenkriegs-

zeit – hochgehalten wurde. Die Unklarheiten in der Währungspolitik sind aber immer noch nicht beseitigt und keine Ministerin oder kein Minister für Forschung kommt auf die Idee, die Klärung herbeizuführen.

Zurück zu den Zeiten der Weimarer Republik:

Auch wenn die Deflationskrise nicht bewußt herbeigeführt wurde, ohne Schuld war die Politik und Wissenschaft nicht. Denn VertreterInnen beider Bereiche können nicht an Vorstellungen festhalten, die durch den konkreten Ablauf der Wirtschaft sich als falsch oder untauglich herausgestellt haben. Es ist in der Tat schwer, Vorstellungen und Bilder von einer Sache, von Vorgängen, die sich in unseren Köpfen festgesetzt haben, einfach auszutauschen. Aber Menschen mit der Befugnis, auf die Gesamtgesellschaft einzuwirken, sollten in der Lage sein, Optionen bei der Gestaltung der Wirklichkeit zu erkennen und Entscheidungen ohne Rücksicht auf den Stuhl, auf dem sie sitzen, treffen zu können.

Den Aufklärungskampf gegen die Deflationspolitik haben ja nur wenige geführt und verloren. Neben den L. Albert Hahn war es aus dem Bereich der Wissenschaft besonders noch Gustav Cassel und John Maynard Keynes. In Deutschland waren es besonders die Vertreter der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule. Von diesen waren Hans Schumann und Landtagsabgeordneter Erich Mäder die Aktivisten, die versuchten, die SPD von ihrem ratlosen Kurs abzubringen. Obwohl sie eine starke Zustimmung an der Basis hatten, reagierte die SPD-Führung mit Abwehr und Parteiausschluß.^{17 18} In Emden warb der angesehene Arzt und Jude Max Sternberg durch Vorträge und seine Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ für die Lösung der Krise. Es gab an vielen Orten einzelne Personen, die gegen den staatlich veranstalteten Wahnsinn gekämpft haben. Mir ist aber auch ein Fall bekannt, wo sich die jüdischen Inhaber einer großen Bank für die freiwirtschaftlichen Informationen bedankt haben, weil sie dadurch besser in der Lage waren, ihr Vermögen zu schützen, aber ausdrücklich nicht interessiert waren, durch die Weitergabe dieses Wissens ihre Glaubensbrüder zu schützen.

Wichtig ist von Ziemer der Hinweis, daß die große Mehrheit der NSDAP-Wähler diese Partei wählten, weil sie aus der Krise heraus wollten und nicht wegen deren kruder Ideologie. Und

17 Mehr dazu im Text 26.1 und der Schrift „Gegen den Strom“ von Hans Schumann, 1986.

18 Die SPD Ostholstein hat für ihren Landesparteitag einen Antrag eingebracht: „Die Fehleinschätzung unseres Geldsystems und des Steuerrechts auszuräumen und eine Umdenken einzuleiten ...“ Ich habe nicht verfolgt wie der Antrag behandelt worden ist. Mich würde es aber wundern, wenn das Umdenken in der SPD auf höherer Ebene schon eingesetzt hätte.

mit dieser Einschätzung steht Ziemer nicht alleine.

Das Zitat von L. Albert Hahn belegt noch einmal die Lernunwilligkeit der Politik und Wirtschaftswissenschaft, die bis heute anhält. Dabei wäre eine erfolgreiche Aufklärung die beste Schutzfunktion für die Juden gewesen und sie wäre es heute noch. Gesell war vermutlich der einzige Ökonom, der eindeutig sagte, daß die Juden nicht die Verursacher der ökonomischen Störungen sind.¹⁹ Ich bringe als Beleg einen Originaltext von Silvio Gesell:

Ford und die Juden.

Ford ist der erfolgreichste Unternehmer der Gegenwart. Wie er in erster Linie Unternehmer ist und nicht Finanzgenie wie ein Hugo Stinnes, so kam er notwendig in Gegensatz zur Finanz und zu ihrer Voraussetzung: der heutigen Geldordnung. Durch seine Bekämpfung der Gold- und der systemlosen Papierwährung ist er unser Bundesgenosse geworden und wird als solcher von uns auch gebührend zitiert.

In seinem Kampf gegen die New Yorker Hochfinanz aber wandelt er eigene Bahnen. Sein Buch „Der internationale Jude“ soll beweisen, daß es vor allem die Juden seien, welche die Welt in den Abgrund führen, daß die Juden als Volk bewußt Kriege und Revolution, Krise und Preisaufblähung machen würden. Der Freiwirt weiß, daß Kriege vor allem der Ausfluß des, seit der christlichen Zeitrechnung geltenden Boden(un)rechtes sind, das auch von den allerchristlichsten Regierungen heilig gehalten wurde und wird.

Eins ist richtig im Ford'schen Buch: Die Juden haben Jahrhunderte lang die Währungspolitik ganzer Völker beherrscht (Rothschild), beherrschen sie vielleicht heute noch (New York). Daß die Juden das Geldwesen durchschauen und lenken lernten, erklärt sich historisch. Es sind gerade die Christen, die das ursprünglich anders orientierte Volk zum Geldhandel gezwungen haben. Im Mittelalter beanspruchten die Christen alle ehrlichen Handwerke und Berufe für sich: der schmutzige und entehrende Beruf des Geldhändlers und Wechslers (Zinsverbot) wurde einzig den Juden überlassen. Wie darf ein Christ, wie Ford, es ihnen zum Vorwurf machen, daß sie es darin zur Meisterschaft gebracht haben? Für uns Volk baumelt es sich übrigens gleich angenehm am jüdischen, wie am christlichen Zinsgalgen. Nicht die Verruchtheit eines besonderen Volkes ist Schuld an der Gegenwart, es ist die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Ordnung; die Barbarei der ganzen Menschheit.

¹⁹ Dafür darf man ihn, den Weltbürger, heute – sozusagen als „Belohnung“ - in die politisch rechte Ecke stellen. Wissenschaftler, Politiker, „Kulturschaffende“ mit Rang schweigen dazu, teils weil sie die Faschismuskeule fürchten, teils weil sie keine Ahnung haben.

Ford zählt eine Menge Schandtaten der jüdischen Hochfinanz auf; sie werden wohl stimmen. Diese Juden handelten nur als ebenbürtige Genossen der christlichen Landräuber Gould, Vanderbilt, des bluttriefenden Menschenfreundes Carnegie, des Schuftes und Philantropen Morgan. Die Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der Sieg des Mammonismus über die Menschenseele. Ford hat Unrecht, einen Sündenbock zu konstruieren. Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern die Machtmittel, die in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichten. Von der Zinsbürde frei, wird die Seele den Weg zum Guten finden.

Aus: Silvio Gesell – Gesammelte Werke, Bd. 14 von 18, 1993, S. 400

An dieser Stelle angekommen, geriet ein anderes Buch in mein Blickfeld. Ich stelle es mit einem Auszug aus einer Buchbesprechung vor:

Ein altes Vorurteil wirkt weiter

Antisemitismus ohne Juden

Eine Untersuchung fördert Befunde zutage, die nachdenklich machen müssen
von Julius Schoeps, Die Zeit Nr. 5 / 29. Januar 1982

...

Diejenigen, die die Behauptung, daß es einen Antisemitismus in der Bundesrepublik gebe, für ein Hirngespinnst halten, werden eines anderen belehrt durch
Alphons Silbermann! »Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils der Bundesrepublik Deutschland"; ...

Der Kölner Soziologe hat mit seinen Mitarbeitern eine Studie vorgelegt, die Ausmaß und Erscheinungsformen des antisemitischen Vorurteils in der Gesellschaft der Bundesrepublik von heute untersucht. Silbermann und seinen Mitarbeitern ist es dabei nicht um eine Analyse des Verursachungssyndroms, sondern um die Erforschung der *Latenz des antisemitischen Vorurteils* sowie um Erkenntnisse über das *manifeste antisemitische Verhalten* gegangen. Die Ergebnisse dieser langjährigen Untersuchung, bei der das ganze Arsenal sozialwissenschaftlicher Forschungstechniken eingesetzt und 2084 Bundesbürger befragt wurden sind erschreckend.

Das ermittelte Resultat besagt, daß in der Bundesrepublik „ein Bevölkerungsanteil Von etwa zwanzig Prozent mit ausgeprägt antisemitischen Vorurteilen lebt und daß bei weiteren dreißig Prozent Antisemitismus in Latenz mehr oder weniger vorhanden ist“. Auf dem Hintergrund dieser Daten, die mit denen anderer Untersuchungen —etwa der SINUS-Studie – korrelieren, kann vom „Ende des

antisemitischen Vorurteils“ ernsthaft keine Rede mehr sein. Im Gegenteil: Silbermanns Untersuchung liefert den Beweis, daß in diesem Land Antisemitismus existiert – und zwar ein Antisemitismus ohne Juden. ...

Silbermann gibt für den Untersuchungszeitraum die Zahl der Juden in Deutschland (gemeint ist wohl die alte BRD) mit 30.000 an. In der Bevölkerungsstatistik fand ich unter Religionzugehörigkeit „jüdisch“ unter das Jahr 2005 die Zahl 108.000. Ich will auf drei Stellen des Buches eingehen.

Um unter Bezug auf die Thematik unserer Untersuchung eindeutig zu sprechen, ist auszuführen, daß abgesehen von Vor-Beurteilung das Vorurteil auch ein Element der Fehl-Beurteilung enthält. Wir stimmen hier mit Gordon W. Allport überein, dem wir eines der grundlegenden Bücher über das Vorurteil verdanken. Er führt aus, daß man es dann mit einem Vorurteil zu tun hat, wenn eine vorher vorhandene Attitüde so stark und unerbittlich ist, daß sie ernstlich Wahrnehmung und Beurteilung verzerrt. Das beweist auch die Herkunft des Wortes »Vorurteil« (im Englischen »prejudice«, im Französischen »prejuge«).

Es ist von dem lateinischen Wort »praejudicium«: vorausgehendes Urteil abgeleitet und hatte im antiken Rom seine mehr spezielle Bedeutung im Rahmen gerichtlicher Untersuchungen, die vor einem Prozeß stattfanden, um den sozialen Status der Prozessierenden zu bestimmen. Übrigens hat das Wort Vorurteil bis in unsere Tage diese Funktion einer Statusabgrenzung nicht verloren. Auch heute noch weist es gewissen Gruppen der Gesellschaft - man denke beispielsweise nur an die Gastarbeiter - ihre gesellschaftliche Position zu.

Wenn also im folgenden vielfach, spezifiziert oder allgemein, von Vorurteil die Rede sein wird, gilt es zu verstehen, daß bei seiner Erkenntnis zwei Bestandteile in Betracht gezogen werden: eine positive oder negative, eine günstige oder ungünstige Attitüde sowie eine Beziehung dieser Attitüde zu einer übermäßig stark verallgemeinerten und daher schon im Ansatz falschen Überzeugung. So bringen vorurteilsgeladene Feststellungen oder Aussagen entweder das Element der Attitüde, der Einstellung zum Ausdruck oder den Faktor der Überzeugung. Heißt es zum Beispiel: »Ich kann Juden nicht leiden; Juden sind übelriechend«, dann wird eine Attitüde zum Ausdruck gebracht. Heißt es: »Ich würde nicht mit Juden zusammen in einem Haus wohnen; denn abgesehen von ein paar Ausnahmen sind im allgemeinen alle Juden gleich«, dann wird eine stark verallgemeinerte Überzeugung vorgebracht.

Meist finden sich beide Elemente vereint; denn ohne eine gewisse verallgemeinerte Überzeugung in bezug auf eine Gruppe - seien es Juden, Katholiken, Neger, Kommunisten oder Gastarbeiter - würde eine feindselige Attitüde nicht lange aufrechterhalten bleiben. (S. 14 f.)

Ohne Vor-Urteile im Sinne vorläufiger Urteile kommen wir gar nicht aus. Denn jedes Mal,

wenn wir auf andere Menschen zugehen wollen, die wir noch nicht kennen oder eine Sache in Angriff nehmen wollen, die uns bisher unbekannt ist, müssen wir uns eine Vorstellung machen, ein Urteil bilden über diese Menschen, über diese Sachen, damit wir handlungssicher werden. Diese Art Vorurteile sind nützlich und dürften selten Probleme verursachen, weil die Korrektur bei einem Fehltrail automatisch erfolgt. Schwieriger sind die Vorurteile im Sinne von sich festgesetzten Fehltrails. Die Frage ist für mich, ob wir einen gesellschaftlichen Zustand erreichen können, wo die Menschen ohne feststehende Fehltrails leben. Auch hätte ich gerne aus einer Untersuchung gelesen, bei wie viel Prozent der Menschen neben feststehenden Fehltrails eine rationale Urteilsstufe besteht, die die gleichen Sachverhalte nüchtern beurteilt. Außerdem entwickeln Menschen ja nicht nur Vorurteile gegen „Juden, Katholiken, Neger, Kommunisten oder Gastarbeiter“ sondern auch gegen Angehörige bestimmter Berufe, Bewohner anderer Dörfer, Städte, Staaten. Bei Silbermann fehlt mir das Verhältnis des Vorurteils *Antisemitismus* zu anderen Vorurteilen. Hegt besonders der Antisemit viele Vorurteile? Vermutlich können wir gar nicht allgemein Vorurteile im Sinne von Fehltrails vermeiden, aber vermeiden kann man Situationen, wo Fehltrails gefährlich werden können. Zwei Beispiele harmloser Vorurteile: Jedenfalls früher bekam man in der Seefahrt, im Fall, daß man von einem anderen die Arbeit übernehmen wollte – aus Kameradschaft oder weil die Zeit drängte – zu hören: „Ich bin doch kein Bremer!“ Bremer galten aus mir nicht bekannten Gründen als Leute, die sich gerne die Arbeit aus der Hand nehmen lassen. Mit anderen Worten: Sie galten als faul. Das andere Beispiel: Mein Vater hatte irgendwo das Vorurteil aufgeschnappt: „Schlesier essen Hundefleisch“. Er reicht seine neuen Erkenntnisse an einer aus Schlesien stammende Schwägerin weiter. Diese ist auf ewige Zeiten beleidigt. Der Vater ist tot. Die Tante ist schon lange tot. Schlesien gibt es in der dem Vorurteil zugrunde liegenden Form nicht mehr. Ich weiß, daß die generelle Aussage Unsinn ist, möglicherweise aber einzelne Schlesier Hundefleisch genossen haben. Aber das Bild von den Hundefleisch essenden Schlesiern ist in meinem Kopf lebendig.

Leider bin ich kein Krösus, sonst würde ich ein Experiment mit dem positiven Vorurteil, die Juden seien besonders begabt in Geldgeschäften, starten. Ich würde zehn Juden aus einer größeren Zahl von Juden nach dem Zufallsprinzip aussuchen und jedem 10.000 € mit der Maßgabe übergeben, diese Summe in einem bestimmten Zeitraum maximal zu vermehren. Als Anreiz zum Mitmachen, würde vereinbart, daß der erfolgreichste Teilnehmer 10.000 € und der zweiterfolgreichste 5000 € behalten dürfte. Verluste müßten mit einer Stunde je 20 € Ge-

meinschaftsarbeit für eine jüdische Gemeinde ausgeglichen werden. Ich bin mir ziemlich sicher, daß das Ergebnis ziemlich ähnlich aussehen würde wie bei einer Vergleichsgruppe von Nicht-Juden.

Vorurteilsquellen der jüngeren Generationen

Bei jeder Diskussion über das Verhältnis von Juden zu Nichtjuden oder umgekehrt, über die von den Nazis an den Juden begangenen Verbrechen, über Kollektivschuld, Wiedergutmachung oder moralische Verpflichtung erhebt sich die Stimme der jüngeren Generation, der bis zu 40jährigen Bundesbürger, die kurz gefaßt da sagt: »Wir waren nicht dabei - also haben wir auch nichts damit zu tun«. Dem mag man zustimmen oder nicht, dem mag man logisch beipflichten oder den biblischen Ausspruch von der Heimsuchung der Väter Missetat an den Kindern bis in das dritte und vierte Glied entgegenhalten (2.Mose 20.5) - erwiesen bleibt, daß es unter der jüngeren Bevölkerungsgruppe der Bundesrepublik Deutschland antisemitische Vorurteile gibt. Dies zeigten erstens die Erkenntnisse aus der Untersuchung über latenten Antisemitismus; zweitens die Intensivinterviews; drittens die in der Dokumentation im Anhang A vorgelegte Berichterstattung über antisemitische Vorkommnisse. (S.111)

Silbermann schreibt, daß die Benennung des Elternhauses und der Schule als Quelle der Haltung der jungen Generation als Selbstverständlichkeit kritisiert werden könnte, übersehen würde aber leicht, daß damit ja auch eine Aussage der Haltung der Eltern und Lehrer zu diesem Komplex gemacht würde. Silbermann kann für seine Argumente sicher auch Erhebungsmaterial heranziehen. Ich bin trotzdem nicht voll überzeugt. Junge Menschen wollen sich an das Schöne, Gute, Große und auch Starke in der Eltern- und Großelterngeneration ausrichten und aufrichten. Wenn nun aber den jungen Menschen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gesagt wird, daß sie als drittes oder viertes Glied der Generationskette für die Sünden der Väter gerade zu stehen hätten, dann kann daraus nur Abwehr entstehen.

Silbermann:

Was denn soll helfen, was soll getan werden, wenn es um die Bekämpfung oder wenigstens die Minderung von konfliktgeladenen tradierten Vorurteilen wie dem Antisemitismus geht? Über diese Frage haben sich schon viele den Kopf zerbrochen und Vorschläge aller Art unterbreitet. Sie lassen sich stichwortartig zusammenfassen und zeigen ohne Etablierung einer Rangordnung das folgende Bild: (S. 138)

Es folgt die Beschreibung von acht Vorschlägen. Unter Vorschlag 8 heißt es u.a. :

Die im vorhergehenden angeführten Vorschläge und noch so manche andere, auf die hier nicht eingegangen werden kann, werden als Bekämpfungsmodi des antisemitischen Vorurteils in ihrer Durchführung in erster Linie den Mitgliedern bzw. den Vertretern der Majorität der Bevölkerung unterbreitet. Fragt sich, ob nicht auch die Minorität, der jüdische Bevölkerungsteil selbst, das antisemitische Vorurteil zu bekämpfen habe und wie dies geschehen solle. ... (S. 142)

Vorher heißt es im Vorschlag 7 u.a.:

So verdienstvoll es auch als Modus einer Bekämpfung von Vorurteilen ist, in ungeschminkter oder geschminkter Weise Einzelheiten aus dem Vertreibungs- und Genozidearsenal der Nazis vorzulegen (geschehe dies in Schrift oder Bild), aufgearbeitet kann nur werden, was jetzt ist, nicht, was damals war und sich auf dem besten Weg zur Mythologisierung und darauf basierend zum Vorurteil von beiden Seiten, von Seiten der Juden wie der Nicht-Juden, befindet. Nur die Gegenwart kann an dem Kollektivgedächtnis rütteln, kann diese sich kontinuierlich tradierende Wolke auflösen. Was in diesem Zusammenhang not tut, ist, das von uns aufgezeigte derzeitige Geschehen aus dem Dilemma zwischen Brüderlichkeit und Menschenverachtung, aus dem Dilemma zwischen dem Menschenbild und bestehenden Tabus, kurz gesagt, aus dem Zwiespalt zwischen historischer Vergangenheit und Ungewisser Zukunft herauszuführen. (141 f.)

Wir wissen oder können wissen, daß die Geldunordnung als Teilgrundlage des Privatkapitalismus über die Jahrhunderte, Jahrtausende zu Störungen und Krieg innerhalb der Völker und zwischen den Völkern geführt hat. Wir wissen auch oder können es wissen, daß Juden aufgrund eines eingeschränkten Zinsnahmeverbotes und der Sperre zu ehrlichen Berufen gedrängt wurden, in das Geldgeschäft (meistens als Banker manchmal auch mit Förderung der Fürsten als Notenbanker) tätig zu werden. Die Störungen und die Drangsal in bzw. aus diesem Bereich mit Deflation, Inflation, der Unterbeschäftigung und der Zinslast wurden – weil sie optisch als Verursacher dastanden – den Juden angelastet. Eine Bekämpfung des Antisemitismus muß mit der radikalen Aufklärung darüber anfangen, daß a) der Kapitalismus und die Marktwirtschaft zwei verschiedene Stiefel sind.²⁰ Der Kapitalismus ist ein Überlagerungssystem, das auf die Erpressung eines arbeitslosen Einkommens zielt und die Marktwirtschaft

20 Die Verwendung der Begriffe *Marktwirtschaft* und *Kapitalismus* als Synonyme wurde und wird von den Konservativen zur Verteidigung des Kapitalismus und von den Linken zur Verteidigung ihres Marxismus betrieben. Da Marx sich aber gar nicht auf eine Ordnungsform der Wirtschaft festgelegt hat, die Zentralverwaltungswirtschaft - auch in der Form der demokratischen Zentralismus – menschenfeindlich ist, sollte von den Linken Marx im System der Marktwirtschaft gedacht werden. Und die konventionelle Ökonomie sollte bedenken, daß die Marktwirtschaft verloren geht, wenn sie weiterhin vom Kapitalismus deformiert wird.

ist ein Koordinations- und Kooperationssystem, das effektives Wirtschaften ohne Knechtschaft ermöglicht. Wichtig ist, der breiten Öffentlichkeit klar zu machen, daß wir es hier mit einem Systemfehler zu tun haben und nicht mit Personalproblemen. Diese Aufklärung muß auch dann erfolgen, wenn sich einzelne Juden, die die kapitalistischen Spielregeln meisterlich beherrschen, den Kapitalismus verteidigen oder wenn windige, linke Ideologen ²¹daherkommen und den Zins als Ausdruck des Kapitalismus zum Tabuthema erklären, weil Hitler und seine Anhängerschaft dem Publikum die Brechung der Zinsknechtschaft versprochen, aber nicht gehalten haben. Das von Silbermann als Frage formulierte Aufklärungsgebot der jüdischen Minderheit war in der Vor-Nazi-Zeit zu schwach und ist auch heute zu schwach. Den offenen und latenten Antisemitismus bekämpft man vergeblich mit Verboten von Symbolen, Texten und Organisationen. Symbole sind Ausdruck einer Bewegung nicht ihre Ursache.²² Bewegungen entstehen als Protest gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Im Dezember 1984 auf dem Bundesdelegiertenkongreß der Grünen in Hamburg wies auch Rudolf Bahro darauf hin. Ich zitiere aus einer Kopie seines Redemanuskripts, das ich damals in Hamburg von ihm erhielt:

... Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen. Lassen sie sich kooptieren und werden sie kooptiert, sind nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr – besser könnt ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten. (S. 7)

Ich denke, Juden können auf drei Ebenen zum Abbau von Vorurteilen beitragen:

- a) Indem Juden ihre Freuden und Leiden als Kinder, als Eltern, als Nachbarn und als Arbeitnehmer oder Gewerbetreibende schildern, können Nicht-Juden sich selbst am leichtesten in den Jüdinnen und Juden wiederfinden.
- b) Juden haben wie Angehörige anderer Religionen, das Recht ihre Religion als einmalig oder besonders zu empfinden und sich selbst als das auserwählte Volk zu halten. Sie müssen aber

21 Wegen des Umfangs der Anmerkung habe sie hier nicht als Fußnote, sondern als Endnote unter dem Titel „Der Mißbrauch des Anti-Antisemitismus zum Schutze eines roten Faschismus“ in den Anhang gestellt.

22 Sobald die Bewegung zur Erstarrung wird, werden ihre Symbole zur Alltagsdekoration. Dem Hakenkreuz ergeht es da nicht anders als dem Kreuz der Christen, der Sonnenblume der grünen Bewegung nicht anders als das geknickte Gewehr der Kriegsdienstgegner.

deutlich machen, daß sie von diesem religiösen Sonderstatus kein allgemeines weltliches Vorrecht vor allen Nicht-Juden ableiten.

c) Juden können mehr als bisher an der Analyse und Darstellung der ökonomischen Tatbestände beitragen, die in der Vergangenheit die Juden zum Haßgegenstand von Nichtjuden gemacht haben.

Eine gute Methode der Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden ist die gemeinsame Arbeit. Sie wurde nach dem Krieg (auch) von dem Friedensarbeiter Pastor Wilhelm Mensching in der Versöhnungsarbeit eingesetzt. Bei der sinnlichen Wahrnehmung der körperlichen Grundbedürfnisse und Beschwerden (z. B. Kreuzschmerzen beim Jäten) entdeckt der Mensch am schnellsten und einfachsten, daß er von der gleichen Art ist. Bei dem Zahlenverhältnis von Juden und Nichtjuden heute in Deutschland haben wir nur das Problem, daß dieser Weg für einzelne Bürgerinnen und Bürger, wie für Gruppen eine brauchbare Methode des Ausbaus der gegenseitigen Verständigung ist, aber nicht für große Mehrheiten. Das Ausweichen durch einen Arbeitseinsatz in Israel (eine Tochter von mir hat im Kibutz gearbeitet, ein politischer enger Freund hat sich lange in Israel umgesehen.) ist durch die Politik Israels aber nicht unproblematisch. Ein jüdischer Parteifreund sagte mir, er sei von Israel nach Deutschland zurückgekehrt, weil er es nicht mehr ausgehalten habe, wie die Israelis mit den Arabern umgehen. Ein Israeleinsatz trägt unter den gegebenen Umständen die Gefahr in sich, den latenten Antisemitismus zu verstärken oder in einen offenen zu wandeln. Da wäre die Idee eines Arbeitseinsatzes und Studienaufenthaltes je zur zeitlichen Hälfte in Israel und Palästina schon produktiver, weil dadurch der Konflikt in seiner Mehrdimensionalität deutlich wird und auch anregt, über Lösungsansätze nachzudenken.

Wenn wir wissen, daß die antisemitischen Vorurteile - Vorurteile im Sinne von Fehltrüben - immer dann von harmloseren Formen in menschenverachtenden Formen wechseln, wenn sich die Gesamtgesellschaften in einer ökonomisch schwierigen Lage befinden - ohne daß den Menschen einsehbar rationale Erklärungen gegeben werden - , dann sollte es endlich das Gebot der Stunde sein, die ökonomischen Zustände zu erklären und die Probleme aufzulösen. Das geht aber nicht mit akademisch verkleideter Klugschwätzeri, noch mit der verschleierte Blockadepolitik der CDU, SPD, FDP und auch nicht mit jener der grünen Partei, deren an den Rand gedrängte freiwirtschaftliche Ur-Gründungsgruppe diese Aufklärungsarbeit als primäre Aufgabe für die GRÜNEN vorgesehen hatte.

Die HAZ meldet unter „Gefahr von rechts?“ am 12. Mai 2007:

Die Opposition im Bundestag wirft der Bundesregierung vor, die Gefahr durch Rechtsextremisten zu verharmlosen. Die Innenexpertin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, warnte, rechtsextreme Einstellungen seien „weit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft angekommen. Die FDP-Parlamentarierin Miriam Gruß wies darauf hin, dass jeder vierte Bundesbürger einer Umfrage zufolge ausländerfeindliches Gedankengut toleriere. Gruß hielt der Bundesregierung vor, die Programme gegen Rechts „auf ein Minimum reduziert“ zu haben. Redner von SPD und Union wiesen dies zurück. rtr

Bei solchen Meldungen kann man eigentlich nur mit dem „Zorn des alten Mannes“ reagieren. Es ist wirklich eine politische Kunst, soviel Scheinheiligkeit in so wenigen Sätzen unterzubringen, wie es die wackeren Frauen aus dem Bundestag vorführen. Der ganze schreckliche historische, nationalsozialistische Spuk hat seinen Ausgang in dem Versagen des Reichstages der Weimarer Republik. Wenn heute wieder nationalistisches oder nationalsozialistisches Gedankengut eine Anziehungskraft entwickelt, dann liegt die Ursache wieder im Versagen des Reichstages, diesmal Bundestag genannt. Der Bundestag hat die Kompetenz gehabt, unsere Republik so zu gestalten, daß eine Werbung für nationalistisches Gedankengut bei den Umworbeneen nur ein spöttisches „Nein, Danke!“ ausgelöst hätte. Die Wirklichkeit ist aber, daß die Idee von einer freien und gerechten deutschen Gesellschaft, so verbogen wurde, daß nicht nur keine Probleme gelöst werden, sondern, daß es überhaupt schwer fällt, noch irgendeine positive Zustimmung zu unserem ökonomischen und politischen Mischmaschsystem zu entwickeln. Wenn am 13. Mai in Bremen nur noch 58% der Wähler zur Wahl gegangen sind (HAZ vom 14. 5. 07), dann haben eben 42 % der Wähler unsere zur Parteienherrschaft verkommene Demokratie abgewählt. Bremen wird in jedem Fall von einer Minderheitenregierung auf den Verschuldungskurs gehalten. Die Bündnisgrünen brauchen sich bei dieser Wahlbeteiligung gar nichts auf ihre 16,3% Wählerzustimmung einzubilden. Und die Linke? Ist sie besser als die Rechte? Sicher, wenn ich mich in beiden Gruppen nach einem politischen Freund umsehen würde, ich vermute, ich würde bei den Linken schneller als bei den Rechten fündig. Schon die Beibehaltung der Politik, so wie sie betrieben wird, ist eine Gefahr für die Republik, für die Europa, für die Welt. Wenn aber eine Partei am Zentralismus als Ziel festhält, dann müssen sich alle klar sein, daß die Zielerreichung nicht ohne GULag, ohne Konzentrationslager auskommt. Das ist keine Frage des bösen Willens, sondern Folge von Systemzwängen.

Ich mache mir keine Illusionen, wenn ich das NS-Regime als Erwachsener erlebt hätte, hätte ich es bei meinem Widerspruchsgeist nicht lebendig überlebt. Aber gerade deshalb frage ich die Mitglieder des Bundestages, woher sie sich das moralische Recht nehmen, die Rechten als politische Paria zu behandeln. Das ursprüngliche Grundgesetz – immer hochgelobt, damit sich keiner darum kümmert – war ein Oktroy, das zur Zeit als gültig gehandelte Grundgesetz ist ein Produkt des Verfassungsverrates, denn der Artikel 146 GG der da lautete ursprünglich:

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Dieses Verfassungsgebot wurde rechtstechnisch umgangen wie in einer Diktatur. Was unterscheidet die Bundestagsparteien in dieser Frage eigentlich von der untergegangenen SED? Für die innere Reform des Föderalismus und für die europäische Verfassung wird der Wähler für zu dumm gehalten. Er wird aber für klug gehalten, wenn er den Verfassungsverrätern seine Stimme gibt und gescholten, wenn er von seinem Wahlrecht nach eigenen Gutdünken Gebrauch macht. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wurde in der Hauptsache von jenen sabotiert, die gebetsmühlenartig von der Marktwirtschaft reden, aber Kapitalismus meinen. Die Sozialpolitiker - unter den Politikern die verlogenste Gattung – halten durch die Zwangskollektive die Bürger in einen Zustand der Unmündigkeit. Und unser Bildungssystem mit seinem Schulzwang kennt nicht einmal die Gewissensentscheidung wie bei Wehrzwang. Die Rechtsstaatlichkeit wird durch die überbordende Fülle von Gesetzen sabotiert. Wenn wir die ablenkenden, schmückenden Schnörkel von unserem Staat außer Acht lassen, dürften die Strukturen unserer FdGO über 50% deckungsgleich sein mit jenen des untergegangenen nationalsozialistischen Staates, der fälschlicherweise immer faschistisch genannt wird.²³ Das tatsächliche oder vermeintliche Rücken der Gesellschaft nach rechts, kann ja auch zum Teil eine optische Täuschung sein. Der Protest der Bürger gegen die Politik der Parteienherrschaft hat sich in seinen verschiedenen Formen ohne Wirkung verschlissen. Von der Politik, sogar von unseren Innenministern – die wohl , nach dem, was sie so von sich geben, zu urteilen, den Bürgern und Gästen der Republik am liebsten Bewegungssender (elektronische Fußfesseln)

23 Der Streiter für eine freie Gesellschaft, Herausgeber der Zeitschrift *espero* und langjähriger freigestellter Betriebsrat Uwe Timm hat dazu folgende Titel veröffentlicht: Was ist eigentlich Faschismus, 61 Seiten. Fundierte und kritische Darlegung über die Entstehung des deutschen Nationalsozialismus und des Begriffes Faschismus. ISBN: 3-905052-63-6 / www.utespero.de
Auch ist zu bedenken: „Das Wort 'Faschismus' fungiert vielfach nur noch als Symbol des schlechthin Bösen, trifft aber eigentlich 'nichts', weil es keinen Inhalt mehr besitzt, sondern in seiner Funktion aufgeht, die darin zu bestehen scheint, eine Reflexion auf das Geschehene auszuschließen und letztlich das Zustandekommen eines Diskurses über das Phänomen 'Faschismus' und sein Wesen tabuisierend unmöglich zu machen, weil die 'Sache' klar zu sein scheint.“ Detlev Piecha, 1981, Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen.

und einen Datenchip implantieren möchten, wird den Zeitgenossen noch der gewaltlose Protest zugebilligt, aber nur so lange, wie dieser wirkungslos bleibt. Und welche Zeitung, welcher Sender macht sich schon die Mühe, ihren Lesern und Hörern die Motive friedfertiger Demonstranten zu erläutern? Bei dieser Sachlage wäre es ja nicht verwunderlich, unter den Rechtsradikalen Menschen zu finden, die sonst nicht wahrgenommen werden. Wer noch protestieren will, muß bei der Dickfälligkeit der Politik es doch dort und in der Form machen, wo die Politik noch „pflichtgemäß“ aufjault. In welcher prekären Lage wäre doch unsere politische Klasse, wenn sie nicht auf die Extremisten zeigen könnte, sie müßte sich doch als extrem mittelmäßig und sündig outen.

Die Statistik über den Zuwachs der Sympathisantenszene im rechten Feld muß vielleicht auch dahingehend berichtet werden, weil es sein kann, daß immer mehr Bürger das Definitionsmonopol der „staatstragenden“ Parteien für „richtige“ oder „gute“ Politik nicht mehr akzeptieren.

Natürlich kann man rechte Gewalt nicht gutheißen. Und ich frage mich, ob ein unmittelbarer, abwehrender Schlag von zu Hilfe eilenden Bürgern auf die Nase der Übeltäter, nicht lehrreicher wirkt als Gerichtsverfahren in der kein zeitlicher Zusammenhang zwischen Verfahren und Tat mehr zu erkennen ist. Selbstverständlich ist das Faustrecht problematisch, aber mehr noch das Gewaltmonopol der Staaten, die es immer wieder, wie die Geschichtsbücher lehren, extensiv mißbrauchen. Der Holocaust ist ein Ausdruck staatlichen Gewaltmonopols. Nie und nimmer wären mit dem Faustrecht diese Schandtaten durchführbar gewesen.

Auch das linkspolitisch motivierte Morden, das gegen die eigenen Zielsetzungen wirkt, kann nicht gutgeheißen und geduldet werden. Aber auch hier ist Ehrlichkeit am Platze. Wir hatten die Diskussion um die Begnadigung von Christian Klar. Auf der Internetseite der „Tageszeitung Junge Welt“ ist zu lesen:

28.02.2007 Dokumentiert.

Die Grußbotschaft von Christian Klar

Christian Klar, ehemaliger Angehöriger der Rote-Armee-Fraktion (RAF), seit 1982 inhaftiert und 1985 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, hat sich am 13. Januar mit einer Erklärung an die Teilnehmer der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz gewandt. Junge Welt hatte die von dem evangelischen Theologen und früheren Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, verlesene Grußbotschaft am 15. und 31. Januar bereits dokumentiert. Aus aktuellem Anlaß drucken wir den Klar-Text noch einmal ab:

Liebe Freunde, das Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz »Das geht anders« bedeutet – so verstehe ich es – vor allem die Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse endlich den Rechten der Massen wieder Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet.

Aber wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden.

Trotzdem gilt hier ebenso: »Das geht anders«. Wo sollte sonst die Kraft zu kämpfen herkommen? Die spezielle Sache dürfte sein, daß die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen »Rettern« entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.

Es muß immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, daß die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind.

Und unter <http://www2.onnachrichten.t-online.de/dyn/c/10/47/46/78/10474678.html>

war unter anderem zu lesen:

Ideologisch festgefahren?

Doch dem 54-Jährigen fällt es schwer - wie vielen inzwischen entlassenen Ex-Terroristen auch - die damalige Ideologie einfach wegzuwerfen. In seiner Zelle liest er stapelweise Bücher aus "roten" Buchläden. Er wolle den "Aufbruch, den auch eben die RAF dargestellt hat", weitertragen. "Ich fühle mich verantwortlich, da nichts zuzuschütten oder zu denunzieren", sagte er 2001 im Fernseh-Interview mit Günter Gaus.

Grußbotschaft schlug Wellen

Wirbel gab es zuletzt um eine antikapitalistische Grußbotschaft, die Klar im Januar bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz verlesen ließ. Darin äußerte er die Hoffnung, "die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen". Als die Medien dies meldeten, geißelte er sie als "Meinungsblockwarte".

Und nachdem Bundespräsident Köhler die Begnadigung Klars abgelehnt hat, war unter

www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,481488,00.html

die Äußerung aus der CSU zu lesen:

"Wir begrüßen die Entscheidung des Bundespräsidenten." Sie sei "richtig und entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland". Punkt. Und Sieg?

Halt! Stopp! Soweit ich Einblick in linkes Denken in seiner idealistischen Ausformung habe, ist dieses geradezu vom Gerechtigkeitsdenken inspiriert. Die linke Opposition gegen die etablierte Macht, gegen den Kapitalismus ist doch gerade dadurch gekennzeichnet, daß ihre Mitglieder die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, in der Welt verletzt sehen, und daß die Inhaber von Macht und Herrscher über Institutionen nicht gewillt oder in der Lage sind für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen Christian Klar seine „Grußbotschaft“ übel zu nehmen, wäre so, als wenn man einem überzeugten Christen übel nehmen würde, daß er für sein Christentum wirbt und darauf hinweist, daß die Zeit dafür reif wird.

Kritisch wird es, wenn Mord und Gewalt zur „Bekehrung“ ins Spiel kommen. Bei der Christianisierung soll die Gewalt eine große Rolle gespielt haben. Ich weiß nicht, wie Klar heute zu seinen politisch motivierten Morden steht. Es wäre gut, wenn er diese Taten heute bedauern könnte. Leider wird die Verurteilung des politischen Mordes dadurch zweifelhaft, daß genügend Helden und Staatsmänner auf Sockeln stehen, die als politische Mörder gestartet sind und solange die Bewertung des politisch motivierten Mordes vom Erfolg der „Bewegung“ und der nachträglichen historischen Darstellung abhängt, wird es wohl immer wieder eine Verführung zum politischen Mord geben.

Ich vermisse ein Bedauern auf Seiten der Politiker und der (Hochschul-)Lehrerschaft, die die jungen Menschen in den Terrorismus getrieben haben, weil sie von sich aus nicht bereit waren, für mehr Gerechtigkeit in der Welt mit Methoden zu kämpfen, die humanistisch und politisch unbedenklich sind. Auch darf nicht übersehen werden, daß den Rebellen, die den radikalen und zum Teil gewaltbereiten Flügel der 68er bildeten, keine bessere Analyse als die marxistische zur Überwindung der Übelstände, die die bürgerliche Wissenschaft mit verursacht hatte (und noch verursacht), zur Verfügung stand. Die Unterdrückung oder Behinderung des Ideenwettbewerbs hat eben seinen Preis.

Auch wenn wir beim Krimi das Gruseln genießen, daß dort der Mord in uns auslöst, in der

Realität bleibt der Mord (und die Hinrichtung durch den Henker) in jedem Fall verwerflich. Die Empörung, die wir empfinden, ist berechtigt. Aber wo bleibt die Empörung wenn Politiker durch Unterlassen oder Blockieren -zigtausendfach morden? Warum erröten die PolitikerInnen nicht jedes Mal, wenn sie sich im Spiegel sehen?

Und ich erinnere daran, daß der Lehrer von Ludwig Erhard der Jude Franz Oppenheimer, der ein stolzer Deutscher war ²⁴, darauf hingewiesen hat, daß auch der Verfassungsstaat noch ein Klassenstaat ist. Und erst wenn die politische Ökonomie (die man mit Kapitalismus übersetzen kann) überwunden sei, wäre die Gesellschaft der Freibürger möglich. Und Oppenheimer zählt auch zu jenen Forschern, die uns mahnen, über den Staat nachzudenken, wenn wir nicht von ihm gefressen werden wollen. Das heißt der Staat selbst kann nicht fressen, auch als Leviathan ist er kein Subjekt. Der Staat im besten Sinne als Hilfskonstruktion zur Bewältigung organisatorischer Probleme der Gesellschaft und seiner Individuen gedacht, wird immer wieder Instrument eines Teils zur Beherrschung anderer Teile der Gesellschaft und zwar auch in der Demokratie. Das faschistische Denken (hier = politisch böses Denken) offenbart sich in allen politischen Parteien. Bei allen Aktionen soll der Staat benutzt werden, um die anderen zu zwingen etwas zu tun oder zu unterlassen. Wenn das Bild, was die Medien mir vom Bundestag vermitteln, richtig ist, sitzt im Bundestag keine Abgeordnete, kein Abgeordneter, der den Bürgern Gestaltungsfreiheit erkämpfen will. Mehr oder weniger pflegen wohl alle MdBs ihre Zwangsbeglückungsphantasien und beklagen dann noch, daß bei ihrer aufopfernde Zwangsbeglückungsarbeit, die „Beglückten“ unglückliche Gesichter machen.²⁵

In der HAZ vom 12. Mai 2007 war unter der Schlagzeile „Papst kritisiert Genusssucht – Benedikt XVI. spricht erstmals einen Brasilianer heilig“ zu lesen:

Der politisch linksorientierten „Befreiungstheologie“ in Lateinamerika erteilte er erneut eine Absage: „Die wahre Revolution, die entscheidende Veränderung der Welt kommt von Gott.“

Als Kind – zu einer konfessionellen Minderheit gehörend – habe ich oft unter Katholiken und besonders unter den Herrschaftsanspruch der katholischen Geistlichen gelitten. Der Papst Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Giovanni Pacelli 1939–1958) von dessen Funktion ich

²⁴ Man lese einmal seine biographischen Notizen im Internet.

²⁵ „Leute, die das Leben anderer kontrollieren wollen, sind selten bereit, für dieses Privileg zu bezahlen; normalerweise erwarten sie, für die 'Dienste', die sie ihren Opfern erweisen, bezahlt zu werden.“ David D. Friedman, Das Räderwerk der Freiheit – für einen radikalen Kapitalismus“, S. 160

keine klare Vorstellung hatte – war für mich eine Unperson wie Stalin für andere, weil ich dachte, er sei verantwortlich, für das, was mir Kummer machte.²⁶ Aber Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) ist mir im Traum als der vertraute ältere Bruder erschienen. Und Benedikt XVI. (Joseph Alois Ratzinger) hat bei Meldungen, die zu mir drangen, bisher meine vorurteilsfreie Aufmerksamkeit erhalten. Wenn aber die von der HAZ vermeldete Äußerung vom jetzigen Papst wahr ist, sinkt seine Glaubwürdigkeit bei mir rapide. Benedikt XVI. ist zu klug, um nicht zu wissen, daß die gesellschaftliche(n) Ordnung(en), die die Menschen sich geben, nicht von Gott kommt (kommen), sondern allenfalls durch die Vernunft, die uns (ein nicht faßbarer) Gott (Du sollst Dir kein Bildnis noch Gleichnis von Gott machen.) verliehen hat oder auch von der Unvernunft mit der wir ausgestattet wurden. Das, was Benedikt XVI. hier in Kurzform zum Ausdruck bringt, ist von jener Art Religion, die Opium fürs Volk ist.

Wikipedia: „Opium fürs Volk“ ist ein von [Lenin](#) abgewandeltes Zitat von [Karl Marx](#): „Die Religion ist das Opium des Volkes“ und soll ausdrücken, dass die Religion dazu dient, das Volk gefügig zu machen um es somit kontrollieren zu können. ...

Wir sind hier mitten im Thema über die Ursachen des Terrorismus. Schauen wir uns erst einmal an, wie im Wikipedia Befreiungstheologie beschreibt:

Die **Befreiungstheologie** ist eine [christliche](#) Strömung, die sich seit etwa 1960 vor allem in [Lateinamerika](#), aber auch [Südafrika](#) und einigen Ländern [Asiens](#) entwickelte. Sie bezieht sich auf sozialkritische [Bibeltraditionen](#), auf eine eigenständige und variable Analyse der politökonomischen Abhängigkeit (*dependencia*: [Dependenztheorie](#)) und arbeitet von daher für eine [sozialistische](#) Umgestaltung der Gesellschaftsordnung im Interesse der [Armen](#).

Entstehung [[Bearbeiten](#)]

Etwa seit der Zeit der [kubanischen Revolution 1959](#) bildeten sich in den armen, meist [katholisch](#) geprägten Bevölkerungsschichten ehemaliger europäischer [Kolonien](#) vermehrt sogenannte [Basisgemeinden](#). Deren Mitglieder waren meist landlose Bauern, Slumbewohner und Analphabeten, die ihre Alltagsprobleme gemeinsam zu bewältigen versuchten. Hier entstand eine Auslegung der biblischen Botschaft, die diese eng auf die reale Situation ihrer Leser bezieht und daraus eine gesellschaftliche Hoffnungsperspektive für sie zu entwickeln versuchte. Ein besonderes Kennzeichen der Bewegung ist die Handhabung der Theologie nicht als intellektuelles, elitäres

²⁶ Die Menschen in meinem Heimatdorf Barbel sind natürlich genau so brav und böse wie überall. Vermutlich sind die Verletzungen auch nur von einzelnen Personen verursacht und die Kinderseele hat sie verallgemeinert. Aber das „Judenfrei“ habe ich als Zielgröße „Protestantenfrei“ erlebt. Und irgend etwas muß ja real passiert sein, wenn es Jahrzehnte bei mir gedauert hat, das Gefühl zu überwinden, man hätte mir in meinem Geburtsort das Heimatrecht verweigert. Das ist keine Argumentation gegen Katholiken. Diese Geschichten hat es auch mit umgekehrten Vorzeichen gegeben.

Studienfach, sondern als lebensnahe, praktische Bibelauslegung der Betroffenen selber.

Beginnend [1964](#) mit einem Militärputsch in [Brasilien](#), installierten sich in fast allen Ländern Lateinamerikas von den [USA](#) ökonomisch und militärisch gestützte Militärdiktaturen, die eine für die Bevölkerungsmehrheit katastrophale Innenpolitik betrieben. So kam es seit [1965](#) dort wie in [Argentinien](#), [Chile](#), [Peru](#), [El Salvador](#), [Nicaragua](#) u.a. immer wieder zu Rebellionen, Umstürzen und [Revolutionsversuchen](#).

In deren Kontext stellte sich ein wachsender Teil von Christengemeinden und Kirchenvertretern auf die Seite der um Befreiung kämpfenden Bevölkerung. Die Rolle der [Kirche](#) blieb jedoch zwiespältig: Ein Teil der kirchlichen [Hierarchie](#) stand stets eng an der Seite der jeweils Herrschenden. Ein anderer Teil jedoch entwickelte aus den konkreten Erfahrungen mit Unterdrückung, [Folter](#), Polizeistaat, Rechtlosigkeit und Elend heraus eine neue und umfassende Solidarität mit armen Bevölkerungsmehrheiten. [1968](#) in [Medellín](#) erhob der gesamte lateinamerikanische katholische [Episkopat](#) die [Option für die Armen](#) zur Leitlinie der Kirchenpolitik.

Ähnliche Aufbrüche gab es auch in den USA, wo sich aus der Bürgerrechts- und Protestbewegung der 1960er Jahre eine „schwarze Theologie“ gegen den alltäglichen [Rassismus](#) entwickelte. Diese wirkte wiederum auf die christlich motivierte Anti-[Apartheid](#)-Bewegung Südafrikas ein (siehe z.B. das [Kairos Dokument](#)). Auch auf den [Philippinen](#), in [Sri Lanka](#) und [Indien](#) entstand seit 1968 eine „Theologie des Kampfes“. Diese Bestrebungen werden oft als „Dritte-Welt-Theologie“ zusammengefasst, obwohl sie jeweils eigenständig sind und auch europäische und nordamerikanische Vertreter beeinflusst haben. Seit 1985 tauschen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Theologie der Befreiung auf den Südkontinenten in der Ökumenischen Vereinigung der Drittwelt--TheologInnen ([EATWOT](#)) aus.

Es folgt dann eine lange Liste von Theologen aus verschiedenen Ländern, die die Befreiungstheologie vertreten oder vertreten haben. Mir ist in dieser Liste aufgefallen:

[Ulrich Duchrow](#): Lutheraner, der im Gefolge [Dietrich Bonhoeffers](#) die gerechte Weltwirtschaftsordnung zur vorrangigen [Bekennnisfrage](#) für die Ökumene erklärt hat.

Mit dem Namen Dietrich Bonhoeffer ist die Verknüpfung zum und der Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staatsterrorismus wieder hergestellt und mit dem Stichwort gerechte Weltwirtschaftsordnung, das uns signalisiert, daß diese fehlt, sind wir bei den Ursachen des heutigen Terrorismus und der Verweigerungshaltung von Benedikt XVI. gegenüber der Befreiungstheologie. Daß es überhaupt eine Befreiungstheologie gibt und das Christentum nicht generell als solche verstanden wird, liegt daran, daß die Kirchen sich von ihrem biblischen Auftrag, die Gläubigen von ökonomischer Bedrängnis zu bewahren, befreit haben und sich über lange Zeitstrecken als (bezahlte) Diener staatlicher Macht verstanden haben. Die Kirchen können sich diesen Verrat nicht (voll) eingestehen, weil sie vom Ertrag des Verrates (vom Ka-

pitalertrag und den Privilegien z.B. die Kirchensteuer als Gegenleistung für das „Opium“, das sie liefern) leben. Ich denke schon, daß viele Gottesdiener unter diesem Widerspruch leiden. Doch die erzwungenen Mitgliedsbeiträge und die sicheren Staatszuwendungen ernähren die Berufsgläubigen besser als die Glaubenssprüche, die, wenn es hart auf hart kommt, doch nur Spreu sind und vor allem keine materielle Macht geben.

Die andere Schwierigkeit der Kirchen und sicher besonders die der Päste in Folge besteht darin, daß die Befreiungstheologie - soweit sie marxistischen Leitbildern folgt - leicht in eine (atheistische) Versklavung führen kann. Aber Marx – so habe ich es mehrfach gelesen – ist nicht unmittelbar für den Marxismus verantwortlich zu machen und es gibt eben die Alternative, eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Aldolf Paster, der in Sozialarbeit und Entwicklungshilfe ergraute Christ katholischer Konfession aus Österreich, weist in diesem Zusammenhang gerne auf Thomas von Aquin hin, dessen Urteil über Ökonomie mehr von den Christen vernommen werden sollte.²⁷ Erwähnt werden von ihm auch nachdrücklich die Professoren und Priester Johannes Ude und Johannes Kleinhappl, die es beide in ihrem Leben sehr schwer mit ihrer Kirche hatten. Beide Autoren haben sich intensiv mit dem Thema Christentum und Kapitalismus auseinandergesetzt. Aber auch wer sich dem Gegenspieler von Kleinhappl, nämlich Oswald von Nell-Breuning, zuwendet, findet genug Argumente dafür, daß wir nicht ohne Wechsel unserer Ökonomie zu gesellschaftlich neuen Ufern kommen werden. Ich habe an anderer Stelle reichlich aus dem Buch „Den Kapitalismus umbiegen“ zitiert.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Gerechtigkeit in der Wirtschaft - Quadratur des Kreises?

„Die Ökonomie als selbständige, von der Moralphilosophie getrennte Wissenschaft hat bei Adam Smith die spätestens seit Aristoteles wirtschaftliches Denken prägende Frage nach Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne sowohl aus dem Aussagezusammenhang ökonomischer Analysen als auch aus der Praxis des Wirtschaftens selbst weitgehend ausgeblendet. An die Stelle weit reichender Konzepte von Gerechtigkeit trat nunmehr die Wertgleichheit von Leistung und Gegenleistung im Sinne einer eng gefassten Tauschgerechtigkeit. ...

Wachstum und Fortschritt, das sind seit Adam Smith und dem klassischen Liberalismus Zauberworte, die an die Stelle des Streites um die Verteilung des gegebenen Reichtums treten (sollen). Die Gerechtigkeitsfrage erscheint daher in dieser Sichtweise nicht nur als analytisch störend, weil sie die Nationalökonomie unter das Kuratel der Moralphilosophie stellt, sondern auch als praktisch obsolet,

²⁷ Ich habe festgestellt, daß das Stichwort-Kombination „Thomas von Aquin Zins“ eine Reihe von Links ergibt.

weil gerade vom Wachstum die ärmeren Schichten der Bevölkerung einen besonders großen Nutzen ziehen. ...

In der ökonomischen Fachwissenschaft hat die Gerechtigkeitsfrage in den letzten beiden Jahrzehnten wieder erneut an Virulenz, ja Aktualität gewonnen. ... In den Instabilitäten und Währungskrisen der letzten 25 Jahre spiegelt sich auch die Notwendigkeit einer umfassenden Geldordnung, die den Anforderungen globalisierter Finanz- und Leistungsstransaktionen gerecht wird. Dabei ist es hilfreich, den Gedanken der Gerechtigkeit anhand Silvio Gesells nunmehr fast hundert Jahre altem Konzept einer 'Natürlichen Wirtschaftsordnung' auf der Basis von 'Freiland und Freigeld' erneut zu betrachten."

Prof. Dr. Hans Georg Nutzinger
in seiner Einleitung zur Dokumentation der Tagung
„Gerechtigkeit in der Wirtschaft - Quadratur des Kreises?“
Marburg: Metropolis Verlag, 2006, S. 7-17.

„Kasten“ übernommen aus der *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 152 Folge, April 2007, S. 20
www.sozialoekonomie.de

oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wir müssen hier noch das andere „Opium für das Volk“ ansprechen. Es ist die Wissenschaft. Der Begriff „Wissenschaft als Opium für das Volk“ stammt von dem verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka. Wenn nicht mehr gefragt wird, was die Wissenschaft leistet und was sie kostet, wenn nur noch mehr Geld verlangt und dumpf gehofft wird, daß die Wissenschaft uns von unseren Problemen erlösen wird, dann haben wir einen Zustand erreicht, für den die Bezeichnung „Opium für das Volk“ zutreffend ist. In diesen Tagen hörte ich im Auto im Deutschlandfunk einer Diskussionsrunde zu, die die Verdoppelung der Ausgaben für die Forschung anstrebte. Die Teilnehmer stritten sich dann darum, ob eine größere Abhängigkeit entstehe, wenn das Geld vom Staat oder von der Wirtschaft käme. Es ist sicher von Übel, einseitig vom Staat, vom großen Geld oder vom Monopolisten abhängig zu sein. Aber die Abhängigkeit als solche hat ihre Funktion darin, daß sie verhindert, daß individuelle Neigungen und Interessen nicht in Willkür landen. Gerade die atomistische Form des Wettbewerbs hält uns in eine milde Form der Abhängigkeit, die unsere Freiheit nicht einengt. Die Stimmen der Diskutanten klangen sympathisch, ihr Vokabular und ihr Satzbau zeugte von Intelligenz, aber trotzdem klangen ihre Argumente für eine Verdoppelung der Finanzmittel der Wissenschaft so, als sei der Staat oder die Wirtschaft der bessere Empfänger von Manna²⁸, das nur an die Wissen-

28 Manna, Bibel: die Speise, die Gott nach 2.Mose 16,4 folgende vom Himmel fallen ließ, um mit ihr die Israeliten auf ihrem Zug durch die Wüste zu speisen; wohl identisch mit dem Honigtau der Mannaschildlaus.

schaft weitergereicht werden müsse. Sowohl bei der Studentenschaft wie auch bei Dozenten-schaft scheint das Wissen zu fehlen, daß jeder Euro, der als Subvention in die Wissenschaft fließt, aus dem Arbeitsertrag kommt.²⁹ Und wenn die produktive und dienstleistende Arbeit für die Wissenschaft schwitzen muß, dann hat sie auch ein Recht zu fragen, wozu und mit welchem Ergebnis Wissenschaft betrieben wird. In Wirklichkeit ist die Theologie eben keine Theologie der Befreiung, die Pädagogik ist eben keine Pädagogik der Unterdrückten. Die Forschungsergebnisse der Psychologie werden in der Summe vermutlich mehr zur Manipulation der Menschen angewendet, als zu ihrer individuellen Förderung, bestenfalls dienen sie zur Reparatur der Schäden, die die anderen Wissenschaften den leidenden Seelen zufügen. Und wenn wir in den technischen Bereich gehen, dann steht häufig im Vordergrund der militä-risch-zerstörerische Aspekt, die Marktbeherrschung oder die Rücksichtslosigkeit gegenüber der Biosphäre. Und wenn wir uns die Wirtschaftswissenschaften anschauen, so scheinen ihre Vertreter ihren Auftrag darin zu sehen, Märchen von Wohlstand und Gerechtigkeit zu erzäh-len, dabei die Menschen von einem Schrecken in den nächsten zu jagen und ihnen die Sicher-heit in ökonomische Abläufe, als Basis von gesellschaftlichen Urvertrauen, zu rauben. Wozu also Wissenschaft? Um uns im Zusammenspiel mit der Parteienherrschaft in Unmündigkeit zu halten und uns in neuer Verzweiflung zu stürzen, damit wir wieder Lust auf Sündenböcke be-kommen?

Daß solche pauschale Aussagen mehr eine Tendenz bezeichnen und nicht die volle Wirklich-keit treffen, ist eigentlich überflüssig zu erwähnen, denn in den Wissenschaften und auch in den politischen Parteien gibt es auch immer neben den dominant, mehrheitlichen Akteuren die die Gesellschaft in Bedrängnis bringen und dort gefangen halten auch immer Vertreter-Innen von Gegenströmungen, die um Abhilfe ringen (aber dabei auch in die Irre gehen kön-nen). Das gilt für die Zeit von Weimar, wie auch für heute. Die Bürger haben also Grund sich über die Lüge, die geistige Blindheit und das Festhalten an falschen Mustern zu empören und gleichzeitig Nachsicht zu üben über den Irrtum, über die Schwäche des Protestes etc. Wir können nicht darauf vertrauen, daß alles von selber in unserer Gesellschaft gut wird. Wir dür-fen aber darauf vertrauen, daß die menschlichen Gesellschaften immer wieder Kräfte der Klä-rung und Veränderung mobilisieren, damit sie überleben können.

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2006

²⁹ Neben dem vom Staat abgechöpften Teilen der Arbeitserträge fließen auch aus vom Staat abgeschöpften Kapitalerträgen, aus Beteiligungen, Stiftungen Hochschulen und aus Spenden Gelder in die Wissenschaft. Aber wenn um mehr Geld für die Wissenschaft und gegen Studiengebühren gestritten wird, dann sollte verdeutlicht werden, wer zur Kasse gebeten wird.

Der nachfolgende Ausschnitt aus einem Beitrag von Eva-Maria Hubert über die Regionalwäh- rungen ist so eine Regung der Klärung aus der Gesellschaft, die ich als eine Vorbereitung für große Veränderungen verstehe. Ich bringe den Ausschnitt hier aber wegen der Zitate von Hanna Arendt, denn meines Erachtens reflektiert sie hier die Zustände in der Weimarer Repu- blik, in der die Inflation und die folgende Deflation alles an sozialen Bezügen und Schichtun- gen zerstörte, die es zu zerstören gab. Jeder von uns hat sich vermutlich schon verlassen ge- fühlt, aber die kollektive Verlassenheit der Deutschen in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die sie in scheinbare Sicherheit gebende totalitäre Strukturen getrieben haben, können wir uns heute gar nicht so recht vorstellen.

Ausschnitt aus:

**Marktversagen, Verschwendung
und bürgerschaftliches Engagement**
Versuch zur ökonomischen Begründung von Regionalgeld
Eva-Maria Hubert

... Das alles wird deshalb immer wichtiger, weil das Marktrationale die Individuen zu wachsender Mobilität und Flexibilität zwingt. Es drängt sich dadurch ständig tiefer ins Privatleben jedes Einzelnen hinein; die Erosion von Primärbeziehungen, Vereinzeln und Vereinsamung sind nachgewiesene Folge. Ebenfalls nachgewiesen ist die Zunahme von psychischen Erkrankungen, sogar schon bei Kindern. Folglich zeichnen sich bereits hier eine Abtragung von Vitalkapital und der damit verbundene Wohlfahrtsverlust deutlich ab. Zudem werden vielfach zunehmende Anonymität in der Gesellschaft und „Soziale Kälte“ beklagt, das Lebensumfeld wird als immer unwirtlicher empfunden. Mahnend erreichen uns in diesem Zusammenhang die Worte Hannah Arendts:

„Was moderne Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit. Es ist, als breche alles, was Menschen miteinander verbindet, in der Krise zusammen, so dass jeder von jedem verlassen und auf nichts mehr Verlass ist.“³⁰

Hannah Arendt deckt in ihrer berühmten Untersuchung zum Totalitarismus auf, dass es die, wie sie es formuliert, „Verlassenheit“ ist, welche Bürger anfällig für totale Regime werden lässt. Nun sehen viele Mitglieder von Regionalgeld-Initiativen mit Sorge die wachsende Zersplitterung der Gesellschaft und wollen über die Schaffung von Regionalgeld ganz bewusst einen Beitrag zur Stärkung des

30 (7) Siehe dazu: Arendt, Hannah (2006) Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft – Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, 11. Auflage ..., S. 978

individuellen wie kollektiven Human- und Sozialkapitals leisten und zur Stabilisierung, zur Standortsicherung und zur Bewältigung sozialer Zukunftsprobleme beisteuern.³¹

Wünschen Bürger und Bürgerinnen eine zukunftsfähige Gesellschaft, eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz zu entwickeln, wird ein weiterer Gedanke Hannah Arendts entscheidend. Sie fand, als sie sich mit der Frage beschäftigte, was wir tun, wenn wir tätig sind, drei elementare Tätigkeiten: die eigenwirtschaftlich orientierte Arbeit, das industrielle Herstellen und das Handeln. Dabei ist das Handeln diejenige Tätigkeit der *Vita activa*, die sich ohne Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen Menschen abspielt. Die Philosophin sieht nun die dringende Notwendigkeit, die Produktivitätsentwicklung nicht nur auf Arbeiten und Herstellen zu beziehen, sondern fordert, dass die traditionelle ökonomische Vorstellung um die Produktivität im Handeln, also in der zwischenmenschlichen Interaktion, erweitert werden muss. Regionalgeld-Projekte zielen aber gerade hierauf ab, indem sie nicht nur der Abschilferung von Human- und Sozialkapital wehren, sondern beide langfristig fördern, aufbauen und vermehren wollen. Es ist zu erwarten, dass diese Effekte durch Kooperationen, etwa mit Zeitwährungssystemen (wie Tauschringen oder Seniorengenossenschaften), noch deutlicher hervortreten werden. (S. 26 f.)

Wenn ich Hanna Ahrendt richtig verstehe, ist eine Immunität gegenüber dem Totalitarismus und Antisemitismus durch die Freiheit zum Handeln in Geborgenheit zu erreichen. Die Geborgenheit bedeutet hier nicht, die Abnahme jeglichen Risikos – das als Korrekturmittel und Bremse der Gestaltungsfreiheit erhalten bleiben muß -, sondern die politische Vermeidung von untauglichen, lebensfeindlichen, betrügerischen Strukturen und Institutionen. Der den eigenen Leuten und den Fremden gegenüber offene Mensch benötigt ökonomische Sicherheit, haftende Gestaltungsfreiheit und Planungssicherheit in Bezug auf die gesellschaftlichen Daten, also die Abwesenheit von Willkür³² der politischen Parteien im Kleide der Demokratie.

Ich hatte einen Anlaß, das von Friedrich Ley bearbeitete Stichwort „Arnold Karl Franz Gehlen“ (1904 - 1976) im „Biographisch-Bibliographisches KIRCHENLEXIKON“ (www.bautz.de/bbkl) zu lesen. Es heißt dort unter anderem: „Im Zuge dieser Neuausrichtung erhielt die Person Gehlens in der öffentlichen Wahrnehmung immer

31 (8) Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Sicht eines Mediziners und Neurobiologen: Bauer Joachim (2006): *Prizip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren*, 2. Auflage, Hamburg, S. 199 ff.

32 Die Willkür kann auch darin bestehen, daß Entscheidungen der Parlamente im Interesse von Teil-Gesellschaften unterlassen oder durch formale Mehrheiten zu Gunsten von Teil-Gesellschaften getroffen werden.

mehr das Gepräge eines politisch konservativen Denkers, ..." Ich bilde mir nun aufgrund des Lesens des Lexikonbeitrages nicht ein, darüber mitreden zu können, wie Gehlen die Gesellschaft und die Welt verstanden hat. Aber vermutlich kann jeder Leser in komplizierten oder umfangreichen Gedankengebäuden Passagen entdecken, die ihm unmittelbar einleuchten. Und in dem nachfolgenden Ausschnitt kann ich mit der „Handlung“ an Hanna Arendt anknüpfen:

Die signifikante Unverbindlichkeit und Realitätsferne der modernen Subjektivität beschreibt Gehlen als Trennung des Geistes vom Lebenszentrum der Person. Das aus seinen Wirklichkeitsbezügen freigesetzte Subjekt verliert sich in rastlos vorantreibender, letztlich unfruchtbarer Reflexion. Objektive Gewißheiten fallen dahin bzw. verflüchtigen sich zu Hypothesen. Die handelnde Bezugnahme auf die Realität verschwindet zugunsten reflektierter Meinungen. Die ursprünglich fraglose und unmittelbare Einheit der Wirklichkeit dagegen ist nach Auffassung Gehlens nur in der eigenen Handlung erlebbar. Nur auf dem Weg eines aktiven Weltverhältnisses kann sich das Subjekt als frei erfahren. Hierin sieht Gehlen die eigentliche Entdeckung Fichtes. Als die entscheidende Kategorie seiner Philosophie bestimmt er von daher die Handlung. Ausgehend von einem dem existentialistischen Denken nicht unähnlichen Ansatz stößt Gehlen vermittels einer an der Philosophie Fichtes orientierten idealistischen Theoriekonzeption Ende der Dreißigerjahre zu einer anthropologisch vertieften Position vor, welche er in enger Bezugnahme auf den amerikanischen Pragmatismus, vor allem auf die handlungs- und sozialisationstheoretischen Einsichten John Deweys und George Herbert Meads, sowie der Ergebnisse der Verhaltensforschung im Sinne des Ethologen Konrad Lorenz (1903-1989) und des Umwelttheoretikers Jakob von Uexküll (1864-1944) entwickelte. In seinem Hauptwerk "Der Mensch" (1940) beschreibt Gehlen den Menschen als das handelnde Wesen. Demnach muß sich der Mensch, den Gehlen in Anknüpfung an Johann Gottfried Herder (1744-1803) als "Mängelwesen" bestimmt, infolge seiner organischen Unspezialisiertheit, der fehlenden Umwelteinpassung und der weitgehenden Instinktreduktion vom Druck der Umstände durch Handlung entlasten. Im Unterschied zum Tier ist der Mensch nicht durch spezifische Umweltbedingungen determiniert, sondern "weltoffen" (Scheler). An eben der Stelle, die für das Tier die Umwelt einnimmt, steht für den Menschen die Kultur. Der Mensch gilt Gehlen in Abgrenzung zu der entfremdungstheoretischen Bestimmung des Kulturbegriffes durch Jean Jacques Rousseau (1712-1778) als das "Kulturwesen von Natur aus". Ausgezeichnet durch die wesentliche Plastizität seiner Antriebe und versehen mit der dazu erforderlichen Antriebsenergie, welche Gehlen in erkennbarer Nähe zur Trieblehre Freuds mit dem Begriff des "Antriebsüberschusses" bezeichnet, muß der Mensch sein Dasein handelnd führen und vermag so die konstitutionelle Gefährdungssituation seiner Existenz selbsttätig zu kompensieren. Darüber hinaus bedarf es der äußeren Stabilisierung durch "Oberste Führungssysteme". Als solche behandelt Gehlen in der Erstfassung der Anthropologie vor allem die Religion und die Weltanschauungen.

Ab 1950 wird die ursprüngliche Ordnungstheorie sukzessive zu einer umfassenden Institutionenlehre ausgebaut. In seinem zweiten großen Hauptwerk, der Kulturtheorie "Urmensch und Spätkultur" (1956), zeigt Gehlen, wie die biologische Sonderstellung des Menschen, die er in der "elementaren Anthropologie" herausgearbeitet hatte, in den Institutionen die erforderliche Stabilisierung erfährt. Da die diffuse Artikulation der Triebstruktur für den Menschen in höchstem Maße bedrohlich ist, besteht die fundamentale Funktion der Institutionen seines Erachtens vor allem in der Lenkung dieser Antriebsenergien. Sie regulieren das gesellschaftliche Miteinander ebenso wie sie ein Muster geben für die individuelle Daseinsführung. Institutionen bieten "Hintergrundserfüllungen" für die chronischen Bedürfnisse des Menschen und bieten auf diese Weise eine weitreichende Entlastung von der fortwährenden Kontingenzbehaftung³³ menschlicher Existenz. In diesem Sinne garantiert zum Beispiel das moderne Gesundheitssystem eine hintergründige Gewährleistung im Krankheitsfall zu beanspruchender medizinischer Leistungen. Den kulturgeschichtlichen Ausgangspunkt der Institutionenbildung sieht Gehlen jedoch nicht in den hochkulturellen Versorgungsinstitutionen, sondern in den weniger differenzierten archaischen Organisations- und Verhaltensformen wie etwa der Ritualgemeinschaft, der Familie oder dem Totemismus und der an diesem ausgerichteten Sozialverbandsordnung. Institutionen stabilisieren das menschliche Dasein nach innen wie nach außen, indem sie die Erfüllung chronischer Bedürfnislagen virtuell oder real auf Dauer stellen. Auf der Basis institutionell verbürgter Sicherheiten erlaubt die Kulturentwicklung des Menschen die Anreicherung des Gegebenen zu immer höheren Niveaustufen.

...

Gehlen betrachtet die Herausbildung der Reflexionssubjektivität in der Neuzeit als das Spezifikum, als das weltgeschichtliche Novum dieser jüngsten Kulturschwelle, die mit dem Eintritt in das technische Zeitalter einhergeht. Infolge dieser grundstürzenden Entwicklung diagnostiziert Gehlen einen dramatischen Zerfall der Institutionen, welche unter dem Druck einer zunehmenden Individualisierung ihrer einstigen Geltungsmacht verlustig gehen. Von dem unmittelbaren Wirklichkeitsbezug früherer Generationen durch den Strukturwandel der Industrialisierung und die modernen Massenmedien immer weiter entfremdet, droht dem modernen Subjekt eine geradezu autistische Selbstzentrierung, welche Gehlen in seiner sozialpsychologischen Studie "Die Seele im technischen Zeitalter" (1957) mit Begriffen wie "Entsinnlichung", "Erfahrung zweiter Hand" oder "Erfahrungsverlust" zur Sprache bringt.

Nun bin ich ein wenig erschrocken und frage mich, ob ich mich nicht selbst damit überfordere, Gehlen in meine Gedankengänge hier einzubauen. Es sind ja zwei verschiedene Dinge, nämlich eine Übereinstimmung festzustellen oder Zusammenhänge intuitiv zu erfassen und diese Zusammenhänge anderen in verständlicher Sprache zu vermitteln. Mir geht es hier um

33 Einfügung Fußnote von TA: Kontingenz [spätlateinisch »Möglichkeit«] die, Philosophie: allgemein das nicht Notwendige und nicht Unmögliche, das auch als das Zufällige (das eintreten kann, aber nicht muss) bezeichnet wird. Gegensatz: Notwendigkeit. (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2006

das Handeln, in der Freiheit erfahren werden kann und um die Orientierung durch die Institutionen, damit freiheitliches Handeln nicht wieder in die Irre geht und erneut in einem totalitären System seine Stütze sucht. Es geht aber auch um die unfruchtbare Reflexion, die dann einsetzt, wenn eigenverantwortliches Handeln nicht möglich ist oder scheint. In anderen Zusammenhängen habe ich Paulo Freire aus seiner „Pädagogik der Unterdrückten“ zitiert. Er sagt, wenn die Aktion und die Reflexion eine Einheit sind, dann können wir sagen „Wort = Handeln = Praxis“. Der Verzicht auf Aktion ist gleich Verbalismus und der Verzicht auf Reflexion ist Aktionismus.

„Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten?“ Hier zielt die Freiheit auf die Freiheit von der Außenkontrolle, die ja immer wieder versucht wird, auch im Staat mit der FdGO. Freie Gedanken im personalen Innenverhältnis kann der Mensch aber nur entwickeln, wenn er mit seinem Denkvermögen nicht durch Tabus, Traditionen und Institutionen³⁴ gefesselt ist. Andererseits braucht der Mensch wohl tatsächlich Institutionen, an denen er sich wenigstens orientieren kann. Können wir uns einen Kapitän (eine Schiffsbesatzung) vorstellen, der mit seinem (die mit ihrem) Schiff ohne Kompaß, ohne Fixpunkte an den Küsten und am Himmel seinen (ihren) Weg findet (finden)? Die Hilfsmittel zur Wegfindung, die wir als Institutionen auffassen können, wurden immer verfeinert und ergänzt. Aber gerade das Bild von der Schifffahrt macht deutlich, daß es ein großer Unterschied ist, ob wir den generellen Kurs laut Auftrag eines Dritten oder autonom bestimmen. Und unsere Gesellschaft leidet darunter, daß es zu wenig autonome Entscheidungen der Bürger über ihren Kurs gibt. Und noch etwas anderes gibt das Bild von der Seefahrt für das freie Handeln und seiner Orientierung und Bindung durch die Institution her. Die Gestirne und die Landmarken sind für die Seefahrt Fixpunkte, so wie für das Individuum Familie, Kirche etc. einmal Fixpunkte in der Lebensorientierung waren. Es sind sozusagen konservative Orientierungen. Nun erleben wir die erstaunliche Technik, daß um die Erde kreisende Satelliten (also bewegliche Körper) allen die mit einem entsprechenden Gerät ausgerüstet sind und es bedienen können, ihren geographischen Standort anzeigen. Wir können uns also vorstellen, daß wir für unsere geistige und politische Standortbestimmung nicht mehr unbedingt fixe, traditionelle Institutionen benötigen, sondern daß wir uns aus einem System von geistigen Satelliten unseren individuellen Orientierungsapparat bauen. Wir können von einem progressiven Orientierungssystem sprechen.

34 Institution hier als rechtliche und soziale Norm einerseits und als organisatorisches, gesellschaftliches und staatliches Strukturelement andererseits verstanden.

Ich erkenne mit dieser Aussage die Notwendigkeit der Institutionen zur Orientierung und Bindung des frei handelnden Menschen an, sage aber gleichzeitig, daß die Menschen fähig und in der Lage sind, sich ein Netz von Institutionen nach eigenen Überlebensbedürfnissen zu stricken. Die Freiheit ist durch die Bindung nicht gefährdet, sondern erhält ihre Wirkungsrichtung.

Den Fall der Deutschen in die nationalsozialistische Barbarei sehe ich dadurch verursacht, daß mehr oder weniger ab dem Ende des Ersten Weltkrieges die Orientierung gebenden Institutionen zerstört oder entwertet wurden, ohne daß soziale und individuelle Geborgenheit gebende neue entwickelt werden konnten.³⁵ Die Flucht in den Nationalsozialismus war nicht nur eine Flucht aus einer materiellen Not, sondern auch aus einem orientierungslosen Zustand. Weil dabei die Reflexion zu kurz kam, kam es eben zum barbarischen Aktionismus. Wenn die Protestanten hier vorweg marschierten, dann lag das meines Erachtens daran, daß die Katholiken bei gleichem materiellen Notstand länger durch ihre stärker hierarchisch geprägte Kirche institutionell gebunden waren und nicht daran, daß sie eine bessere Ethik als die Evangelischen entwickelt hatten. Die Evangelischen schwangen ja nicht aus Mordmotiven den Knüppel und krepelten die Ärmel nicht hoch, um das Volk zu unterdrücken, sondern weil sie der neuen Zeit das Tor öffnen wollten. Diese sich damals freisetzende Energie hätte sich nach meiner Einsicht bei etwas mehr politischer Klugheit und währungspolitischen Sachverstand auch für demokratische Ziele einsetzen lassen.

Übersehen darf man bei dem Geschehen auch nicht, daß dort, wo noch alte Institutionen Bindungen ermöglichten – wie in meinem Heimatdorf³⁶ –, der aufkommende Nationalsozialismus ein Tausch der sozialen Rollen in Bezug auf Bedeutung und Ansehen ermöglichte. Es ist verführerisch, wenn auf diese Weise Zugereiste und Andersgläubige plötzlich eine bedeutendere Rolle spielen können als vorher.

Heute leben wir in einer anderen Gefahr. Da die Politik freies Handeln (die haftende Gestaltungsfreiheit) unmöglich macht, bleibt alles Wollen im Verbalismus hängen. Die negativen Energien, die durch die Fesselung in zentralistischen Großstrukturen in der Gesellschaft entstehen, werden sich – wenn nicht noch rechtzeitig Ventile zur Ableitung geschaffen werden –

35 Hier sollten auch die an anderer Stelle gemachten Anmerkungen zur Wirkung der Inflation und Deflation in den 20er und 30er Jahren beachtet werden.

36 Ich bin auch durch das Buch „Barbel damals ... Fots und Geschichten aus 60 Jahren“ von Hanne Klöver und rund 50 Mitautoren, 2006, zu solchen Gedanken angeregt worden. Ich komme auf das Buch noch zurück.

aber letztlich auch im blinden Aktionismus entladen. Wieder werden die Deutschen die nicht berechenbaren Bösen sein, weil ihre Führer blind sind und die Ge- und Verführten zu wenig ihrem eigenen Unbehagen auf den Grund gehen.

„Deutschland, einig Krippenland“ vermeldet die HAZ vom 16. Mai 2007 und bringt ein Bild der Familienministerin Ursula von der Leyen, daß anders als die Siegerpose von Männern – bei dem man sich immer den Fuß im Genick des Unterlegenen hinzudenken kann - ein Siegesgefühl wie im Tanz ausdrückt. In einer Zeit, in der der Politik die Orientierung verloren gegangen ist, wo jeder gegen jeden agiert, ist einer Ministerin ein solcher Erfolg zu gönnen. Das Betrübliche an diesem Sieg ist aber, daß er das Faschistische ³⁷ in unserer Politik einmal mehr verdeutlicht.

Hätte man Vertrauen in die Eltern als verantwortliche Bürger und Bürgerinnen und auch Vertrauen in das (bisher nur gedanklich vorhandene) Modell einer freien Gesellschaft, dann hätte man erst einmal gefragt, warum Eltern – die ein Mangelerslebnis vor sich herschieben – nicht in der Lage sind, diesen Mangel über ihre Nachfrage nach Krippenplätzen selber auszugleichen. Die nächste Frage wäre gewesen: Wieso werden nicht aus der Gesellschaft heraus ohne Umweg über den Staat den Eltern Angebote gemacht, die den Mangel aufheben? Die Politik hätte leicht erkennen können, daß diese dezentrale Selbsthilfe, die ohne neue Bürokratie und Gesetze auskommt, durch eine vorhergehende ökonomische Entmündigung der Eltern und unnötiger Barrieren für die Anbieter von Krippenplätzen vom Staat unmöglich gemacht worden ist. Hätten wir einen Staat, der auf eine freiheitliche Gesellschaft ausgerichtet ist, wäre nur notwendig gewesen, die Eltern zum Beispiel durch Bildungsgutscheine in den Stand zu setzen, kostendeckende Preise für Krippenplätze nachzufragen und die Hemmschwellen für Anbieter von Krippenplätzen zu reduzieren, auf das Vertrauen in die richtigen Entscheidungen der Eltern zu setzen und gegebenenfalls noch den Nachweis zu verlangen, daß die Anbieter von Krippenplätzen nicht gegen die - für die Betreuung von Kindern relevanten - Straftatbestände verstoßen haben. Bei einer solchen Regelung wäre auch gar nicht der Widerspruch zwischen CDU und CSU aufgetreten, der wie folgt gemeldet wird:

Unklar blieben auch Einzelheiten eines auf Wunsch der CSU ins Kompromisspapier aufgenommenen „Betreuungsgeldes“. Dieses Geld sollen ab 2013 die Eltern erhalten, die ihre Kleinkinder nicht in eine Krippe geben. (HAZ 16. 5. 07)

³⁷ Faschistisch im Sinne auf die falsche Anwendung des Wortes auf den Nationalsozialismus und im Sinne auf das „politisch Böse“.

Gabi Stief fragt in ihrem Leitartikel „Die Gewinnerin“ „Warum Mütter, die zu Hause bleiben, ab 2013 zusätzlich zur bisherigen Förderung monatlich 150 Euro als Ausgleich für den Krippenausbau bekommen sollen, bleibt ein Rätsel.“ Ich habe nicht nachgeforscht, welche Begründung die CSU für ihre Forderung eingebracht hat. Klar ist aus meiner Sicht aber, daß mit diesem Ausgleich der Gleichheitsgrundsatz zwischen den Eltern, die einen Krippenplatz beanspruchen und solchen, die darauf verzichten, gewahrt bleibt und daß der ökonomische Hebel, mit denen Kinder in die Krippe gepreßt werden, wie die Schüler mit dem Schulzwang in die Schule gepreßt werden, wegfällt. Der „Ausgleich“ wäre also ein Stück antifaschistischer Politik.

Unseren Politikerinnen und Politikern, Staatsfrauen und Staatsmännern, staatlich gezügelten und gezüchtigten Pädagogen und Erziehern schafft vermutlich nichts so viel Unbehagen, als daß der Mensch im Sinne von Hanna Arendt und Arnold Gehlen autonom handelt.

In dem bereits erwähnten Buch „Barbel damals ...“ ist unter der Überschrift „Die NSDAP macht Druck“ auch ein Bericht meines Lehrers Josef Pulsfort nachgedruckt, den dieser in seinem Entnazifizierungsverfahren angefertigt hat.³⁸ Zum Thema Kindergarten ist dort zu lesen:

Ich habe die Arbeit in der NSV³⁹ immer als die harmloseste in der Partei angesehen. Ich betrachtete sie als Caritas-Arbeit, als eine Hilfe für die Armen, Witwen und Waisen. Daß ich so eingestellt war, war auch dem Kreisamtsleiter der NSV nicht unbekannt. Darum hat er die Errichtung des NSV Kindergartens in Barbel nicht mir, sondern dem Ortsgruppenleiter und der Ortsfrauenschaftsleiterin von Barbel übertragen. Ich wußte nämlich, daß die Kindergärten nicht nur eingerichtet wurden, um die Mütter zu entlasten, sondern um die Kinder möglichst früh im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen. Dazu wollte ich meine Hand nicht hergeben. Der Kreisamts-

38 Ich hatte diesen Lehrer vor allem als prügelnden Pädagogen in Erinnerung. Durch seinen Bericht erscheint er mir in einem anderen Licht. Ich denke, die Prügel, die er verteilt hat, waren nicht nur Ausdruck einer pädagogischen Methode seiner Zeit, sondern auch eine Ableitung von Unterdrückung, die er selber erleiden mußte.

39 Fußnote eingefügt von TA: Trägerin der Wohlfahrtspolitik im [NS-Regime](#) war die zunächst als lokaler Selbsthilfeverein 1932 in Berlin gegründete NS-Volkswohlfahrt (NSV). Mit ihren ständig expandierenden Wohlfahrtseinrichtungen, Gesundheitsprogrammen und sozialfürsorglichen Initiativen trug die NSV wesentlich zur propagandistischen Selbstdarstellung des NS-Regimes bei. Die nach der [Deutschen Arbeitsfront](#) (DAF) zweitgrößte Massenorganisation des Deutschen Reichs zählte 1943 rund 17 Millionen Mitglieder. Im Mittelpunkt der NSV-Tätigkeit standen Gesundheitsfürsorge, Vorsorgeuntersuchungen sowie die medizinische Betreuung, die während des [Zweiten Weltkriegs](#) vor allem von Bombenopfern in Anspruch genommen werden mußte. Die Wohlfahrtspflege der [Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei](#) (NSDAP) diente in erster Linie nicht der Fürsorge für den einzelnen, sondern der Stärkung der rassistisch definierten [Volksgemeinschaft](#). <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/vwf/index.html>

leiter der NSV Vogel sagte bei der Einweihung des hiesigen Kindergartens zu mir, er hoffe, daß ich mich als Ortswalter der NSV auch etwas um den Kindergarten kümmern werde. (S. 136)

Die Absicht der NSDAP, Kinder möglichst früh ihrem Einfluß auszusetzen, kann der Politik und auch den Weltanschauungsgemeinschaften von heute getrost unterstellt werden. Dieses Streben ist vermutlich gar nicht vermeidbar, um so mehr muß es neutralisiert werden, das heißt Monopole und Kartelle müssen auch bei Anbietern von Krippenplätzen vermieden werden. Das kann nicht dadurch geschehen, daß der Staat die Erziehung übernimmt, denn dieser ist keineswegs neutral, auch dann nicht, wenn er es in seine Gesetze hineinschreibt. Die einzige Methode, die ich kenne, hier Einseitigkeiten zu vermeiden, ist ein offener chancengleicher Wettbewerb der Anbieter, der über die Nachfrage der Eltern gesteuert wird. Hier liegt ein großes Potential für autonomes Handeln – als Mittel gegen totalitäre Verführungen – und für selbständiger Existenzen ohne Bürokratismus und staatlicher Gängelung z.B. in Krippenplatzgenossenschaften

In dem Beitrag von Hans-Joachim Rüdell in der Sendung Kinderbetreuung Aufwärts mit der Bilanz (Plus Minus des WDR vom Dienstag den 15. Mai 2007) heißt es einleitend:

„Kindertagesstätten sind sehr wichtig, aber keine Aufgabe der Arbeitgeber, sondern des Staates“, sagte Dr. Barbara Dorn, Leiterin der betrieblichen Personalpolitik bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Jahr 2001 der Tageszeitung „Rheinische Post“. Sechs Jahre später hat sie immer noch recht. Noch bieten nur rund zwei Prozent der deutschen Unternehmen eine firmeneigene ganztägige Kinderbetreuung an.

Bei einer kleinen **[plusminus]**-Stichprobe zeigte sich, dass selbst von den Firmen, deren Erfolg direkt mit Kindern zu tun hat, nur ein Unternehmen einen Betriebskindergarten unterhält: Haribo. Alete, Hipp, Penaten-Creme, Pampers, Nutella und Ravensburger Spiele - diese Produkte brauchen Kinder und Kinder brauchen Betreuung. Aber dafür fühlen sich die angesprochenen Unternehmen nicht verantwortlich. Da stand mal die Schichtarbeit im Weg, mal die Auflagen, mal die Kosten oder auch die mangelnde Nachfrage. Sie hätten gewollt, aber es hätte sich letztlich nicht gerechnet.

„Familienbewusstsein rechnet sich für die Unternehmen und für die Gesellschaft“, sagt Professorin Irene Gerlach vom Forschungszentrum für familienbewusste Personalpolitik an der Universität Münster. Diese Aussage ist das Ergebnis einer Studie die zusammen mit der Hertie-Stiftung angefertigt wurde. Danach sinkt zum Beispiel der Krankenstand in Unternehmen, die sich stark für die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf engagieren, erheblich. Daneben kehren die Mitarbeiter nach der Elternzeit früher als in anderen Firmen an den Arbeitsplatz zurück. In vielen Betrieben wäre eine dreijährige Abwesenheit sowohl für den Mitarbeiter als auch für das Unternehmen nicht möglich.

Kindergärten sind weder Aufgabe des Staates noch der Arbeitgeber. Die Aufgabe des Staates und der Unternehmen ist es, daß die Familien aus dem Arbeitseinkommen und sozial definierten Übertragungen direkt oder indirekt über die Nachfrage Hort- Krippen- und Kindergartenplätze schaffen und unterhalten können. Das heißt hier, der Staat und auch die Unternehmerverbände (weniger die einzelnen Unternehmen) müssen sich mit ordnungspolitischen Mitteln für eine Einkommensverteilung einsetzen, die es den Familien ohne Umwege über die Zwangsmittel der Sozialpolitik erlaubt, auf dem Markt für Angebote der sozialen und pädagogischen Dienstleister ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Daß es in dem einen oder anderen Fall für die Unternehmen und deren Mitarbeiter sinnvoll ist, einen Betriebskindergarten einzurichten, ist durchaus möglich. Im Regelfall wird bei den heutigen langen Zufahrtswegen zum Arbeitsplatz, der Betriebskindergarten die schlechtere Alternative gegenüber dem von den Eltern auf die eigenen Bedürfnisse abgestellten und freigeählten Kindergarten sein.

Ich selber habe das Thema Betriebseigener Kindergarten 1970 in meinem Schreiben an die Personalräte der Abteilungen der Norddeutschen Landesbank behandelt. Nachzulesen unter www.tristan-abromeit.de Texte/Arbeiten 19.1.10 „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 10 Seite 21“.

Zurück zur Ostsee:

Von drei russischen Torpedos getroffen, sank am 30. Januar 1945 das mit Flüchtlingen überladene ehemalige KdF-Schiff „Wilhelm Gustloff“ in stürmischer Winternacht bei 18 Grad unter Null in der Ostsee. 9343 Menschen darunter 3000 Kinder, fanden dabei den Tod. Nur 1252 überlebten die Katastrophennacht.

Das steht auf der Umschlagseite von dem Buch von Heinz Schön. Diese Tat ist auch unter Kriegsbedingungen der Sowjetunion keine Meldung von einer Heldentat des russischen U-Boot-Kommandanten, sondern von einem Verbrechen, ein Verbrechen wie es sie in anderer Form auch auf deutscher Seite und auf Seiten der westlichen Kriegsgegner – zum Beispiel

durch die sinnlosen Bombardierungen deutscher Städte durch die Engländer⁴⁰ und die Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die US-Amerikaner⁴¹ - gegeben hat. Heldenhaftigkeit hätte in all diesen Fällen durch die Verweigerung erlangt werden können.

Es macht keinen Sinn, Verbrechen gegenseitig aufrechnen zu wollen. Es macht aber auch keinen Sinn, eine Rangfolge der Opfer aufzustellen. Lange genug wurden den deutschen Opfern hinterher gerufen: Ihr habt gelitten, aber ihr habt selbst verschuldet gelitten, weil ihr Hitler zugelassen habt. (Ich wiederhole mich.) Aber Hitler und sein mörderisches System war das Werk der Sieger von 1918 und der deutschen Demokraten der Weimarer Republik und einer Sozialwissenschaft, die ihren Namen nicht verdient hat. Und wir verharmlosen die Vorgänge um den zweiten Weltkrieg, wenn wir die Nazis als die alleinigen Verursacher hinstellen. Der Erste und der Zweite Weltkrieg wie der nicht erklärte Dritte ist ein Gemeinschaftswerk der westlichen Welt. Und diese westliche Welt war und ist lernunwillig in einem Grad, den man böswillig nennen muß.

Jenseits des Aufrechnes

Die Deutschen, der Luftkrieg und die Vertreibung

in diesem Beitrag von Gustav Seibt in der Süddeutschen Zeitung vom 26. Februar 2007 heißt es unter anderem:

... Der Verlust der Heimat, Flucht und Not und - wenn es gut geht - der Gewinn neuen Bodens unter den Füßen, das sind, wie Goethe wusste, archaische Erfahrungen.

Das 20. Jahrhundert fügte solchen archetypischen Situationen eine unerhörte Grausamkeit hinzu. Walter Kempowski hat in seinem jüngsten, Ostpreußen 1944/45 vergegenwärtigenden Roman „Alles umsonst“ den Mahlstrom einer überstürzten Flucht durch vereistes Land als Accelerando des Entsetzens gezeichnet, bei dem es am Ende kein Halten mehr gibt, die bürgerliche Sitte zusammenbricht, und die einzelnen nur noch für sich sorgen.

Wer sich dazu in dem umfassenden und gerechten Standardwerk der polnischen Historikerin Bemadetta Nitschke über „Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949“ (Oldenbourg Verlag, 2004) unterrichtet, der erfährt, dass in Ostpreußen im Januar 1945 die seit Sommer 1944 bereitliegenden Evakuierungspläne so verspätet umgesetzt wurden, dass Übereilung, Frost und die rasch vorrückende Rote Armee ein unermessliches Elend verursachten. Nitschke zitiert eine Quelle aus der großen Dokumentation zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung, die vom Bonner Vertriebenenministerium in den fünfziger Jahren

40 Der Bombenkrieg soll ja schon weit vor dem zweiten Weltkrieg von den Engländern geplant worden sein.

41 Mit dem humanen Umgang unterlegener Gegner tun sich die US-Amerikaner doch heute noch schwer.

erarbeitet wurde:

„Im Hafen drängte sich alles zu den Schiffen. Fürchterliche Szenen spielten sich ab. Der Mensch wurde zum Tier. Frauen warfen ihre Kinder ins Wasser (den anliegenden Booten entgegen), um nur mitzukommen oder um sie in dem Gedränge nicht totquetschen zu lassen.“

Das Buch der polnischen Historikerin ist ein Beispiel dafür, dass die Wissenschaft in Polen und Deutschland jenseits politischer Instrumentalisierungen längst Einigkeit über die Themen Flucht, Vertreibung und Aussiedlung gewonnen hat. Vor allem die Grausamkeit dieses riesenhaften Vorgangs, der insgesamt zwölf Millionen Menschen erfasste und einer historischen Kulturlandschaft das Ende bereitete, ist völlig unstrittig. All das kommt seit ein paar Jahren, angestoßen nicht zuletzt durch die Novelle „Im Krebsgang“ von Günter Grass, vermehrt zur Sprache. Der Weg führte von der literarischen Vergegenwärtigung über die wissenschaftlich-politische Debatte und ehrgeizige Ausstellungen zum massenwirksamen Fernsehfilm, dem Zweiteiler „Die Flucht“, den in dieser Woche Arte und die ARD ausstrahlen. Ganz ähnlich war der Verlauf beim Thema Luftkrieg, das von dem Schriftsteller W. G. Sebald aufgebracht, von dem Historiker Jörg Friedrich breit entfaltet und am Ende im Melodram „Dresden“ zum Fernsehereignis geworden war. ...

... Diese Erfahrungen haben im Zweiten Weltkrieg und unmittelbar danach Millionen Deutsche gemacht. Es gibt wohl überhaupt nur wenige Familien in Deutschland, die nicht in irgendeiner Weise von ihr berührt worden wären. Und diese Erfahrung hat, jenseits von Kausalketten und Schuldzusammenhängen, eine anthropologische Dimension, die älteste Erinnerungsbilder der Menschheitsgeschichte heraufruft: Nie können Menschen wissen, wie fest sie wirklich in ihrem Boden wurzeln und wie sicher ihre Häuser sind. Immer besteht die Möglichkeit, dass sie sich auf einer Straße, im Offenen, auf der Flucht und in Lebensgefahr wiederfinden. Auch in diesem Augenblick ist das die Lage von Millionen Menschen auf dem ganzen Planeten.

Bis hier her war ich Ostern thematisch gekommen, als mich das Thema zu belasten begann und ich nach Entlastung Umschau hielt. (Das Thema hat sich nach Ostern noch erweitert.) Ich griff zu dem bereits erwähnten Buch „Barbel damals ...“. Da das Buch kein Roman ist und ich beim vorherigen Einblick ein Lesezeichen vergessen habe, schlage ich das Buch willkürlich auf und meine Augen bleiben bei der Zeile „Das Jahr 1930 im Weltgeschehen“ auf Seite 120 hängen. Ich lese:

12. März: Mahatma Gandhi beginnt in Ashram (Indien) seinen gewaltfreien Feldzug der Gehorsamsverweigerung gegen die britische Kolonialmacht.

Erst einmal war ich erfreut, daß die Strahlkraft von Gandhi so groß ist, daß er es sogar geschafft hat, in einem Buch über mein Heimatdorf (mit kleinstädtischen Charakter) erwähnt zu

werden. Dann stutze ich aber über die Formulierung „... beginnt in Ashram ...seinen Feldzug“.... Ich denke, der Ashram hat zwar einen Ort, ist aber kein Ort, sondern eine Institution. Mein Gehirn, das sich erholen wollte, fängt wieder an, wie bei einem PC aus dem Standby-Modus in den Aktivmodus hochzufahren. Die Frage tauchte auf, warum komme ich an dieser Stelle auf Gandhi? Ich habe erst einmal verblaßtes Wissen aufgefrischt und im Internet gelesen:

Mahatma

Der [sanskritische](#) Ehrenname *Mahatma* (महात्मा, mahātmā, dt.: „Große Seele“) stammt von dem indischen [Philosophen](#) und [Literaturnobelpreisträger](#) [Rabindranath Tagore](#), der Gandhi bei seiner Ankunft in [Bombay](#) am 9. Januar 1915 so begrüßte. Gandhi tat sich aber schwer mit diesem Beinamen. In seiner [Biografie](#) mit dem Untertitel *Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit* (1927–1929) schreibt er, dass der Titel *Mahatma* für ihn nicht nur keinen Wert, sondern ihn auch oft tief gepeinigt habe.

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Ashram ([Sanskrit](#), m.n., आश्रम, āśrama) bezeichnet ein [klosterähnliches Meditationszentrum](#). Shrama bedeutet *Anstrengung*, die Vorsilbe a- bedeutet *nicht*. Ashram ist also ein Ort, an dem man die Anstrengung loslassen kann.

Damit hängt der Begriff der vier Lebensstadien im [Hinduismus](#) zusammen, den Ashramas. Dies umfasst den Brahmacharin (Schüler), Grihastha (Haushalter), Vanaprastha (sich in die Waldeinsamkeit Zurückziehender) und den Samnyasin (die Erleuchtung Suchender). Der Ort der dritten Lebensstufe, die Walderemitage, in die sich der Familienvater mit seiner Frau zurückzog, um sich durch Studium und Meditation auf die Erlösung [moksha](#) (die Einheit mit Gott und die Befreiung vom Kreislauf der Wiedergeburten [Samsara](#)) vorzubereiten, erhielt die Bezeichnung Ashram.

Den spirituellen Leiter und Führer eines Ashrams nennt man [Guru](#). Daneben gibt es noch andere "Hauptamtliche", die [Yogis](#), die Vorträge halten, [Bhajans](#) singen, [Mantras](#) rezitieren und Gebete sprechen.

Der **Sabarmati** ist ein Fluss im westlichen [Indien](#) mit einer Länge von etwa 371 km.

Er entspringt im [Aravalligebirge](#) im Bundesstaat [Rajasthan](#), fließt dann die längste Strecke durch den Bundesstaat [Gujarat](#), erreicht die Millionenstadt [Ahmedabad](#) und mündet in den [Golf von Cambay](#).

In Ahmedabad, am Ufer dieses Flusses, errichtete [Mahatma Gandhi](#) den [Sabarmati-Ashram](#) als Wohnsitz und begann von hier aus im Jahre 1930 seinen gewaltlosen [Salzmarsch](#) im Kampf gegen die britischen Kolonialherren.

Mohandas Karamchand Gandhi (genannt *Mahatma Gandhi*; [Gujarati](#), [Devanagari](#)

मोहनदास करमचंद गांधी, Mohandās Karamcand Gāndhī; * [2. Oktober 1869](#) in [Porbandar, Gujarat](#); † [30. Januar 1948](#) in [Neu-Delhi, Delhi](#)) war ein [indischer Rechtsanwalt](#), [Pazifist](#), [Menschenrechtler](#) und politischer sowie geistiger Führer der indischen [Unabhängigkeitsbewegung](#), die 1947 mit dem von ihm entwickelten [Konzept](#) des [gewaltfreien Widerstandes](#) das Ende der [britischen Kolonialherrschaft](#) über Indien herbeiführte. Sein Konzept „[Satyagraha](#)“ (Festhalten an der [Wahrheit](#)) beinhaltete neben [Ahimsa](#), der Gewaltfreiheit, noch weitere [ethische](#) Forderungen wie etwa „[Swaraj](#)“, was sowohl individuelle als auch politische Selbstherrschaft bedeutet.

Da mich historische Figuren und Vorgänge vor allem interessieren, um daraus Schlüsse für die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft ableiten zu können, erwähne ich erst einmal meinen Zugang zu Gandhi, um danach Gandhi als Schlüssel zum Thema gewaltlose Gewalt, Verteidigung und Durchsetzungsstrategie zu benutzen, womit ich auch wieder beim Thema Krieg und Terrorismus wäre.

Es war Anfang 1956, als mir meine 1993 neuzigjährig verstorbene mütterliche Freundin Isa Bening empfahl, das Internationale Freundschaftsheim Bückeburg aufzusuchen. Auf meine Frage, was denn dieses Freundschaftsheim betreibe und wer dahin käme, wurde mir sinngemäß gesagt, daß das Freundschaftsheim Friedens- und Versöhnungsarbeit betreibe und mit am Abbau der Ost-West-Spannungen wirke. Es kämen dort vor allem Lehrer, Ärzte, Juristen und Studenten hin. Die erste Aussage gefiel mir sehr gut. Die zweite schreckte mich ab, weil das nun keine Leute waren, mit denen ich sonst verkehrte. In der Sprache meiner Arbeitsumwelt waren das Bürohengste. Ich bin dann auf einem schwedischen Schiff mit europäischer Besatzung als Matrose angeheuert und habe für mich alleine ohne Literatur ⁴² das Thema Militarismus – Pazifismus zu durchdringen versucht. Daß heißt, ich kam zum Ergebnis, daß das Militär nie die Erwartungen erfüllen kann, die man an es stellt, daß aber jeder Einsatz mit Tod und Verwundung Unschuldiger einhergeht.

Ich habe dann ab April 1957 für ein paar Monate als Freiwilliger im Internationalen Freundschaftsheim gearbeitet und gelernt. Gegründet und geführt wurde das Freundschaftsheim von Pastor Wilhelm Mensching soviel ich mich erinnere auf Anregung von André Trocme ⁴³.

42 Im Seesack hatte ich aus meines Vaters Bücherbestand „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“ von Gustav Freitag. Zwischen den Wachen habe ich darin gelesen. Über fünf Seiten bin ich pro Ansatz nicht vor dem Einschlafen hinausgekommen.

43 Unter <http://www.lernzeit.de/sendung.phtml?detail=336923> ist unter anderem zu lesen:

In Chambon sur Lignon, einem kleinen Dorf in der südlichen Auvergne, befand sich im Zweiten Weltkrieg eine Oase der Menschlichkeit. Wer immer in dem von den Nazis besetzten nördlichen Teil Frankreichs oder in dem von Pétain regierten Süden auf der Flucht war, konnte auf Hilfe zählen. ...

Das Zentrum des Widerstandsdorfes bildeten Pfarrer André Trocme und seine Frau Magda.

Pastor Wilhelm Mensching war in Afrika als Missionar und wurde – so aus meiner heutigen Sicht – in Afrika für einen anderen Blick auf die Welt missioniert. Er war in Indien und hat dort den Freiheitskampf Gandhis aktiv verfolgt.⁴⁴ Gandhi gehörte im Freundschaftsheim neben Albert Schweitzer⁴⁵ und Fridtjof Nansen⁴⁶ zu den „Hausheiligen“. Daß der Pazifismus in der BRD im Vergleich zur Wiederaufrüstung keine Chance gehabt hat, kann auch an der Geschichte des Internationalen Freundschaftsheimes abgelesen werden.

Ich selber war damals vor allem ein Suchender. Ich fand, daß ich als Seemann bis dahin nur ein Überseetransportbegleiter (wie sich Seeleute damals selbstironisch bezeichneten) war. Ich kratzte meine Ersparnisse zusammen und kaufte mir ein Faltboot und gab dem Boot den Namen *Mahatma*.⁴⁷ Ich weiß heute nicht mehr, ob ich in der Beschränkung auf den Ehrentitel Gandhis eine Distanzierung zum Ausdruck bringen wollte, ob ich mir selber eine große Seele wünschte oder ob auf dem kleinen Vordeck des Faltbootes kein Doppelname Platz hatte. Jedenfalls hat mich über die Jahrzehnte das Thema gewaltlose Verteidigung und gewaltloser Widerstand begleitet. Ein Sohn hat Zivildienst ein anderer Wehrdienst geleistet und zwei wurden von beiden befreit.

Als aber das Thema *Gandhi* bei mir aktualisiert wurde, fiel mir das von mir noch ungelesene Buch „Gandhis gefährliches Erbe – 480 Millionen im Joch der Tradition“ von Max Mohl ein. Ein erstes Durchblättern ergab aber für mich, daß der Titel für diese Reisebeschreibung wohl unter Absatzgesichtspunkten des Verlages zustande gekommen ist. Das spricht noch nicht gegen das Buch, aber gegen die Verwendung im Zusammenhang mit meinem Thema. Auch kam mir der Kurzbericht meiner Frau – die im IT-Bereich arbeitet – über einen indischen Kollegen wieder in den Sinn. Diesen Inder hat sie als einen sanften Menschen erlebt, als sie aber Mahatma Gandhi ins Gespräch gebracht hatte, wäre er fast explodiert. Der Grund: Gandhi wäre für die Auflösung des Kastenwesens eingetreten. Wir ersehen daraus, daß die Menschen, die wir uns in Deutschland im Ausland als Vorbilder oder Helden aussuchen, nicht unbedingt auch in deren Heimatländer generell als Vorbilder und Helden gelten.

Dann sind da auch noch Erinnerungen an den Film von Richard Attenborough über das Leben Mahatma Gandhis in meinem Kopf. „Mit acht Oscars wurde der monumentale Film ausgezeichnet.“⁴⁸

(Dazu ein Hinweis: Per Post kam von der Evangelischen Akademie Loccum eine Einladung

44 <http://www.bautz.de/bbkl/m/mensching.shtml>

45 <http://www.uni-giessen.de/~gk1415/Albert-Schweitzer.htm>

46 <http://www.bujack.de/berichte/historie/nansen.htm>

47 Ich bin damit auch nach Schweden gepaddelt und gesegelt, aber das ist eine andere Geschichte.

48 http://www.dieterwunderlich.de/Attenborough_Gandhi.htm#com

zu einer Tagung mit dem Thema „Zeitgeschichte als TV-Event / Erinnerungsarbeit und Geschichtsvermittlung im deutschen Fernsehfilm“ (13. bis 15. 7.2007) www.loccum.de)

Ostern, als das geschichtliche Ereignis Gandhi wieder in meinem Kopf lebendig wurde, war mir auch gleich wieder das kleine Buch „Mahatma Gandhi“ des Freiwirtes und Lebensreformers Werner Zimmermann gegenwärtig. Werner Zimmermann – der Weltbürger - ist der zweite Mensch, dem ich begegnet bin, der Gandhi persönlich kennen gelernt hat. Ich will aber jetzt nicht versuchen, das Buch zu referieren, vielleicht findet man den Text unter www.geldreform.de.

Ich will jetzt das Thema aus einer anderen Perspektive weiter verfolgen, weil ich das Ereignis *Gandhi* wie das Ereignis *Hitler* für das Ergebnis unterschiedlicher politischer Fehleinschätzungen und -entscheidungen halte. Mit und durch Gandhi wurde uns ein anderer Weg aus Ungerechtigkeit und Unterdrückung gezeigt. Aber wenn die Menschheit nur darauf wartet, daß ihr durch Gott, Spiritualität oder einen Weltgeist neue Gandhis geboren werden, muß sie wahrscheinlich erleben, daß die Geschichte auf einen Gandhi zehn oder hundert Hitler oder Stalins nach oben spült. Die Vernunft muß also planen, damit sich das Verhältnis von geistigen Führern zu mächtigen Gewalt-Verführern, von gewaltloser Gewalt zur zerstörerischen Gewalt umkehrt. Und vor allem müssen wir uns Gedanken darüber machen, was zu tun ist, wenn der gewaltlosen Gewalt ein Befreiungsakt gelungen ist und der folgende Friede dauerhaft zu sichern ist.

An dieser Stelle angekommen, hat der Alltag einmal wieder eine Unterbrechung meines Schreibflusses erzwungen. Zwischenzeitlich hat der G-8-Gipfel im Ostseebad Heiligendamm stattgefunden und der Evangelische Kirchentag in Köln geht heute am 10. Juni zu Ende. Man kann nicht sagen, daß die Menschen in unserer Zeit sich gleichgültig gegenüber den Zuständen in der Welt verhalten. Sowohl auf Regierungsebene großer Staaten, wie bei den Massen der ProtestlerInnen gegen den G-8-Gipfel⁴⁹, und auch bei dem kirchlichen Großereignis *Kirchentag* war das Thema Globalisierung, ihre Chancen und negativen Folgen zentrales Thema. Unsere Bundeskanzlerin sagte laut www.heute.de/ZDFheute nach dem G-8-Gipfel auf dem Kirchentag:

49 Diese Massen sind gesamtgesellschaftlich gesehen trotzdem eine kleine Minderheit. Das Denken der Protestler reicht vermutlich aber weit in die schweigende Mehrheit hinein.

Heiligendamm sei „ein guter Schritt, nicht mehr und nicht weniger.
Wir müssen aufhören so zu tun, als gebe es Erlösungsereignisse in diesem Prozess“.

Nein Erlösungsereignisse gibt es bestimmt nicht, aber wenn der Prozeß zur Weltwohlfahrt in Freiheit und Gerechtigkeit von Erfolg gekrönt sein soll, dann muß erst einmal der Prozeß der Verdrängung von Fakten gestoppt und die Kirchen müssen sich ihrer Gefangenschaft in ökonomischen und staatlichen Strukturen bewußt werden, bevor ein positiver Prozeß der Weltentwicklung einsetzen kann.

Wenn politisch-ökonomische Systeme für die Gesellschaften zur Drangsal werden, dann kommt es bisher nur ausnahmsweise zu einem Befreiungsakt, wie in Indien unter Führung von Gandhi. Und ein solcher Erfolg wird nie von Dauer sein, wenn nicht vorher schon über Strukturen für die Zeit danach nachgedacht wurde, die Wohlstand und Freiheit dauerhaft ermöglichen. Die Regel ist noch immer, daß die Gesellschaften auf fundamentale Ungerechtigkeit und Unzulänglichkeit mit der Entwicklung von Gewaltssystemen mit ideologisch ausgeschmückten Idealen reagieren. Die Geschichtsbücher stehen voll davon. Heute in der globalisierten Welt kommt es weniger zu nationalen Erhebungen, als vielmehr zu Erhebungen in Form des Terrorismus, wobei nicht immer auszumachen ist, ob der staatliche oder der „private“ Terrorismus der verwerflichere ist. In beiden Fällen hat aber der Terrorismus seine Ursache in einem falschen Denken und Handeln der staatlichen Willensbildungszentren, in Demokratien in den Parlamenten. Wer also den Terrorismus wirklich bekämpfen will, muß das falsche Denken und Handeln in den Parlamenten bekämpfen. Das ist unbequem, aber doch wahr. Es ist auch eine Illusion zu glauben, eine Sache sei deshalb schon gut, weil sie aufgrund einer vermeintlichen oder tatsächlichen demokratischen Abstimmung zustande gekommen sei. Ein Krieg z. B. – von einer Diktatur oder von einer Demokratie erklärt – bleibt immer ein Verbrechen gegenüber den Opfern, die sich gegen das Geschehen nicht wehren konnten.

Es war ihr erster Termin nach dem G-8-Gipfel, und die Zufriedenheit über die Ergebnisse war Angela Merkel anzumerken: Eloquent, locker und entspannt plauderte die Kanzlerin mit dem Friedensnobelpreisträger [Mohammed Yunus](#) und dem Generalsekretär der Gesamtkonferenz der afrikanischen Kirchen, Mvume Dandala, über Welt-handel und Gerechtigkeit. Dabei ließ sie zumindest nicht oft gehörte Worte hören: "Die ärmsten Länder haben nur dann eine Chance, wenn es faire Handelsbedingungen gibt", sagte die Bundeskanzlerin - und durfte sich des Beifalls der Kirchentagsbesucher sicher sein. (ZDF wie oben)

Was ist aber gerecht und was sind faire Handelsbedingungen? Erst einmal zur Bedeutung der Gerechtigkeit mit den Worten von Henry George ⁵⁰:

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weisheit ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Mohammed Yunus, Bankier, Wirtschaftsprofessor und Friedensnobelpreisträger sagt:

Globalisierung ist nicht per se schlecht, aber sie darf keine Einbahnstraße sein. Sie muss beidseitig funktionieren.

Angela Merkel trifft sich inhaltlich sicher mit Mohammed Yunus, wenn es beim ZDF heißt:

Merkel sagte, das Geld müsse so ausgegeben werden, dass es da ankomme, wo die Menschen es bräuchten. Die richtigen Systeme müssten geschaffen werden. "Man kann mit ganz viel Geld auch ganz wenig erreichen."

Yunus sagt:

Das Geld darf nicht nur von den Regierungen verteilt werden. Wir in Bangladesch zum Beispiel stehen in der Welt an erster Stelle in Sachen Korruption. Das hat "Transparency International" ausgerechnet. Hilfgelder dürfen nicht in die Hände von Politikern geraten. Im Klartext: Das Verteilungs-System muss geändert werden. Man kann keine Mangos auf einem Orangenbaum ziehen. Das geht nicht. Mit demselben System kommen immer dieselben Probleme unten raus. Man darf nie vergessen, was für eine Art Baum man hat.

Ich weiß nicht, was für einen System-Begriff Merkel und Yunus verwenden. Bei Merkel befürchte ich, daß sie in Kategorien von Organisation denkt. Bei Yunus könnte man herauslesen, daß er darüber hinaus denkt und zu dem Kern des Problems, nämlich unserer Geldverfas-

⁵⁰ Ich habe dieses Zitat schon mehrfach benutzt, weil es mir so klar erscheint und Verstöße gegen die darin liegende Wahrheit mir eben als Ursache von Unfrieden und Terrorismus erscheinen. Entnommen *Fragen der Freiheit* Heft 245 10-11. 1997, siehe www.SffO.de

sung vordringt, die bisher eine vorrangige Quelle von Ungerechtigkeit ist.

Pierre Joseph Proudhon sagt: Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit.

Wir haben also (unerschrocken) zu fragen: Was verhindert die Gegenseitigkeit? Bei der Suche nach der Antwort werden wir weitere Fragen stellen müssen: Was ist Kapitalismus, was ist Marktwirtschaft? Wodurch rechtfertigt sich das Patentrecht? Wieso faßt man die Menschen in Zwangskollektive zusammen, wenn man Freiheit will? Warum gibt es nicht Freiheit in sozialer Sicherheit? Warum gibt es keine Bildungsautonomie in eigener Verantwortung? Wie kann der Anspruch, daß alle Menschen mit gleichen Rechten geboren werden, sich realisieren, wenn die Erde und ihre Schätze nur wenigen gehören? Wie kann der Mensch Freiheit für sich beanspruchen, wenn er die Verantwortung dafür anderen aufbürden will? Und die entscheidende Frage an Weltverbesserer aller Art: Läßt sich die Ungerechtigkeit bei uns in aller Welt ohne Analyse, dafür mit fleißigem Gebrauch von Schlagworten wie Sozialdarwinismus, Neoliberalismus, Privatisierung der Macht und Globalisierung aufheben?

Proudhon beschreibt die Gefahren bei der Suche nach den Lösungen wie folgt:

Die unglücklichste Kombination, die kommen könnte, ist die, daß der Sozialismus sich mit dem Absolutismus verbindet; die Bestrebungen des Volkes nach ökonomischer Befreiung und materiellem Wohlstand mit der Diktatur und der Konzentration aller politischen und sozialen Gewalten im Staat. — Mag uns die Zukunft schützen vor der Gunst des Despotismus; aber bewahre sie uns vor den unseligen Konsequenzen und Verdummungen des doktrinären oder Staatssozialismus ... Es kann nichts Lebendiges und Menschliches gedeihen außerhalb der Freiheit, und ein Sozialismus, der sie aus seiner Mitte verstieße oder sie nicht als einziges schöpferisches Prinzip und als Basis annähme, würde uns geradewegs in die Sklaverei und die Bestialität führen.

Das Zitat habe ich übernommen aus: *Föderalismus – Die Demokratische Alternative, eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff* von Karl Hahn, 1975. Wenn wir unsere Gesellschaften von ihren freiheitlichen Möglichkeiten durchdenken, dann merken wir erst, wie weit wir noch im Totalitarismus verhaftet sind. Wir merken es im Alltag nur nicht so direkt, weil wir den Blockwart noch nicht wieder eingeführt haben.

Bei Karl Hahn ist über und von Proudhon zu lesen:

Proudhon als Theoretiker der Revolution

Diese die Idee des Rechts und die Demokratie im Föderalismus miteinander vermittelnde politische Konzeption versteht Proudhon zudem noch als eine Theorie der Revolution: „Meine Tätigkeit und meine Ideen haben nur die Revolution zum Ziel. Ich werde daher immer nur von der Revolution sprechen.“⁵¹ Und für Proudhon ist auch die politische Theorie revolutionäre Praxis, denn: „Von dem Augenblick an, wo der Mensch die Motive des souveränen Willens untersucht, ist er Revolutionär.“ Durch die methodisch und systematisch durchgeführte kritische Reflexion der Gesellschaft „weicht die Souveränität des Willens (sc. der autokratischen Willkür) vor der Souveränität der Vernunft, um schließlich in einem wissenschaftlichen Sozialismus zu vergehen.« Doch: „Wer Sozialismus sagt, meint Föderalismus, oder er sagt immer noch nichts!“

Proudhon stellte sich ganz bewußt in die Tradition der Französischen Revolution, die zu interpretieren, zu kritisieren, um sie von konterrevolutionären Beimischungen zu reinigen, und zu vollenden er als seine Aufgabe ansieht. Die welthistorische Bedeutung dieser Großen Revolution kommt Proudhons Aussagen zufolge der durch Jesus Christus initiierten und in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten vollzogenen Revolution gleich:

„Die Revolutionen sind die aufeinander folgenden Kundgebungen der Gerechtigkeit in der Menschheit. — Deshalb hat jede Revolution ihren Ausgangspunkt in einer früheren Revolution.

Wer also von Revolution spricht, der spricht notwendig von Fortschritt, spricht eben dadurch von Konservation. Daraus folgt, daß die Revolution in der Geschichte permanent ist und daß es eigentlich nicht mehrere Revolutionen gibt, sondern nur eine einzige, nämliche und fortwährende Revolution.

Vor achtzehn Jahrhunderten hieß die Revolution Evangelium oder frohe Botschaft. ... ihr Wahlspruch: Die Gleichheit aller Menschen vor Gott. ... Das Christentum schuf das Völkerrecht, die Brüderlichkeit der Nationen; kraft seiner Grundlehre und seines Wahlspruches wurden gleichzeitig der Götzendienst und die Sklaverei abgeschafft.

Gewiß wird man heutzutage nicht in Abrede stellen, daß die Christen, diese Revolutionäre, die mit dem Worte und dem Märtyrertum kämpften, Männer des Fortschrittes waren; ich setze hinzu, daß sie Männer der Erhaltung (Konservative) waren.

51 Quellen und Anmerkungen im Original nachsehen. TA

... Die Menschheit war verloren — da wurde sie gerettet durch
Christus ...

Das war der Charakter der ersten und größten unter den Revolutionen, Sie erneuerte die Welt, und durch diese Erneuerung erhielt (konservierte) sie dieselbe.

Aber so übersinnlich und geistig diese Revolution auch war, so drückte sie doch nur die materiellste Seite der Gerechtigkeit aus, die Befreiung der Leiber, die Abschaffung der Sklaverei. ... Tausend Jahre nach Christus' Erscheinen begann im Schoße der von ihm gestifteten Religion eine unbekanntere Bewegung, das Vorspiel eines neuen Fortschritts. ... Im sechzehnten Jahrhundert brach die Revolution aus.

Damals nahm die Revolution, ohne ihre erste Richtung aufzugeben, ohne sich selbst zu verleugnen, einen anderen, einen schon berühmt gewordenen Namen an; sie nannte sich die Philosophie. Sie hatte zum Grundsatz die Freiheit der Vernunft, und (man darf es wohl sagen, da das Eine die unmittelbare Folge aus dem Anderen ist) zum Wahlspruch die Gleichheit Aller vor der Vernunft.

Das war die zweite Revolution, die zweite große Kundgebung der Gerechtigkeit. Auch sie verjüngte die Welt; sie rettete, erhielt dieselbe . . .

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann also eine neue Bewegung; und wie die erste Revolution religiös, die zweite philosophisch gewesen war, so wurde nun die dritte Revolution politisch. Sie hieß der Gesellschaftsvertrag!

Zum Grundsatz nahm sie die Volkssouveränität: Ihr Wahlspruch war die Gleichheit vor dem Gesetz; es war dies der Folgesatz aus denen, die sie früher auf ihre Fahne geschrieben hatte: Gleichheit vor Gott und Gleichheit vor der Vernunft.

So erscheint uns also bei jeder Revolution die Freiheit stets als das Werkzeug der Gerechtigkeit, und die Gleichheit als deren Kennzeichen. Der dritte Punkt ist der Zweck der Gerechtigkeit; dieser Zweck, den man stets verfolgt, dem man sich immer mehr genähert hat, ist die Brüderlichkeit.

Verlieren wir diese Ordnung der revolutionären Entwicklung niemals aus dem Auge. Nach dem Zeugnis der Geschichte zwingt die Brüderlichkeit, der Revolutionen höchster Endzweck, sich nicht auf;

sie hat zur Bedingung die Freiheit voraus, dann die Gleichheit. Als wenn die Gerechtigkeit zu uns Allen sagte: Menschen, seid frei; Bürger, werdet gleich; Brüder, umarmt euch!

. . . Die Revolution von 1789 war die Rettung der Menschheit; deshalb verdient sie auch den Titel Revolution. ...

- Revolution von 1848, wie heißt du?
- Ich heiße das Recht auf Arbeit.
 - Was ist deine Fahne?
 - Die Assoziation!
 - Dein Wahlspruch?
- Die Gleichheit vor dem Vermögen.
 - Wohin führst du uns?
 - Zur Brüderlichkeit! ...

So ist also die Revolution, nachdem sie der Reihe nach religiös, philosophisch, politisch gewesen, ökonomisch geworden. Und wie all ihre Vorgängerinnen, ist sie nichts Geringeres als ein Widerspruch gegen die Vergangenheit, eine Art Umsturz der hergebrachten Ordnung, den sie mit sich führt! Ohne diese vollständige Umkehr von Prinzipien und Glaubenssätzen gibt es keine Revolution, gibt es nur Mystifikation." (S. 27 ff.)

Und wenn wir uns dann den nachfolgenden Text ansehen, den man ruhig zweimal lesen sollte, um ihn in seiner Tragweite zu begreifen, dann haben wir dort gedanklich eine weitere Seite der ewigen Revolution, die das Thema Freiheit, Gleichheit und Bürgerlichkeit erneut aufnimmt. Der Text ist aus dem Werk von Silvio Gesell mit dem Titel „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ und am Beginn des vorigen Jahrhunderts geschrieben. Nun kann man einwenden, daß es wenig sinnvoll ist, daß die Menschen auf dem Globus sich alle vermischen und je nach Umständen einmal hierhin dann wieder dorthin schwappen, so wie es wenig sinnvoll ist, daß die Menschen einer Stadt sich alle auf den Weg in den Stadtpark machen, weil sie alles zertrampeln würden. Nur was treibt denn die Menschen heute – abgesehen von jenen, die von Fernweh oder Neugierde getrieben werden – dazu ihren Wohnort und ihre Heimat zu verlassen. Es sind in der Regel die ökonomischen Notstände und die dadurch ausgelösten Kriege und sozialen Notstände. Die Welt wird bei völliger Freizügigkeit wesentlich weniger Emigranten haben als heute, wenn sie die gleichen Anrechte an die Mutter Erde haben und wenn auch die Beschäftigungsprobleme nach vorhandenen Einsichten gelöst sind.

1. Der Sinn des Wortes Freiland

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche, aufgehoben werden.
2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen — ohne Unterschied der Rasse der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.
3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkung zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.
4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke „englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum" usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die „englische Kohle", das „amerikanische Erdöl" und das „deutsche Kali".
5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.
6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.
7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.
8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff

einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan, und für vogelfrei erklärt.

9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

Ein E-Mail-Korrespondenzpartner aus Portugal sandte mir das Interview der „Wirtschaftswoche“ aus der Ausgabe Nr. 23, 2007 mit dem ugandischen Entwicklungsexperten „Andrew Mwenda über die guten Absichten der reichen Länder und die schädlichen Nebenwirkungen ihrer Politik“. Der Titel: „Stopp der Entwicklungshilfe“. Die Kopie ist nicht gut gelungen. Ich empfehle daher auf das Internet zurückzugreifen:

<http://www.wiwo.de/pswiwo/fn/ww2/sfn/buildww/id/2178/id/274361/SH/377202108da7818002e25a8bc011f1/depot/0/index.html>

Ich will hier eine Aussage aufgreifen:

WiWo (rolf.ackermann@wiwo.de):

Nicht nur Sachs, auch viele Prominente wie die Popstars Bono oder Bob Geldof setzen sich für mehr Hilfe ein...

...mit zweifellos guten Absichten. Aber in ihrem Bedürfnis zu helfen, schaden sie dem Kontinent, indem sie dafür sorgen, dass korrupte Regierungen gepampert werden. Der Weg zur Hölle war schon immer mit guten Vorsätzen gepflastert.

Wo liegt das Problem, wenn doch die Absichten gut sind?

Diese Leute verstehen nicht, dass Barmherzigkeit nie eine Lösung für Armut sein kann. Wenn Sie in Berlin einem Bettler zwei Euro geben, oder 100 oder 1000 – glauben Sie wirklich, Sie hätten seine Probleme gelöst? Was es wirklich braucht, ist ein stabiles Umfeld für Investoren aus dem Ausland, aber auch aus Afrika selbst. So besitzen die Nigerianer 60 Milliarden Dollar Auslandsvermögen. Die Regierungen müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in ihrem eigenen Land investieren statt im Ausland.

Entwicklungshilfe wird in der Tat vielfach aus Barmherzigkeit, also aus Nächstenliebe betrieben, sicher auch um ein schlechtes Gewissen zu beruhigen oder eine politisches Geschäft zu machen. In der Wirklichkeit wird es wohl immer so sein, daß jedes ökonomische System und sei es noch so gut in Einzelfällen der Korrektur durch die Barmherzigkeit bedarf. Aber richtig ist auch, daß die Barmherzigkeit nicht eine tiefgreifende Struktur- und Institutionen-Änderungen ersetzen kann. Wer sich also nur in Barmherzigkeit übt und keinen Blick für Strukturveränderungen entwickelt, wirkt gegen die eigenen Intentionen der Nächstenliebe.

Wichtig erscheint mir auch mit der Entwicklungshilfe bei den Hilfe bedürftigen privaten Per-

sonen und Erwerbsgemeinschaften anzusetzen. Vor dem oben zitierten Ausschnitt heißt es in der WiWo:

Wollen Sie damit sagen, dass die gesamte Entwicklungshilfe nichts bringt?

Sie schadet sogar. Denn die Hilfe kommt Regierungen zugute, die ihre Länder zugrunde gerichtet haben. Sie belohnt schlechtes Regieren und verhindert dadurch notwendige Reformen. Ich frage mich, warum deutsche Steuerzahler den luxuriösen Lebensstil afrikanischer Diktatoren finanzieren. Wenn ich Deutscher wäre, würde ich eine Massenbewegung gegen Entwicklungshilfe ins Leben rufen und den Menschen klar machen, dass Entwicklungshilfe schädlich ist.

Es ist zwar bequemer hierarchisch von oben nach unten Spenden zu verteilen, auch wenn unten nichts mehr ankommt. Effektiver ist es aber, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, Nachfrage nach begehrten Gütern zu halten und dadurch eine effektive Mitbestimmung am gesellschaftlichen Geschehen zu fördern. Sobald Institutionen subventioniert werden, entstehen Erbhöfe und der Wettbewerb bleibt auf der Strecke oder wird wenigstens behindert. Auch sollte eine Hilfe zur Selbsthilfe nicht beliebig als Geschenk gewährt, sondern wo immer möglich, auf eine Gegenleistung⁵² geachtet werden, weil sich sonst einfach das Anspruchsdenken, das eigene Anstrengungen verneint, festsetzt. Da es den hungernden und chancenlosen Kindern und jungen Menschen von heute wenig nutzt, daß ihr Gemeinwesen sich vielleicht in 30 Jahren insgesamt entwickelt hat, ist eine individuelle, privatrechtliche Entwicklungshilfe ohne Bereicherungs- und Störungsfallen nach wie vor sinnvoll. Auch sei daran erinnert, daß die Gewerbetreibenden, die bei uns nach dem Krieg einen Kredit oder eine Schenkung von Verwandten aus dem westlichen Ausland erhielten, es für einen Neustart wesentlich leichter hatten, als diejenigen, die nicht mehr investieren konnten, wie sie aktuell an Nettoerträgen einnahmen.⁵³

Wenn wir auch Proudhons These von der einen und ständigen Revolution akzeptieren, so spricht noch nichts dafür, daß sie ab heute friedlich verlaufen wird. Die verharrenden gesellschaftlichen Kräfte und jene, die auf Veränderung drängen, werden sich weiter verhaken und

52 Gemeint sind mit Gegenleistung nicht die Zinsströme für Kredite, die den reichen Norden schon jetzt bereichern. Zinsen sind kein Leistungs- sondern im Wesentlichen Monopoleinkommen aufgrund von Konstruktionsfehlern in den Geldverfassungen.

53 Zu dem ganzen Komplex siehe auch: „Warum Afrika dank Entwicklungshilfe im Elend verharrt Von Thilo Thielke, Nairobi“ und die Leserkommentare dazu// „Der G-8-Gipfel bringt Afrika ein neues 60-Milliarden-Programm zur Krankheitsbekämpfung. Doch das Geld schadet mehr, als dass es hilft. Rocksänger und Politiker sollten sich lieber auf Musik und Ausschussarbeit konzentrieren, statt Afrika mit ihrer schrecklichen Philanthropie heimzusuchen.“ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,487746,00.html>

reiben bis es zur offenen Auseinandersetzung kommt, die wir heute sowohl als politische fruchtlose Rangelerei wie auch als Terrorismus erleben. Die Zustände lösen sich nicht von selber auf. Der Bewußtwerdungsprozeß der Zusammenhänge ist für alle anstrengend und manchmal sicher auch schmerzlich.

Dieses Bewußtsein von den neuen Notwendigkeiten ist ja auch schon ganz oben in der Politik angekommen, wenn es hier wegen des Machterhaltes auch besonders schwer ist, gradlinig und konsequent zu handeln. Unser Bundespräsident Horst Köhler sagte auf dem Ev. Kirchentag laut www.zdf.de u.a. folgendes:

„Wir müssen für diese internationalen Organisationen ein Mandat definieren, das da heißt: Ihr seid verpflichtet, dem Gemeinwohl der ganzen Welt zu dienen, und nicht nur den Shareholdern in den USA und Europa.“

Köhler forderte, Europa solle Rohstoffverträge mit Afrika schließen. Der Hauptteil der Einnahmen müsse den Afrikanern zu Gute kommen. „Ich habe aber die Sorge, dass Afrika wieder mal überrollt wird, weil die großen Mächte eigentlich nur an den Rohstoffen interessiert sind und nicht an der Bevölkerung. Das wäre historisches Fehlverhalten.“

Und in der HAZ vom 11. Juni 2007 heißt es unter dem Titel „Die Gipfelkönigin und der Bürgerpräsident“ u.a.:

... So wird auch Bundespräsident Horst Köhler hier empfangen, den das Publikum geradezu frenetisch begrüßt. Nicht nur, weil er sofort den orangefarbenen Kirchentagsschal anlegt, sondern auch, weil er sich in europäischer Selbstkritik übt. „Beschämend“ nennt er es, wie etwa die Europäer durch ihre eigenen Agrarsubventionen die Märkte Afrikas ruinierten. „Ich will kein Nestbeschmutzer sein - aber wenn sie sich anschauen, wie die Fischereiverträge aussehen, die die Europäische Union mitaushandelt, dann ist das auch beschämend: Die Fische werden vor der Küste abgefischt, den Afrikanern bleibt nix, sodass sie nach Europa fliehen müssen.“

Das Publikum ist begeistert. Ein bisschen Nestbeschmutzung von staatstragender Seite wird im Protestantismus gern beklatscht.

1980 formulierte ich für die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe der GRÜNEN zum Programmkongreß in Saarbrücken unter dem Gliederungspunkt Landwirtschaft und Fischerei:

Der Raubbau an den Fischbeständen durch Einsatz von massenhaftem Einsatz von

Großschiffeinheiten ist genauso unerträglich wie die willkürliche Ausdehnung der nationalen Hoheitszonen. Beide Maßnahmen sind dem Völkerfrieden abträglich. Die Chancengleichheit der Fischer verschiedener Nationen ist zu wahren oder wieder herzustellen. Dies kann z. B. dadurch geschehen, daß die von internationalen Gremien festgesetzten Fangmengen meistbietend mit bestimmten Auflagen z. B. Der Maschengröße der Netze versteigert werden. Die eingenommenen Gelder werden dann für den Bestandsschutz oder die Bestandsvermehrung (z. B. durch Fischzucht-Pilotprojekte) eingesetzt. Die Verwertung von hochwertigem Speisefisch für Mastzwecke muß durch den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen erschwert werden. Die Beeinträchtigung der Fischvermehrung durch die Meeresverschmutzung muß durch einen besseren Meeresschutz abgebaut werden.⁵⁴

Der Bundespräsident ist auf dem richtigen Wege, aber noch lange nicht inhaltlich bei dem angekommen, was Gesell und andere Bodenrechtsreformer vorgezeichnet haben und wo das Wettbewerbsdenken zu Hause ist. Auf eine andere politische Größe – die in der Hierarchie gesunken in der Argumentation gestiegen ist – verweist die Zeitschrift Humanwirtschaft. Zu erreichen unter:

<http://www.humanwirtschaft-online.de/2007-06-03/geissler-fordert-neue-wirtschaftsordnung.html>

Geissler fordert neue Wirtschaftsordnung

Der körperlich und geistig noch immer topfitte Heiner Geissler muss seinen Kameraden bei der CDU zunehmend Sorgen bereiten. In Talkshows häufig gesehen und gerne eingeladen nimmt er immer dezidierter Stellung und schlägt dabei sehr soziale Töne an.

Seit jüngstem ist Heiner Geissler [Mitglied der Globalisierungsgegner attac](#). Da wird mancher CDU-Verantwortliche mit dem Beissholz im Büro gesessen haben, als er das erfuhr. Und Heiner Geissler wird der klaren Worte nicht müde. Dabei trifft er nicht nur den Geist der Zeit, sondern er stärkt mit seinem Engagement das Selbstbewusstsein der Aktiven, die sich für eine bessere Welt und mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Hut ab, Herr Geissler. Achten Sie einmal auf Maybrit Illner als sie bemerkt, dass Heiner Geissler "revolutionäre" Töne anschlägt:

Im Videotext der ZDF-Talkshow Maybrit Illner am 31. Mai 2007 sagt Heiner Geißler:

Immer mehr Menschen erleben, dass sie in einem Wirtschaftssystem leben müssen, das ausschließlich und allein den Kapitalinteressen dient und über die Interessen der Menschen und der Natur einfach hinweggeht. Das ertragen die Menschen nicht mehr – vor allem junge Leute, die das ganze Leben vor sich haben. Aufgrund dieser Entwicklung haben 300 Menschen ein Vermögen von 1 Billion Dollar

54 Siehe unter www.tristan-abromeit.de , Texte / Arbeiten, Nr. 2.0

zusammengenommen. Das ist aber genauso viel, wie die Hälfte der Menschheit – nämlich 3 Milliarden (Menschen) – an jährlichem Einkommen hat. Ein solcher Zustand ist unhaltbar. Ein solches Wirtschaftssystem ist nicht konsensfähig, es ist undemokratisch und muss ersetzt werden durch eine neue Wirtschaftsordnung.

(Wiedergabe des gesprochenen Wortes durch die Redaktion Humonde c/o Thomas Seltmann Klopstockstraße 2 / 10557 Berlin seltmann@humonde.de)

Unter dem Stichwort Heiner Geißler ist bei Wikipedia u.a. zu lesen:

Kritik am Marktradikalismus

Später zeichnete sich Geißler durch verhältnismäßig liberale, teilweise auch linke Positionen aus, wobei er Gegner und Parteifreunde, die nicht seiner Auffassung sind, als „ultrakonservativ“, „turbokapitalistisch“, „neoliberal“, „rückwärtsgewandt“ oder „von gestern“ bezeichnete. Basierend auf seiner Kritik erklärte er in einem Interview mit [Spiegel Online](#) im Mai 2007 seinen Beitritt zur [globalisierungskritischen Organisation Attac](#). Er erklärt dies mit der von Attac angestrebten „friedlichen Entwicklung der Menschheit“, die er unterstützen wolle. Eine Mitgliedschaft in der [CDU](#) spreche nicht gegen ein Engagement als Globalisierungskritiker. [\[1\]](#)

„Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist nicht konsensfähig und zutiefst undemokratisch, es muss ersetzt werden durch eine neue Wirtschaftsordnung.“

– Heiner Geißler: in der Sendung „Razzien und Randale – Wie weit dürfen Staat und Demonstranten gehen?“ von Maybrit Illner am 31.05.2007

In einem Interview mit dem [Zuender](#) in Kalenderwoche 21, 2007 bezeichnete Geißler ein Wirtschaftssystem, „in dem Hedgefonds unkontrolliert arbeiten können, sogenannte Geier-Fonds riesige Gewinne auf Kosten hochverschuldeter afrikanischer Länder machen und in dem der Börsenwert eines Unternehmens umso höher steigt, je mehr Arbeitnehmer wegrationalisiert werden“, zudem als „krank, unsittlich und ökonomisch falsch“. Der Kapitalismus sei, da er „keine Werte jenseits von Angebot und Nachfrage“ kenne, genauso falsch wie der Kommunismus. Ein Vorbild für einen zu findenden neuen Mittelweg könne zwar „die alte deutsche soziale Marktwirtschaft“ sein. Da die Märkte jedoch bereits globalisiert seien, könne der Nationalstaat als solcher hierfür keine mehr Lösungen bieten, vielmehr müsse sich im Gegenzug auch die Politik internationalisieren. Impulse dafür müssten allerdings - anstelle eines nationalstaatlichen Zentralismus - von regionalen, unterstaatlichen Ebenen ausgehen; denn: „Nur sie können Heimat vermitteln, nur dort können sich Menschen wiederfinden.“ Doch habe die [EU](#) als überstaatliche Organisation aufgrund ihrer übermäßigen Wirtschaftsorientierung bei der Bevölkerung an Vertrauen verloren.

Das, was hier über Geißlers ökonomische Ansichten gesagt wird, klingt für Ohren, die endlich eine ökonomisch bessere Melodie hören wollen, sicher angenehm. Mir fehlt hier die analyti-

sche Schärfe. Sicher ist der Kapitalismus genauso falsch wie der Kommunismus, aber ist Kapitalismus = Marktradikalismus? Wenn wir den schlanken Staat und die ökonomische Selbstbestimmung der Bürger wollen, dann können wir gar nicht genug an marktwirtschaftlichen Güter- und Leistungsaustausch haben, denn dieser kann nur im größeren Umfang zentralistische Zuteilungssysteme ersetzen. Das Geben und Nehmen ohne Preise und ohne zugeteilte Berechtigungen ist als Ergänzungssystem sicher immer notwendig, kann aber nicht genügend ökonomischen Antrieb geben, um eine befriedigende Leistungs- und Güterversorgung sicher zu stellen. Wer also keine Zentralverwaltungswirtschaft will und nicht in Kauf nehmen will, daß die Gesellschaft durch ein generelles Schenkungssystem in Armut versinken soll, muß sich schon für das marktwirtschaftliche System entscheiden und es voll funktionsfähig machen. Dies alles bedeutet nicht, daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung keine Inseln kommunistischer oder genossenschaftlicher Art existieren können. Man muß sich nur klar sein, daß dort, wo keine vom Wettbewerb diktierten Preise mehr herrschen, moralische Normen die Herrschaft antreten müssen und Moralität wird dabei nicht vermeidbar sein. Das heißt aber wiederum nicht, daß das marktwirtschaftliche System ohne Moral funktioniert. Der Kapitalismus in seiner privatrechtlichen und staatlichen Variante ist der systemimmanente Feind der Marktwirtschaft. Der Kapitalismus bezieht das Kapitaleinkommen aufgrund von Privilegien und Monopolen und verstößt so gegen die Entlohnung von Leistung im marktwirtschaftlichen Sinn. Er verkürzt das Arbeitseinkommen mit der Folge der Verwerfungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Eine friedliche Entwicklung der Menschheit im System des Kapitalismus ist nicht möglich, weil der Kapitalismus auf Dauer das zerstören muß, was er in der Startzeit einer Ökonomie gefördert hat. Da die Dominanz im Kapitalismus (ein Überlagerungssystem der Marktwirtschaft) der Kapitalertrag ist, sind gesättigte Märkte sein Feind und er muß Wachstumsmärkte erschließen und seien es solche, die den Menschen den Tod bringen.

Es ist auch nicht so, daß die Menschheit aufgrund der Globalisierung keine Chance mehr hat, nationale oder regionale ökonomische Regelungen zu treffen. Bei dem neuen erforderlichen Bodenrecht, daß die Nutzung der Erdoberfläche, der Bodenschätze, der Meere und den Luftraum einschließt, ist in der vollen Entwicklung sicher nur eine internationale (menschheitsbezogene) Lösung möglich. Das schließt aber nicht aus, daß diese große Reform im privatrechtlichen oder kommunalen Bereich begonnen werden kann. In Bezug auf den Handel wird auch viel globalistischer Unsinn geredet. Wenn im extremen Endstadium im Handel zwischen Deutschland und Japan alle Deutschen mit einem japanischen Auto und alle Japaner mit

einem deutschen Auto fahren, dann wäre das ökonomischer Unsinn, denn der Austausch könnte die Autos nur verteuern. Wenn nun der alternative Bankier Nobelpreisträger Muhammad Yunus für alle Menschen in Bangladesch für alle Haushalte einen Internetanschluß fordert, damit auch der letzte Korbflechter auf der gegenüberliegenden Seite des Erdballes einen Käufer findet, dann halte ich das nicht nur für ökonomischen Unsinn, sondern gefährlich, denn unsere Erde wird auch deshalb ökologisch aus der Bahn geworfen, weil wir zu viel und zu unbedacht Güter und Menschen auf der Erde bewegen. Natürlich meine ich nicht die Vernetzung der Menschen über das Internet, sondern daß eine solche Methode bei dem heutigen Lohn- und Kostengefälle, es einem Korbflechter im Norden unmöglich machen würde, auch nur einen Korb für einen konkurrenzfähigen Preis zu produzieren. Auch wenn es immer Schwerpunkte in den Nationen und Regionen geben wird, überall wird eine Verdienstmöglichkeit für alle Begabungen benötigt. Wenn Begabungen vom Markt ausgeschlossen sind, haben wir eine Privilegienwirtschaft. Außerdem kann ich gar nicht glauben, daß Yunus solchen Unsinn verzapft hat. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, daß die nationale (regionale) Güterproduktion und Verteilung das Primäre ist und dem Export nur eine Ergänzungsfunktion zukommt. Damit wären wir beim Thema Geld, Geldverfassung, denn der Export in Deutschland wurde unter dem falschen System der fixierten Wechselkurse aufgepuscht und viele andere Länder sind auf Exportüberschüsse angewiesen, damit sie den Kapitaldienst für ihre Schulden leisten können. Das ist aber schon wieder ein neues Thema. Aber wer hier sagt, daß wir nur weltweit neue Regelungen einführen können, hängt sich selber einen Maulkorb um. Heiner Geißler sollte – wie alle Globalisierungskritiker – die ersten Protokolle der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* lesen, dann fände er auch nationale, regionale oder europäische Ansätze für die Lösung des Problems. Das in diesem Wissensbereich keine Klarheit geschaffen wird, hat verbrecherische Auswirkungen.

Eine andere Meldung über Geißler lenkt mich auf den Schluß meiner Darlegungen. Und bei diesen Schlußgedanken kann ich mich deshalb kurzfassen, weil ich im Anhang II die Schrift „Die Freiwilligen – Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischen Verteidigung“ von Bodo Mannstein und Nikolaus Koch aus dem Jahr 1959 zugänglich mache. Der Inhalt der Schrift müßte aktualisiert werden. Der Ansatz der Autoren ist aber auch heute noch aktuell. Wenn wir die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen (weltweit) ohne Terrorismus durchsetzen wollen, dann müssen wir Strategien entwickeln, die sowohl Diktaturen, wie auch schwerfällige, häufig unehrliche Parlamente in die richtige Richtung drängen.

Die HAZ meldet unter „Blick in die Zeit“ am 5. Juni 2007:

Geißler am Pranger

Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär und attac-Mitglied, macht sich in der eigenen Partei unbeliebt. Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, forderte Geißlers Parteiausschluss. In einem Brief an die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel beschwerte sich CDU-Mitglied Wendt über eine Äußerung Geißlers. Der habe wörtlich gesagt:

„Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück - und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus, dann lasse ich mich nicht anfassen, von niemandem.“ ap

Als Generalsekretär hätte Geißler diese Aussage wohl nicht gemacht. Dies zeigt einmal mehr, daß die soziale Rolle, die man ausfüllt, auch die Inhalte der Äußerungen prägt. Bei Innenministern fällt mir das besonders auf, die sind alle keine Diener der Freiheit. Inhaltlich ist Geißler weitergeschritten und er hat den Mut, der keine Rücksicht mehr auf eine künftige Karriere nehmen muß. Es spricht der „Zorn des alten Mannes“. Ich unterstütze die im Zitat zum Ausdruck kommende Haltung, denn nichts ist für eine freiheitliche Gesellschaft gefährlicher als eine devote Haltung der Bürger den Uniformträgern gegenüber. Das heißt nicht, daß der Bürger ohne Uniform dem Polizeibeamten gegenüber respektlos sein soll, sondern, daß auch der Polizei in einer öffentlichen Auseinandersetzung, wie auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm, die Grenzen ihres Handelns gezeigt werden müssen. Es war wohl der hannoversche Polizeipräsident Hans-Dieter Klosa, der da sagte, die Polizei habe sich bei Demonstrationen neutral zu verhalten und auf das Recht zu achten. Dies mag ja einigermaßen gelingen, wenn linke und rechte Gruppen aufeinander eindreschen. Wenn aber auf der einen Seite Vertreter des Staates stehen und auf der anderen Seite (Nur-) Bürger, dann dürfte die Neutralität der Polizei nicht immer gewährt sein. Auch hier gilt sicher: „Wes´ Brot ich ess´, des Lied ich sing´!“ Hinzu kommen noch individuelle Machtgelüste, Aggression aus Angst, die Lust, die Sau raus zu lassen. Wenn alles gut läuft, dann erinnert eine solche Demonstration an das *Räuber und Schandit Spiel* aus Kindertagen.

Drei Aussagen, die in der HAZ vom 4. Juni zu lesen waren ⁵⁵ :

Carolin Hesse, 23, Studentin aus Hannover

„Rostock hat meine Sichtweise verändert. Dass Autonome bei Demonstrationen mit Steinen werfen, weiß man ja. Aber ich habe früher nie geglaubt, dass auch von der Polizei so viel Gewalt ausgehen kann. Ich bin nur noch gerannt.“

Julika Mücke, 21, Studentin aus Hannover

„Die Ausschreitungen waren an einer ganz anderen Ecke! Trotzdem wurden wir auf dem Festplatz Ziel der Wasserwerfer. Ich hatte Angst vor dieser Aggressivität und war wütend - auch, weil friedlicher Protest nicht mehr möglich war.“

Gerd Schild, 26, Student aus Hannover

„Die Polizei hat friedliche Menschen in eine Ecke des Stadthafens gedrängt - Eltern mit Kinderwagen, kleine Kinder, alte Leute. Das war unverantwortlich. Wenn du nicht weißt, was vorher war, fühlst du dich willkürlich angegriffen.“

Das Schlimme an unserer politischen Entwicklung ist, daß diejenigen, die unseren Staat besetzt haben und sich Demokraten nennen, die Haltung an den Tag legen: *Wenn irgendeine staatliche Maßnahme nicht durch ein Gesetz gedeckt ist, dann schaffen wir uns das Gesetz. Wenn das neue Gesetz nicht durch die Verfassung gedeckt ist, dann ändern wir die Verfassung, denn wir, die Regierung und unser verlängerter Arm, das Parlament, sind das eigentliche Volk. Also sagen wir dem gewöhnlichen Volk was es darf und nicht darf.* Was nützen da noch Verfassungsrichter, die stillschweigend in der Wende den großen Verfassungsbruch geduldet haben? (Verrat des Artikels 146 GG.)

Unter <http://www.wahl.de/srv/xml/xmlfeed.php?blog=26258&mode=atom0.3> ist folgendes zu lesen. Ob die Aussagen stimmen, kann ich nicht überprüfen. Daß aber nicht nur in der Politik manipuliert wird sondern auch bei Polizeieinsätzen, halte ich für möglich ⁵⁶:

55 Im Original jeweils mit Lichtbild der Zitierten.

56 Siehe dazu auch SPIEGEL Online <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,487262,00.html>

> Fotografen und viele Augenzeugen haben gesehen, dass die Kleidung der ersten Steinwerfer nagelneu war, dass sich darunter olivgrüner Körperschutz befand etc.

> Dutzende von Zeugen bestätigen, dass die ersten Steinwerfer definitiv nicht aus dem Inneren des "schwarzen Blocks" waren, dass es massive vielmehr Rufe und Versuche gab ("Lasst euch nicht verarschen, die gehören nicht zu uns"), um die aufflammende Eskalation der Steinwürfe zu stoppen.

> Die beiden Polizeifahrzeuge, die den "Anlass" für die Steinwürfe gaben, waren unübersehbar wie ausgeworfene Köder präsentiert.

> Wie es der Zufall wollte, waren die Polizisten, die die Köder umstanden, aus der berüchtigten Schlägertruppe aus Berlin.

> Gezielt war die Zahl der Demonstration auf 25.000 heruntergelogen und als Drohkulisse in Kontrast zu "fünf- bis achttausend" TeilnehmerInnen des "schwarzen Blocks" gestellt.

> Medien wie das ZDF hatten hellseherischerweise ihre Übertragungswagen nicht in der Nähe der vom Konfliktfeld etwa 150 Meter entfernten Bühne, sondern exakt dort, wo die "Schlacht" dann startete.

> Die Steinwürfe wurden nicht von der Polizei gestoppt, sondern von Tausenden von Demonstranten, die sich zwischen die Fronten begaben, die überraschten Steinwerfer "entwaffneten" etc.

> Doch statt nach dem Abflauen der ca. 30-minütigen Keilerei zu deeskalieren, stürmten starke Polizeikräfte mit Wasserwerfern die Gesamtdemonstration und entfachten eine Orgie der Gewalt von Tränengas, Wasserwerfern, wahlloser Prügelei gegen Zehntausende friedlicher Demonstranten mit erhobenen Händen (incl. Rollstuhlfahrern) etc.

Geißlers Aussage zur Polizei bringt zum Ausdruck, daß er sich als kämpferischer Demokrat versteht. Er hat aber wohl immer noch nicht verstanden, daß ein Pazifismus – dieses Element fehlt in seiner Aussage – auch nur wirksam sein kann, wenn er kämpferisch ist.

In einer Bundestagsdebatte zum [NATO-Doppelbeschluss](#) am 15. Juni 1983 führte Geißler zu dem in einem Spiegel-Interview geäußerten [Auschwitz](#)-Vergleich des Grünen-Abgeordneten [Joschka Fischer](#) aus:

[...], die Massenvernichtung in Auschwitz gedanklich in Verbindung zu bringen mit der Verteidigung der atomaren Abschreckung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, dies gehört ebenfalls in das Kapitel der Verwirrung der Begriffe und der Geister, die wir jetzt bestehen müssen. Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort

auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam: Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem heutigen unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht. (Wikipedia)

Es ist richtig, daß der Pazifismus bei uns noch nie eine einsatzfähige, kämpferische Form gefunden hat. Der Pazifismus wurde aber auch noch nie ernsthaft als staatliche Aufgabe, wie die militärische Verteidigung gefördert. Aber den Pazifismus der 30er Jahre Auschwitz anzulasten, halte ich für Unsinn. Die Deutschen waren von den wirtschaftlichen Krisen, die die damaligen Demokraten zu verantworten haben, erschöpft. Von der Demokratie enttäuscht, der Weg zurück zum Kaiser nicht mehr möglich, haben sie sich im konventionellen Denken gefangen, einen Führer gesucht, der sie aus ihrer Not befreit. Daß sie den Teufel gewählt haben, wußten sie erst später. Die Pazifisten waren damals wie heute Einzelpersonen und kleine Gruppen, die privatrechtlich organisiert waren und mit einem minimalen Spendenaufkommen operieren mußten. Zudem gibt es ja noch sehr unterschiedliche Ausprägungen von Pazifismus. Der religiöse Pazifismus, der sich darauf beschränkt, sich der Gewalt selber zu enthalten und fremde Gewalt leidend zu erdulden ist in Ehren zu halten, aber kein Instrument um den Terrorismus durch humanere Formen der Durchsetzung der nächsten Stufe der einen und ewigen Revolution gegen verharrende, igelnde, totalitäre und „demokratische“ Regierungen durchzusetzen. Mein Thema ist ja nicht *Geißler*, sondern er dient mir als Beispiel. Er – der mit einer Arbeit über das *Das Recht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes* promovierte, wird aber sicher auch noch hier lernen. Bei Wikipedia ist weiter zu lesen:

1977 hatte Geißler eine Broschüre zu verantworten, in der er viele linke und liberale Kulturschaffende und Politiker der Bundesrepublik Deutschland als „Sympathisanten des Terrors“ (der RAF) denunzierte, darunter Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz, Günter Wallraff, Herbert Marcuse und Bundesinnenminister Werner Maihofer.

Willy Brandt warf Geißler am 12. Mai 1985 vor, der „schlimmste Hetzer seit Goebbels zu sein“ und bezog sich damit eindeutig auf Geißlers Pazifismus-Auschwitz-Vergleich.

Nicht nur Geißler wird eines Tages erkennen, daß die RAF im Bundestag gezeugt, in den – den offenen geistigen Wettbewerb vermeidenden - Hochschulen ausgetragen wurde und von einem unterentwickelten Pazifismus nicht zu einem friedfertigen Wesen der Gesellschaft aufgezo- gen werden konnte. Die Gewalt, die sich unter dem Kürzel RAF gebildet hatte, wird ger-

ne personifiziert. Ich halte sie für ein unvermeidbares Überdruckventil – das sich erneut unter anderen Namen bildet-, wenn die Gesellschaftsgestalter die notwendigen Änderungen verschlafen oder gar egoistisch oder böswillig verhindern. Die Hoffnung, daß die Demokraten und Autokraten ihre Aufgaben in der Zukunft ohne Druck aus der Gesellschaft besser erfüllen als in der Vergangenheit, ist gering. Damit dieser Druck in Zukunft ohne Mord und Terror auskommt, dafür muß ein kämpferischer und effektiver Pazifismus entwickelt werden.

Am 25. Mai 2007 berichtete die HAZ unter dem Titel „In Hamburg rüsten militante Gipfelgegner auf“ unter anderem:

... Die Autonomen in der „Roten Flora“ haben schon in der Vergangenheit zu erkennen gegeben, dass sie Gewalt gegen Sachen durchaus in Kauf nehmen. ...

... Mit dieser Militanz stehen die Hamburger Autonomen am äußersten linken Rand der G-8-Gegner und damit auch im Gegensatz zu dem großen globalisierungskritischen Netzwerk attac, das jede Form von Gewalt ablehnt und ganz bewusst auch darauf verzichtet, zu Blockaden aufzurufen. ...

Wir konnten weiter oben lesen, daß gewaltlose Demonstranten gewalttätige Demonstranten entwaffnet haben. Diese Haltung und dieses Verfahren muß konsequenter von denen angekündigt und durchgeführt werden, für die Gewaltfreiheit eine ethische oder politische Notwendigkeit ist. Nichts macht eine gewaltfreie Demonstration – die nicht immer friedlich sein muß – unglaubwürdiger, als wenn heimlich eine stellvertretende Gewalt geduldet wird. Mein Vorschlag ist daher, daß weit genug im zeitlichen und räumlichen Vorfeld angekündigt wird, daß jede demonstrierende Person, die einen Stein oder einen anderen Gegenstand, mit dem Personen verletzt oder Sachen zerstört werden können, auf der Weise entwaffnet werden, daß sie nackt ausgezogen werden und ein Tuch erhalten, auf dem zum Beispiel steht: Ich wurde entwaffnet, weil ich gegen die Regeln der Demo verstoßen habe. Das Tuch muß so klein sein, daß damit nur mit zwei Händen die Blöße bedeckt werden kann. Mit dieser Methode hat man dann auch gleich mögliche Polizisten und Geheimdienstler in der Rolle des Agent provocateur ausgeschaltet. Bei der Entwaffnung sollte man sich dabei nicht an die Kleiderfarbe halten, aber auch nicht glauben,

daß die zu entwaffnenden Personen, dies selber machen. Hier sollte man nicht auf gute Worte setzen, sondern auf die geübten Griffe von pazifistischen Kampfsportlern, die diese Entkleidung ohne Verletzungen vornehmen können. Ist das nicht für die Gewaltbereiten entwürdigend? Als peinlich wird eine solche Prozedur schon empfunden werden, doch keiner braucht sich dieser Gefahr aussetzen. Im übrigen glaube ich nicht, daß sich die Gewalt, die sich in einer Demonstration entwickelt oder entwickeln kann, immerpolitisch motiviert ist und schon lange nicht immer etwas mit dem Demonstrationsgegenstand zu tun hat. Es laufen zu viele Menschen in unserer Gesellschaft mit Verletzungen durch die Familie, die Schule, den Arbeitsplatz etc. herum, die einfach eine Möglichkeit suchen, zurückzuschlagen, damit sie nicht implodieren müssen. Diese Opfer der Gesellschaft zahlenmäßig zu reduzieren ist auch eine Aufgabe der Gesellschaftsgestaltung. TA

Endnote

(Erweiterte Fußnote 21 auf Seite 33, siehe Text 52.2, Anhang I, Ziffer1)